



Vierteljahreszeitschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung



47. Jahrgang
3|2020

Schwerpunkt:

Großsiedlungen als Problemkonstruktion

Herausgegeben von
Sebastian Haumann und Swenja Hoschek

Forum Stadt
Verlag



Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.« in
Verbindung mit Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Johann Jessen,
Elisabeth Merk, Jürgen Reulecke und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiß (Chefredakteur)

Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen,
Geographisches Institut

Prof. Dr. Andreas Gestrich, Trier,
Historisches Institut

Dr. Theresia Gürtler Berger, Luzern,
Ressort Denkmalpflege und Kulturgüterschutz

Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin,
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität
Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte

Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart,
Institut für Architekturgeschichte

Dr. habil. Olaf Schnur, Berlin, vhw Bundesverband
für Wohnen und Stadtentwicklung

Prof. Dr.-Ing. Barbara Schöning, Bauhaus-Universität
Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik

Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt,
Institut für Geschichte

Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp, Hochschule
für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt
Postfach 100355
73728 Esslingen
Email: hans.schultheiss@email.de
Website: www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.«

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 96,- Einzelheft EUR 26,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder
der Redaktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Service GmbH
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen
Fax +49(0)8581-9605-754
E-mail: info@suedost-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FStV)
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart
E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbeding-
t die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmi-
gung in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2020 Forum Stadt e.V., Esslingen
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-
jahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

Großsiedlungen als Problemkonstruktion

Herausgegeben von
Sebastian Haumann und Swenja Hoschek

Editorial

<i>Sebastian Haumann / Swenja Hoschek</i>	
Großsiedlungen als Problemkonstruktion	185

Abhandlungen

<i>Christiane Reinecke</i>	
Faszinierend schlechte Viertel. Großsiedlungen als prekäre Räume und Lehrräume urbaner Moral in den französischen und westdeutschen Medien	191
<i>Svenja Hoschek</i>	
Wohnfolgeeinrichtungen problematisieren. Spielplätze als Aushandlungsräume in den 1970er Jahren im Osdorfer Born	207
<i>Christine G. Krüger</i>	
Von Mümmelmansberg bis Allermöhe: Sicherheits- und Unsicherheitskonstruktionen	223
<i>Arndt Neumann</i>	
Von Gründerzeitvierteln zu Großsiedlungen und wieder zurück. Hamburg-Altona zwischen 1950 und 2010	238
<i>Dirk Schubert</i>	
Von vertanen Chancen (nicht nur) in Steilshoop. Leitbilder, Rahmenbedingungen und Wandlungsprozesse von Großwohnsiedlungen in Hamburg	255
Autorinnen / Autoren	276

Forum

<i>Johann Jessen</i>	
In Memoriam: Dr.-Ing. Heidede Becker	277

Hinweis zu geschlechtsgerechter Sprache aus Gründen der Lesbarkeit:

Sämtliche personenbezogene Bezeichnungen sind geschlechtneutral zu verstehen.

Umschlag:

Hamburg, Osdorfer Born

Copyright: Hamburgisches Architekturarchiv, FA 130,

Fotografie: Neue Heimat

Großsiedlungen als Problemkonstruktion

Editorial

Wenn von Problemen der in den 1960er und 1970er Jahren errichteten Großsiedlungen die Rede ist, werden in der Regel drei Ursachen benannt, die mit den Besonderheiten des Siedlungstyps zusammenhängen.¹ *Erstens* verweist die Kritik auf die (vermeintlich) mangelhafte bauliche und architektonische Qualität der Siedlungen. Die einseitig funktionale Ausrichtung, das Fehlen elementarer Infrastruktureinrichtungen und die „monotone“ Gestaltung seien Gründe dafür, dass es Menschen schwerfalle, sich zwischen den Gebäuden zu orientieren, sich Räume anzueignen und sich positiv mit den Siedlungen zu identifizieren. Dies erschwere soziale Kontrolle und fördere die Verwahrlosung des öffentlichen Raumes sowie kriminelles Verhalten. Da diese umwelt-deterministische Interpretation offensichtlich stark verkürzt ist, wird sie *zweitens* meist mit dem Wandel der Sozialstruktur in den Siedlungen in Verbindung gebracht. Nicht die Gebäude an sich, sondern die einseitige Zusammensetzung ihrer Bewohnerschaft sei problematisch. Durch den hohen Anteil an Sozialwohnungen sei es im Laufe der Zeit zu einer Konzentration von Bevölkerungsgruppen mit vielfältigen sozialen Problemen gekommen. Die Präferenzen auf dem Wohnungsmarkt und die behördliche Zuweisung in Sozialwohnungen führten dazu, dass sich soziale Problemlagen in den Großsiedlungen konzentrierten. In einer *dritten* Lesart wird das Problem der Siedlungen primär als ein Phäno-

1 Wir möchten der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg für die Ausrichtung der Tagung „Anders Wohnen. Großsiedlungen und die Konstruktion von Differenz seit den 1970er Jahren“ am 16./17.05.2019 danken, auf die dieses Themenheft zurückgeht.

men der Imagekonstruktion gefasst. Auffälligstes Merkmal der Siedlungen seien gerade die weitverbreitete negative Wahrnehmung und weniger die baulichen oder sozialstrukturellen Besonderheiten. Während der Alltag von Bewohnerinnen und Bewohnern allen Schwierigkeiten zum Trotz durchaus positiv beurteilt werde, bestehe das eigentliche Problem der Siedlungen darin, dass sich ein negatives Image verselbstständigt habe.

Die Frage nach der Gewichtung und den Zusammenhängen zwischen den drei Erklärungsansätzen prägt nicht nur planerische und politische Debatten über Großsiedlungen, sondern ist auch für die historische Forschung zentral. Schon Ende der 1980er Jahre entstanden erste Studien zur Sozialgeschichte von Großsiedlungen, die zunächst auf den Zusammenhang zwischen sozialer Desintegration und baulichen Defiziten fokussierten.² Neuere Arbeiten haben den Blick auf die Geschichte der Großsiedlungen weiter differenziert und sind vor allem auf die diskursive Konstruktion und Wirkung des Negativimages eingegangen.³ Dies wird besonders deutlich, wenn die Imagekonstruktion mit Forschungsergebnissen kontrastiert wird, die die eigensinnige Aneignung der Siedlungen durch die Bewohnerinnen und Bewohner betonen.⁴ Ein wichtiger Impuls dazu kam aus der US-amerikanischen Forschung, wo Sudhir Alladi Venkatesh⁵ eine in Verruf geratene Siedlung in Chicago als funktionsfähiges Gemeinwesen beschrieben und damit ältere Thesen von Großsied-

- 2 U. Herlyn / W. Tessin / A. von Saldern (Hrsg.), Neubauesiedlungen der 20er und 60er Jahre. Ein historisch-soziologischer Vergleich, Frankfurt a. M. 1987; A. Schildt, Die Grindelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage Hamburg-Grindelberg 1945-1956, Hamburg 1988.
- 3 S. Necker, Hässlich, aber innovativ? Architektur und soziale Wirklichkeit der Großsiedlung Steilshoop, in: *Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg* (Hrsg.), 19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren, München 2012, S. 161-73; C. Reinecke, Am Rande der Gesellschaft? Das Märkische Viertel – eine West-Berliner Großsiedlung und ihre Darstellung als urbane Problemzone, in: *Zeithistorische Forschungen* 11 2/2014, S. 212-234; P. Krampfer, Die Neue Vahr und die Konjunkturen der Großsiedlungskritik: 1957-2005, in: *Westeuropäische Großsiedlungen, Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 1 (2013), S. 13-24; K. Weinbauer, Urbane Neuordnung. Kriminalität, Gewalt und Sicherheit in den 1970er Jahren, in: F. Bajohr / A. Doering-Manteuffel / C. Kemper / D. Siegfried (Hrsg.), Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 175-187.
- 4 E. Althaus, Sozialraum Hochhaus. Nachbarschaft und Wohnalltag in Schweizer Großwohnbauten, Bielefeld 2018; C. Heppner, Garbsen – Auf der Horst: eine Stadtneugründung in der Gebietsreform, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 1 (2013), S. 73-82; C. Kress, Gemeinschaft als Leitmotiv im Wohnungsbau der Großstadt, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 1 (2014), S. 17-27; G. Kuhn, Aneignungen städtischer Freiräume seit den 1970er Jahren, in: C. Bernhardt (Hrsg.), Städtische öffentliche Räume. Planungen, Aneignungen, Aufstände 1945-2015, Stuttgart 2016, S. 213-232.
- 5 S. Venkatesh, *American project. The rise and fall of a modern ghetto*, Cambridge/Massachusetts 2000.

lungen als „second ghetto“⁶ relativiert hatte.⁷ Für Westeuropa liegen Arbeiten mit ähnlicher Stoßrichtung vor, die zeigen, dass die baulichen und sozialstrukturellen Besonderheiten, die durch Belegungspolitik, wohnungswirtschaftliche Entwicklungen, Migration oder den Anstieg der Arbeitslosigkeit entstanden sind,⁸ keineswegs nur problematisch waren. Vielmehr erwiesen sich Großsiedlungen trotz, oder vielleicht gerade wegen dieser Herausforderungen als im besten Sinne „normale“ Stadtteile mit einer politisch und sozial engagierten Bewohnerschaft, funktionsfähigen öffentlichen Räumen und einer vergleichsweise hohen Lebensqualität.⁹

Vor dem Hintergrund dieser Befunde betont die aktuelle historische Forschung recht deutlich, dass die Probleme der Großsiedlungen in erster Linie ein Problem der Imagekonstruktion sind. Allerdings lassen sich auch die baulichen Defizite und sozialstrukturellen Besonderheiten in der Geschichte der Siedlungen kaum verkennen. Fehlende Kindergärten, verwahrloste Grünanlagen oder defekte Aufzüge waren beispielsweise reale Probleme. Ebenso hatte die Tatsache, dass vielerorts Angehörige sozial marginalisierter Gruppen, von Sozialhilfeempfängern über Migrantinnen bis hin zu Jugendlichen, überrepräsentiert waren, Einfluss auf das soziale Leben in den Siedlungen. Dennoch ist eine gewisse Eigendynamik der Medienberichterstattung und des Architekturdiskurses über Großsiedlungen ebenso wenig zu übersehen, wie die Abwertung der Siedlungen auf dem Wohnungsmarkt, vor allem im Vergleich zur gleichzeitigen Aufwertung von Altbauvierteln.

Aus Sicht der historischen Forschung stellt sich deshalb die Frage, wie die Konstruktion des negativen Images und die baulichen wie sozialstrukturellen Besonderheiten, die zweifelsohne auch besondere Herausforderungen mit sich brachten, im Prozess der *Problematisierung* aufeinander bezogen waren. Was machte Großsiedlungen zu besonderen – und als besonders problematisch präsentierten – Stadtteilen? Welche baulichen und sozialstrukturellen Besonderheiten wurden wie,

6 A. Hirsch, *Making the Second Ghetto. Race and Housing in Chicago 1940-1960*, Cambridge 1983.

7 N. Dagen Bloom, *Public Housing that Worked. New York in the Twentieth Century*, Philadelphia 2008; N. Rudolph, *At Home in Postwar France. Modern Mass Housing and the Right to Comfort*, New York 2015; A. Sammartino, *Mass Housing, Late Modernism, and the Forging of Community in New York City and East Berlin, 1965-1989*, in: *American Historical Review* 121 (2016), S. 492-521.

8 T. Harlander, *Die ‚Modernität‘ der Boomjahre. Flächensanierung und Großsiedlung*, in: *Arch+ 203* (2011), S. 14-24; K. Führer, *Die Stadt, das Geld und der Markt. Immobilienspekulation in der Bundesrepublik 1960-1985*, Berlin 2016; A. Neumann, *Unternehmen Hamburg. Eine Geschichte der neo-liberalen Stadt*, Göttingen 2018.

9 P. Shapely, *The Politics of Housing. Power, Consumers and Urban Culture*, Manchester 2007; K. Cupers, *The Social Project. Housing Postwar France*, Minneapolis 2014; K. Cupers, *The Expertise of Participation. Mass Housing and Urban Planning in Post-war France*, in: *Planning Perspectives* 26 (2011), S. 29-53; K. Saarikangas, *Sandboxes and Heavenly Dwellings. Gender, Agency and Modernity in Lived Suburban Spaces in the Helsinki Metropolitan Area in the 1950s and 1960s*, in: *Home Cultures* 11 (2014), S. 33-64.

durch wen und auf welcher Grundlage problematisiert? In welchem Verhältnis stand dies zur eigenen Betroffenheit verschiedener Akteursgruppen? Und schließlich: Wie wirkte die Konstruktion einer spezifischen Großsiedlungsproblematik auf Verschiebungen in der Sozialstruktur und auf bauliche Veränderungen zurück?

Eine der größten Schwierigkeiten, den Prozess der Problematisierung zu erfassen, liegt darin, eine chronologische Ordnung herzustellen und zwischen Ursachen und Folgen zu differenzieren. Vereinfacht zugespitzt: War die Konstruktion eines negativen Images eine Reaktion auf sozialstrukturelle Verschiebungen und bauliche Defizite, oder waren diese nicht vielmehr auch Folge der Abwertung? Es ist unklar, wann genau sich das negative Image allgemein durchsetzte, vor allem, weil es sich dabei um einen hochgradig differenzierten Prozess handelte. Während die Großsiedlungen noch Ende der 1960er Jahre weithin als Verwirklichung einer gesellschaftlichen Utopie galten, übte gleichzeitig die „68er“-Bewegung heftige Kritik und mobilisierte gegen die „menschenunwürdigen“ Wohnbedingungen, worin sie der Polemik von konservativer Seite erstaunlich nahekam. Ebenso unklar ist, wann die sozialstrukturellen Veränderungen einsetzten, die als problematisch angesehen wurden. Die Auswirkungen von ökonomischen Krisen, die Abwanderung von gut-situierten Bewohnerinnen und Bewohnern, die Fluktuation, Migrationsbewegungen sowie Verschiebungen in der Belegungspolitik lassen sich weder genau datieren noch präzise zueinander in Beziehung setzen. Über bauliche Nachbesserungen ist wenig und über den Zustand und die Instandhaltung von Gebäuden wie Wohnumfeld praktisch nichts bekannt. Weil wir insgesamt nur wenig darüber wissen, was zuerst und was später kam, ist es schwer zu beurteilen, inwieweit sich die Konstruktion von Problemen auf antizipierte, prognostizierte oder tatsächlich beobachtete Entwicklungen bezog, oder andersherum, ob nicht vielmehr die Problematisierung im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung wirkte.

Die Beiträge zu diesem Themenheft zeigen anhand konkreter Beispielfälle, vornehmlich aus Hamburg, wie in der Problematisierung von Großsiedlungen die Konstruktion eines negativen Images mit baulichen wie sozialstrukturellen Besonderheiten der Siedlungen in Zusammenhang stand. Dabei wird deutlich, wie vielfältig und ambivalent solche Prozesse der Problematisierung sein konnten und auf welchen unterschiedlichen Ebenen sie angelegt waren.

Christiane Reinecke nimmt in ihrem Beitrag die Rolle der Massenmedien in den Blick und dabei insbesondere die Rolle des in den 1960er und 1970er Jahren neuen Leitmediums Fernsehen. Dabei zeigt sie, wie einzelne Bewohnerinnen und Bewohner gezielt als Sprecher für ihren jeweiligen Stadtteil inszeniert wurden, ohne dass deren Erfahrungen oder Einschätzungen notwendigerweise repräsentativ waren. Denn die Großsiedlungen waren in den Medien in erster Linie ein Ort, an dem

allgemeine gesellschaftliche Probleme verräumlicht und moralisch bewertet wurden. Deshalb wurde, so Reinecke, die Komplexität der Problemlagen in der Außenwahrnehmung kaum reproduziert, während die massenmedial verstärkte Außenwahrnehmung für Bewohnerinnen und Bewohner ein wirkmächtiger Erfahrungshorizont war.

Unterdessen existierten innerhalb der Bewohnerschaft der Siedlungen höchst unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Probleme Aufmerksamkeit erforderten und wie mit ihnen umzugehen sei. Wie *Swenja Hoschek* in ihrem Beitrag anhand von Konflikten um Spielplätze zeigt, stritten die Bewohnerinnen und Bewohner über die Ergänzung und Ausgestaltung von fehlenden Wohnfolgeeinrichtungen nicht nur mit den Behörden, sondern auch untereinander. Diese Konflikte waren kennzeichnend für viele Siedlungen, aber sie brachten die diejenigen, die sich für Verbesserungen engagierten, in eine ambivalente Situation. Denn einerseits thematisierten sie die Probleme der Siedlungen, um Handlungsdruck aufzubauen und Ressourcen zu mobilisieren, andererseits trugen sie damit, meist gegen ihren Willen, zur Konstruktion eines negativen Images bei.

In den „langen“ 1970er Jahren, der konstitutiven Phase der Problematisierung, prägten nicht nur der ökonomische Umbruch, sondern auch die zeittypischen Sicherheitsvorstellungen die Auseinandersetzung mit den Großsiedlungen. *Christine Krüger* diskutiert in ihrem Beitrag Sicherheit als vielschichtiges Konzept, das weit über die Herstellung von Sicherheit vor Kriminalität hinausging. Sie zeigt, wie Sicherheit zeitgenössisch mit Zukunftsvorstellungen, aber auch Werten wie Freiheit und Gerechtigkeit verknüpft und auf das Leben in den Siedlungen projiziert wurde. Dabei wird deutlich, dass Selbstbestimmung und Teilhabe eine ebenso wichtige Rolle in der Diskussion über die Siedlungen spielten, wie Angst vor Gefahren. Vor allem aber gelang es nicht, das „Sicherheitsdilemma“ zu lösen, das die soziale Segregation zwischen Großsiedlungen und anderen Teilen der Stadt seit den 1970er Jahren immer weiter vertiefte.

Das Verhältnis der Großsiedlungen zu anderen Teilen der Stadt steht im Mittelpunkt des Beitrags von *Arndt Neumann*, der die Wechselbeziehung zwischen der Bewertung von Altbauvierteln und der Bewertung der neuen Siedlungen untersucht. Die Altbauviertel wurden den Großsiedlungen zunächst als negatives, im Laufe der 1970er und 1980er Jahre zunehmend als positives Gegenbild gegenübergestellt. Boten die Siedlungen in den 1960er Jahren noch einen überzeugenden Gegenentwurf zum Leben im Altbau, verschoben sich die Präferenzen in dem Maße, in dem das linksalternative Milieu und dann die Kreativwirtschaft die gewachsenen Strukturen für sich entdeckten. Die relative Abwertung der Großsiedlungen bei gleichzeitiger Aufwertung der Altbauviertel schlug sich schließlich auch auf die Sozialstruktur nieder.

Dabei war die Planung der Großsiedlungen durchaus ambitioniert und reflektiert, wie *Dirk Schubert* in seinem Überblick über die Geschichte der Hamburger Siedlung Steilshoop demonstrieren kann. Es waren gerade die hohen Erwartungen an die Siedlung, die dazu führten, dass immer wieder neue Planungen gemacht wurden, die den Erwartungen schließlich nicht gerecht werden konnten. Wie sehr die Siedlung dabei zu einem Experimentierfeld für zeitgenössische Utopien wurde, zeigte sich an der partizipativen Planung des Blocks 6, die ganz dem Ideal der gesellschaftlichen „Demokratisierung“ folgte. Dass dieses ambitionierte Projekt zwar realisiert, aber nach einem Jahrzehnt aufgegeben wurde, macht deutlich, dass hier Erwartungen enttäuscht wurden.

Die Beiträge zu diesem Themenheft richten ganz unterschiedliche Perspektiven auf die Zusammenhänge zwischen der Konstruktion des Images und den baulichen wie sozialstrukturellen Besonderheiten der Großsiedlungen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie diese Zusammenhänge im Prozess der Problematisierung analysieren, also danach fragen, wie die Siedlungen im Wechselspiel von Imagekonstruktion, baulichen und sozialstrukturellen Veränderungen zu Problemen wurden. Sie legen nahe, dass es bei der Analyse darauf ankommt, die jeweiligen Akteurinnen und Akteure konkret zu benennen und zu verorten. Dann wird deutlich, dass die Problematisierung oftmals auf komplexe, gegenläufige oder schwer zu interpretierende Phänomene rekurrierte. Aufgrund der asymmetrischen Beziehungen zwischen Bewohnerschaft und außenstehender Beobachtung wurden und werden diese zuweilen undifferenziert als Ursachen für das „Scheitern“ der Großsiedlungen gedeutet.

Esslingen / Darmstadt, August 2020

Sebastian Haumann, Swenja Hoschek

Faszinierend schlechte Viertel **Großsiedlungen als prekäre Räume und Lehrräume urbaner Moral** **in den französischen und westdeutschen Medien**

Am 15. Juli 1972 um 15,32 Uhr wurden im US-amerikanischen St. Louis nicht einmal zwanzig Jahre nach ihrem Bau die ersten Gebäude der Hochhaussiedlung Pruitt-Igoe gesprengt. Ob an diesem Tag tatsächlich „die Moderne starb“, wie der Architekturtheoretiker Charles Jencks später behauptete, ist die Frage.¹ In jedem Fall aber gingen die Bilder der einstürzenden Hochhäuser von Pruitt-Igoe um die Welt. Sie wurden zum Symbol einer Krise jener urbanen Moderne, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen bemerkenswerten Aufstieg erlebt hatte.² Der modernistische Massenwohnungsbau in Form von hochgeschossigen, standardisierten Siedlungsblöcken hatte sich im 20. Jahrhundert zu einer der verbreitetsten architektonischen Formen weltweit entwickelt. Und die Bilder der einstürzenden Türme von Pruitt-Igoe erlangten vor allem deswegen zweifelhaften Ruhm, weil das modernistische Projekt einer Neuordnung der Städte spätestens in den 1970er Jahren in vielen Industriegesellschaften in Verruf geraten war.³ Zu diesen Gesellschaften zählten die französische und die westdeutsche.

1 C. Jencks, *The Language of Post-Modern Architecture*, London 1984.

2 Für eine ideengeschichtliche Sicht auf die moderne Stadtplanung siehe P. Hall, *Cities of Tomorrow. An Intellectual History of Urban Planning and Design in the Twentieth Century*, Malden 2002. Für die Bedeutung von CIAM und damit der internationalen Vernetzung für die Stadtplanung der funktionalen Moderne vgl. E. Mumford, *Defining Urban Design. CIAM Architects and the Formation of a Discipline, 1937-69*, New Haven 2009. Zur Bedeutung des transatlantischen Austauschs für urbane Reformen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vgl. D. T. Rodgers, *Atlantic Crossings. Social Politics in a Progressive Age*, Cambridge 1998.

3 Florian Urban hebt in seiner vergleichenden Studie hervor, dass der moderne Massenwohnungsbau in einigen Ländern sein ursprüngliches Prestige gerade nicht verlor. F. Urban, *Tower and Slab. Histories of Global Mass Housing*, Abingdon 2012. Für eine globalgeschichtlich-vergleichende Perspektive auf die Geschichte moderner Hochhaussiedlungen siehe zudem F. Dufaux/A. Fourcaut (Hrsg.), *Le monde des grands ensembles*, Paris 2004. Zur transatlantischen Geschichte des Endes der technokratischen „urban renewal order“ in den USA, Kanada und Westdeutschland siehe die Analyse von C. Klemek, *The Transatlantic Collapse of Urban Renewal. Postwar Urbanism from New York to Berlin, Chicago*, London 2012.

Erklärungsbedürftig ist die transnationale Krise des modernen Massenwohnens durchaus. Schließlich verband sich mit der Modernisierung der Städte anfänglich das umfassende Versprechen auf bessere Wohnverhältnisse für alle. Das galt zumal für die Großsiedlungen, die in Frankreich und Westdeutschland seit den 1950er Jahren entstanden. Mit Hilfe staatlicher Subventionen erbaut und oftmals dezidiert sozial durchmischte angelegt, sollten sie dazu beitragen, die tiefgreifende Wohnungsnot der Nachkriegszeit zu beheben. Sie sollten die traditionellen Unterschiede zwischen „bürgerlichem“ und „proletarischem“ Wohnen ausgleichen helfen und damit zu einer egalitären, im Komfort geeinten Konsumgesellschaft beitragen. Dass aktuell das Interesse an speziell den Großsiedlungen sowie überhaupt am baulichen Erbe der urbanen Moderne merklich wächst, hängt mit diesen Erwartungen zusammen.⁴ Schließlich stellte das modernistische Massenwohnen anfänglich eine Antwort auf urbane Probleme dar, wie sie derzeit wieder viele beschäftigten.

Umso mehr erstaunt in der Rückschau, wie schnell sich das Image der Großsiedlungen wandelte. Eben noch Ausdruck von Fortschritt und Aufstieg, waren sie kurz darauf zu einem Inbegriff für Prekarität und soziale Spannungen geworden. Für Frankreich gilt das noch einmal mehr als für die Bundesrepublik.⁵ Die randstädtischen Hochhaussiedlungen werden für eine ganze Phalanx an Fehlentwicklungen herangezogen: Sie gelten als Arenen der *Hypermarginalisierung*, einer gescheiterten Stadtplanung oder scheiternden Integrationspolitik. Das ist in der Bundesrepublik weniger der Fall, doch werden die Hochhaussiedlungen auch dort vielfach mit sozialer Randständigkeit und einer erhöhten Prekarität verknüpft. Sie gelten als Orte, an denen vor allem diejenigen wohnen, die es müssen, weil attraktivere Wohngegenden ihnen verschlossen sind (und das, ungeachtet ihrer eigentlich sehr unterschiedlichen Geschichte, sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland).⁶

4 Kennzeichnend für das neue Interesse am baulichen Erbe der urbanen Moderne ist die wachsende Zahl an Ausstellungen und Dissertationen zu diesem Thema, etwa *Berlinische Galerie* (Hrsg.), *Radikal modern. Planen und Bauen im Berlin der 1960er-Jahre*, Tübingen 2015; *J. P. Braun, Großsiedlungsbau im geteilten Berlin. Das Märkische Viertel und Marzahn als Beispiele des spätmodernen Städtebaus*, Berlin 2019.

5 Siehe dazu aus historisch-genealogischer Perspektive u. a. *M. Dikeç, Badlands of the Republic. Space, Politics and Urban Policy*, Malden 2007; *S. Tissot, L'État et les quartiers. Genèse d'une catégorie de l'action publique*, Paris 2007. Zur Entwicklung der Großsiedlungen in den 1950er bis 1970er Jahren siehe zudem *T. Tellier, Le temps des HLM 1945-1975. La saga urbaine des Trente Glorieuses*, Paris 2007; *K. Cupers, The Social Project. Housing Postwar France*, Minneapolis 2014.

6 Zur Geschichte der ostdeutschen Großsiedlungen siehe v. a. *E. Rubin, Amnesiopolis. Modernity, Space, and Memory in East Germany*, Oxford 2016; *A. Sammartino, Mass Housing, Late Modernism, and the Forging of Community in New York City and East Berlin, 1965-1989*, in: *American Historical Review* 121 (2016), S. 492-521.

Um diesen Abwertungsprozess und seine Folgen zu verstehen, genügt es nicht, sich der Planungsgeschichte der Siedlungen zuzuwenden. Denn der Abstieg der Hochhaussiedlungen war nicht allein ein Ergebnis stadtplanerischer Fehlentscheidungen oder ein Resultat der sozio-ökonomischen Transformationen der post-1970er Jahre. Die Sozialgeschichte der Großsiedlungen ist vielmehr nicht ohne die Entwicklung ihres Images zu verstehen, das sich zwar keineswegs durchgehend mit den Realitäten vor Ort deckte, das sich aber durchaus darauf auswirkte, wer dort wohnen wollte (oder nicht). Die lebensweltliche Realität sozialer Räume ist eben eng verknüpft damit, wie diese Räume wahrgenommen, dargestellt, gefeiert oder problematisiert werden.⁷

Tatsächlich lässt sich gerade anhand der öffentlichen Auseinandersetzung mit den peripheren Hochhaussiedlungen die sich verschiebende moralische Grammatik urbaner Konflikte in den beiden westeuropäischen Gesellschaften gut nachvollziehen. Eine Sprache der Moral war in Debatten über urbane Probleme im fortgeschrittenen 20. Jahrhundert eine wichtige Ressource. Die Warnung vor schlechten Vierteln diente den Zeitgenossen oft genug dazu, für mehr Gleichheit, Gerechtigkeit oder Solidarität zu werben, oder sie diente ihnen umgekehrt dazu, in Anflügen moralischer Panik vor einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder nationalen Kultur zu warnen. Über die peripheren Großsiedlungen wurde quasi von Beginn an eher im mahnenden als im nüchternen Ton gesprochen. Sie waren immer wieder Gegenstand moralischer Appelle und Paniken.⁸ Sie geben damit den Blick auf wechselnde Grenzziehungen im urbanen Wohnen frei sowie darauf, was jeweils als gutes und richtiges Leben und Zusammenleben galt und was nicht.⁹

Das ist die Ausgangsbeobachtung der folgenden Analyse, die sich der Darstellung der Großsiedlungen in den französischen und westdeutschen Massenmedien zuwendet. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den Jahren um 1970, die in Frankreich und Westdeutschland einen spezifischen Moment der Auseinandersetzung mit dem modernistischen Massenwohnen darstellten. Zwar hatte im französischen Fall die Kritik an den neuen Hochhaussiedlungen früher eingesetzt und begleitete den Bau der sogenannten *grands ensembles* seit den 1950er Jahren. Doch

7 Siehe dazu u. a. M. Löw, *Raumsoziologie*, Frankfurt a. M. 2005.

8 Zur Bedeutung von Moralität als politischer Ressource siehe D. Fassin, *Les économies morales revisitées*, in: *Annales. Histoire, Science Sociales* 64 (2009); T. van Rahden, *Clumsy Democrats. Moral Passions in the Federal Republic*, in: *German History* 29 (2011).

9 Zu der aktuellen Debatte um urbane Ethiken in den Urban Studies siehe auch M. Ege, *Urbane Ethiken und das Normative der Urbanität – ein Diskussionsbeitrag*, in: B. Schmidt-Lauber (Hrsg.), *Andere Urbanitäten. Zur Pluralität des Städtischen*, Göttingen 2018, S. 169-192; J. Moser, *Vom Habitus der Stadt zu ‚Urbanen Ethiken‘. Jüngere Tendenzen der europäisch-ethnologischen Stadtforschung*, in: *ders.* (Hrsg.), *Themen und Tendenzen der deutschen und japanischen Volkskunde im Austausch*, Münster 2017, S. 119-138.

während die Siedlungen zuvor als trübe Orte der Vereinzelung und Langeweile kritisiert worden waren, erschienen sie in Presseberichten und Fernsehreportagen um 1970 vermehrt als Arenen der Marginalisierung. Eine ähnliche Entwicklung war im westdeutschen Fall zu beobachten. Während Fragen der sozialen Ungleichheit dort im weiteren Umfeld der Neuen Linken stärker in den Fokus rückten und zugleich eine Desillusionierung mit der Politik der urbanen Modernisierung einsetzte, wurden die Stadtrandsiedlungen zum Bezugspunkt neuer Bedenken hinsichtlich der Vulnerabilität bestimmter Gruppen in der vermittelschichteten Wohlstandsgesellschaft.

Der Aktivist, die Randständigen und das Fernsehen. Eine westdeutsche Großsiedlung als Schauplatz eingreifender Gesellschaftskritik

In ihrem Lesebuch konnten westdeutsche Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse in den 1970er Jahren neben einer Reihe trüber Schwarz-Weiß-Bilder Ausschnitte aus einem Interview mit einer Bewohnerin und einem Bewohner einer Westberliner Großsiedlung lesen.¹⁰ Unter dem Titel „Schöner wohnen. Protokoll aus dem Märkischen Viertel, 1971/72“ berichteten Irene Rakowitz und ihr Mann Richard über die Hochhaussiedlung, in der sie mit ihren vier Kindern lebten. Ähnlich trübe wie die abgedruckten Fotos fiel die Darstellung des dortigen Alltags durch das Ehepaar (sie gelernte Schneiderin, er ehemaliger Berg- und nun Bauarbeiter) aus:

„Ich möchte manchmal vor Wut rennen und die Architekten an Arsch und Kragen packen, dass die mal hier wohnen sollen. [...] Mann, wo leben wir denn hier? Einer von den Brüdern müsste mal gezwungen werden, in den eigenen Häusern zu hausen, in den hochgelobten Wohnungen hier, die so fortschrittlich sind. Die Architekten, die diesen Mist verbochen haben – Mensch, die würde[n] sich ja umkucken!“¹¹

Für die öffentliche Darstellung der Großsiedlung im Fernsehen und in den zeitgenössischen Printmedien, aber auch in Schulbüchern und soziologischen Studien, war das ein typischer Tonfall. Seit den späten 1960er Jahren widmete sich eine bemerkenswerte Vielzahl an Reportagen, Fernsehfilmen und Dokumentationen dem Märkischen Viertel, das zwischen 1963 und 1974 im Norden Westberlins entlang der Mauer entstand. Im Mittelpunkt dieser Darstellungen standen durchgehend einkommensschwache, proletarische Familien, die, meist im dialektgetreuen O-Ton,

¹⁰ Vgl. H. Reidemeister, *Schöner wohnen. Protokoll aus dem Märkischen Viertel, 1971/72*, in: Drucksachen. Lesebuch für die 8. Klasse, Düsseldorf 1976, S. 71-75. Ausschnitte aus den Interviews, die Helga Reidemeister mit Bewohnerinnen und Bewohnern des Märkischen Viertels führte, waren zuvor bereits in verschiedenen anderen Kontexten veröffentlicht worden, vgl. u. a. H. Reidemeister, *„Schöner Wohnen“*. Protokoll aus dem Märkischen Viertel Berlin, in: Kursbuch 27 (1972), S. 1-11.

¹¹ Ebda.

über ihre finanziellen und emotionalen Probleme, ihre Schulden und Erziehungsprobleme sprachen. Obwohl sie eigentlich keineswegs repräsentativ für die Viertelbevölkerung waren, prägten prekär lebende Familien wie Familie Rakowitz das Bild der Siedlung in der weiteren Öffentlichkeit.¹²

Am Beispiel des Viertels lässt sich gut nachvollziehen, wie das soziale Image der randstädtischen Hochhaussiedlungen massenmedial hergestellt wurde und seinerseits Realitätseffekte zeitigte. Nachdem studentische Gruppen das Märkische Viertel 1968 als Experimentierraum für die Solidarisierung und Aktivierung „der Arbeiterklasse“ für sich entdeckt hatten, wurden bald auch andere Akteure auf die Großsiedlung aufmerksam, und das nicht nur aus dem Umfeld der Neuen Linken. Filmleute, Journalistinnen und Journalisten zog es in wachsender Zahl in das Viertel, jeweils in der Erwartung, dort die Fehler des sozialen Wohnungsbaus und die Wohnverhältnisse sogenannter „sozial Schwacher“ beobachten zu können. Dass die Großsiedlung sich binnen weniger Jahre zu einem beliebten Anschauungsraum für soziale Randständigkeit, die Probleme des Massenwohnens oder gleich der gesamten westdeutschen Gesellschaft entwickelte, prägte weit über die Grenzen Westberlins hinaus ihren Ruf als urbane Problemzone.

Das ist insofern bemerkenswert, als die lokale Bevölkerung in ihrer Sozialstruktur eigentlich durchmischte war und einkommensschwache Arbeiterhaushalte dort keineswegs die Mehrheit bildeten. Auch nahmen viele der neuen Bewohnerinnen und Bewohner ihren Umzug in die neuen, gut ausgestatteten Wohnungen am Stadtrand durchaus als Verbesserung der eigenen Wohnsituation wahr. Umso mehr, als viele westdeutsche Großstädte, darunter Westberlin, auch in den späten 1960er Jahren noch mit einem ausgeprägten Mangel an Wohnraum kämpften. Die Wohnungen in den neuen Siedlungen waren daher gefragt. Im Falle des Märkischen Viertels hatte ein beträchtlicher Teil der Bewohnerschaft vor dem Umzug in Notunterkünften und Laubensiedlungen gewohnt.¹³ Andere zogen aus innerstädtischen Arbeiterquartieren wie dem Wedding dorthin,¹⁴ deren großflächige Sanierung Mitte der 1960er Jahre eingesetzt hatte.¹⁵ Finanziell bedeutete der Umzug für viele eine Herausforderung. Zwar waren im Falle des Märkischen Viertels 98 % der Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus geschaffen worden,¹⁶ doch

12 Siehe zum Folgenden auch C. Reinecke, *Into the Cold. Neighborliness, Class, and the Emotional Landscape of Urban Modernism*, in: *Journal of Urban History* (2020), S. 1-19.

13 Vgl. K.-H. Hasselmann, *Neue Bevölkerungs- und Sozialstrukturen in West-Berlin. Erläutert am Beispiel des Märkischen Viertels*, in: *Soziale Arbeit* 21 (1972), S. 149-164, hier S. 156.

14 DEGEWO (Hrsg.), *75 Jahre DEGEWO*, Berlin 1999, S. 62.

15 K. Zapf, *Rückständige Viertel. Eine soziologische Analyse der städtebaulichen Sanierung in der Bundesrepublik*, Frankfurt a.M. 1969.

16 J.P. Braun, (s. A 4), S. 70.

waren die Mieten dort, wie überall in den neuen Großsiedlungen, in Teilen dreimal höher als in nicht sanierten Altbauwohnungen. Zugleich lag der Anteil an Sozialhilfegewährung und verschuldeten Haushalten über dem Westberliner Durchschnitt.¹⁷ Ein „proletarisches“ Quartier war die Siedlung mit einem Anteil von nicht mehr als 40 % Prozent Arbeiterinnen und Arbeitern an der erwerbstätigen Bevölkerung dennoch nicht.¹⁸

Arbeiterinnen und Arbeiter sowie besonders einkommensschwache Haushalte waren es aber, auf die sich die gesellschaftskritischen Interventionen der im Viertel aktiven studentischen Gruppen zunächst konzentrierten. Deren Stimmen versuchten die Aktivistinnen und Aktivisten in ihren Interviews und Dokumentarfilmen einzufangen, und zu deren Solidarisierung versuchten sie beizutragen, etwa indem sie zu Mietstreiks und Demonstrationen aufriefen. Obwohl sie an erster Stelle auf die Selbstermächtigung der proletarischen Bewohnerschaft zielten, wirkten sich diese Politisierungsversuche aber auf die Darstellung der Großsiedlung in den überregionalen Massenmedien aus, die sich quasi durchgehend auf sogenannte Problemfamilien zu konzentrieren begannen. Die eingangs zitierte Familie Rakowitz gehörte so zu einer kleinen Gruppe, die in nahezu jeder der zahlreichen Reportagen, Filme und Ausstellungen auftauchten, die um 1970 über das Märkische Viertel entstanden. Auszüge aus Gesprächen, die die Sozialarbeiterin und Filmemacherin Helga Reidemeister mit dem Ehepaar Rakowitz, dem Arbeiter Hans Rickmann oder der Arbeiterfamilie Bruder geführt hatte, wurden im Wochenmagazin *Der Spiegel* ebenso zitiert wie in Schulbüchern oder der *Zeit*. Sie tauchten im Kursbuch von Hans Magnus Enzenberger auf und in einer kritischen Architektur Ausstellung, die Studenten 1968 organisierten.¹⁹

Die in einer lokalen Mieterinitiative engagierte Bewohnerin Irene Rakowitz erlangte infolgedessen eine erstaunliche Medienpräsenz: Die gelernte Schneiderin wirkte mit ihrer Familie in einer Dokumentation namens „Kinder für dieses System“ mit, und sie war die Protagonistin des von Helga Reidemeister gedrehten Films „Von wegen Schicksal“, der Irene Rakowitz als mittlerweile geschiedene Frau und Sozialhilfeempfängerin in ihrem Alltag im Märkischen Viertel zeigte. Der Film lief

17 Jede sechste Familie nahm 1970 dort vorübergehend oder laufend Fürsorgeleistungen in Anspruch. A. Wilde, *Das Märkische Viertel*, Berlin 1989, S. 114. Zum Anteil der Verschuldeten siehe K.-H. Hasselmann (s. A 13), S. 160.

18 K.-H. Hasselmann, (s. A 13), S. 153 f. Hasselmann bezieht diese Angaben auf die Gesamtheit der „Arbeitenden im Beruf“ im Viertel, zu denen er allerdings neben den üblichen Kategorien auch „Rentner“ zählt.

19 H. Reidemeister, Warum ist Solidarität so schwierig? Protokoll eines Gesprächs mit drei Arbeiterinnen, in: Kursbuch 37 (1974); Die jungen Architekten wollen ganz anderes bauen, in: Tagesspiegel, 06.06.1968; Das große Buh der Bauwochen, in: Tagesspiegel, 10.09.1968, S. 8; Westberlin. Slums verschoben, in: Der Spiegel, 09.09.1968, S. 134-138.

auf Festivals und im Kino und wurde schließlich auch im öffentlichen Fernsehen gezeigt.²⁰ Zudem gehörte das Ehepaar Rakowitz zu einer Bewohnergruppe, deren Proteste gegen zu hohe Mieten Max D. Willutzki 1972 in seinem dokumentarischen Spielfilm „Der Lange Jammer“ dokumentierte, der – nach langen, senderinternen Debatten – 1975 ebenfalls im westdeutschen Fernsehen gezeigt wurde.

Wie auch im Falle anderer westdeutscher Großsiedlungen erwies sich die Darstellung des Märkischen Viertels im neuen Leitmedium Fernsehen als besonders folgenreich.²¹ In erster Linie, weil die verschiedenen Dokumentationen über die Siedlung ein breites Publikum erreichten. Zudem, weil sie im Anschluss oft in den Printmedien besprochen wurden und weitere Zeitungsberichte nach sich zogen.²² Durchgehend stellten die Filme „unterprivilegierte“ Protagonistinnen und Protagonisten in den Mittelpunkt und bekräftigten damit die soziale Etikettierung der Großsiedlung. Im Ton sozialkritisch gehalten, handelte es sich um Filme mit Appellcharakter, die das Publikum aufforderten, politische Lehren aus den dargestellten Verhältnissen zu ziehen. Es wurde an das Publikum appelliert, mehr Empathie mit den Problemen „sozial Schwacher“ zu entwickeln. Oder es wurde im Gegenteil dargelegt, wie die gezeigten prekär lebenden Großfamilien durch ihr Verhalten die eigene Lage selbst verschuldeten (oder verschlechterten).²³ Wiederholt ging dabei die Darstellung der Probleme der Gezeigten – ihrer finanziellen Nöte, ihrer Schwierigkeiten bei der Erziehung der eigenen Kinder – in deren skandalisierende Bloßstellung über.

Wie sehr Filme in diesem Rahmen als Medium der Politisierung und Moralisierung eingesetzt wurden, wird auch an den Arbeiten deutlich, die die Bewohner selbst adressierten. Ob es sich um Max D. Willutzki handelte, der seine Aufnahmen lokaler Proteste in sogenannten „Anti-Wochenschauen“ an öffentlichen Plätzen des Viertels vorführte, oder um Helga Reidemeister, die einer Familie über mehrere Jahre hinweg eine Super-8-Kamera zur Verfügung stellte, damit sie ihren Alltag dokumentierte und die Ergebnisse dann im Anschluss sichtete: Die dokumentarische

20 „Kinder für dieses System“ (Regie: Gardi Deppe, BRD 1972); „Der gekaufte Traum“ (Regie: Helga Reidemeister, BRD 1977); „Von wegen Schicksal“ (Regie: Helga Reidemeister, BRD 1979, Erstausführung 25.02.1979, TV-Erstsendung 29.03.1979, ZDF).

21 Für die Hamburger Siedlung Mümmelmannsberg etwa erinnerten sich die Bewohnerinnen und Bewohner in ähnlicher Weise an den Einfluss, den die im Fernsehen 1976 gesendete Dokumentation „Die Leute vom Mümmelmannsberg“ auf den Ruf ihrer Siedlung hatten. Siehe dazu auch die zeitgenössischen Proteste: Publikumsschelte für Hansjürgen Rosenbauer, in: Hamburger Abendblatt, 08.02.1977.

22 Ebda., „Wir wollen Blumen und Märchen bauen“ (BRD 1970, TV-Erstsendung 15.12.1970, ARD); „Rudi“ (BRD 1972, TV-Erstsendung 27.03.1972, ARD); „Der Lange Jammer“ (BRD 1972/73, TV-Erstsendung 19.10.1975, ARD); „Urbs Nova?“ (BRD 1971, Erstsendung 20.09.1971, ZDF).

23 Siehe etwa: Urbs Nova, ebda.

Technik verband sich mit der Aufforderung zur Selbstreflexion. Mit den Bildern von sich selbst und anderen aus dem Viertel konfrontiert, sollten Bewohnerinnen und Bewohner an sich und ihrer sozialen Lage arbeiten, sie sollten ihre Kinder besser erziehen, aktiv werden, sich politisieren.

Ob die Dokumentationen diese Effekte tatsächlich erzielten, ist die Frage. In jedem Fall aber zeitigte die mediale Fokussierung auf die finanziellen und emotionalen Schwierigkeiten sogenannter Problemfamilien politische Folgen. Während die Berliner Verwaltung kinderreiche „Problem-Familien“ als das zentrale Problem der noch neuen Stadtrandsiedlung beschrieb,²⁴ veränderte die gemeinnützige Wohnungsgesellschaft GESOBAU, die für die Verwaltung beinahe aller Wohnungen im Märkischen Viertel zuständig war, den Wohnungsschlüssel: Sie begann, weniger große Wohnungen zu bauen und erklärte Familien mit über drei Kindern Mitte der 1970er Jahre für „untragbar“.²⁵

Angesichts dessen ist es wenig überraschend, dass sich auch unter den immer wieder Gefilmten ein gewisses Unbehagen über die geballte mediale Aufmerksamkeit einstellte. Mit Irene Rackowitz drehten Filmstudentinnen Anfang der 1980er Jahre eine Dokumentation über ihre Zusammenarbeit mit Helga Reidemeister, die den bezeichnenden Titel „Hätte ich mein Herz sprechen lassen, hätte ich diesen Film nicht gemacht“ trug.²⁶ Und der viel gefilmte Horst Lange brachte im Gespräch mit dem gleichfalls viel gefilmten Hans Rickmann sein Unbehagen zum Ausdruck: *„[...] verfolg mal zwee Jahre zurück, da wurde ik aufgebaut, mit aller Macht hochgespielt, ik habe den richtigen Moment erkannt wo ik jesagt hab: jetzt is stopp [...] denn kamst du, denn habn se aus dir hier den Mythos aufgebaut, du wurdest zum ‚Renomierproletarier‘ und alles, schuld biste selber mit [...]“*²⁷

Wie hier bei Horst Lange setzte auch bei anderen bald eine Desillusionierung hinsichtlich der von außen kommenden Beobachter des Viertels und ihrer Motive ein, und es wurde zunehmend zwischen außen und innen, „denen“ und „uns“ unterschieden. Das Interesse der Bewohnerschaft an der Beobachtung durch andere ließ merklich nach. Das verdeutlicht ein Kommentar des britischen Künstlers Stephen Willats, der 1980/81 in die Großsiedlung kam, um an einem Projekt zu „Häusern und Menschen“ zu arbeiten, aber Schwierigkeiten hatte, dafür Interessierte zu finden. Das Märkische Viertel, erinnerte Willats sich später, „erwies sich als pro-

24 E. Schulz, Das Märkische Viertel heute. Eine kritische Betrachtung, Berlin 1975, S. 19. Die Broschüre erschien in einer vom Presse- und Informationsamt herausgegebenen Reihe. Die Redaktion lag beim Senator für Bau- und Wohnungswesen.

25 H. Bodenschatz, Platz frei für das neue Berlin!, Berlin 1987, S. 243.

26 „Hätte ich mein Herz sprechen lassen, hätte ich diesen Film nicht gemacht“ (BRD 1980).

27 Protokoll des Gesprächs im Juli 1971 [genaues Datum fehlt], APO-Archiv, Ordner 1294a, MV-Protokolle, 1968-1972, S. 8.

blematisch, da die ins Auge springenden, zentral gelegenen Häuser schon von Soziologen und Fernsehproduzenten gründlich bearbeitet worden waren“.²⁸

Diese Anekdote führt die Spirale der Aufmerksamkeit vor Augen, der die kritische Auseinandersetzung mit dem Viertel zuvor gefolgt war. Dass das Viertel von Akteuren aus dem studentischen Milieu und der Neuen Linken als Inbegriff der Probleme einer kapitalistischen Wohnpolitik angeführt wurde, empfahl es zeitweise vielen anderen als Schauplatz urbaner Spannungen. Zwar gelang es auf diese Weise, lokale Probleme einer weiteren Öffentlichkeit nahezubringen, doch verfestigte sich im Zuge dessen der schlechte Ruf des noch neuen Stadtteils. Dieser Ruf blieb in den folgenden beiden Jahrzehnten vergleichsweise stabil. Zwar ging das öffentliche Interesse am Märkischen Viertel seit Mitte der 1970er deutlich zurück. Auch setzten sich Presseberichte vereinzelt mit den verbesserten Wohnbedingungen vor Ort auseinander. Dennoch blieb die Wahrnehmung bestehen, dass es sich bei der Siedlung um keine gute Adresse handelte.²⁹ Vor allem aber trug die um 1970 geballte mediale Aufmerksamkeit für die Westberliner Großsiedlung-als-urbane-Problemzone dazu bei, in der Bundesrepublik das Image der Großsiedlungen als zumindest potentiell prekär zu festigen. Denn zumal von nicht dort Wohnenden wurden andere Großsiedlungen in anderen Städten mit dem Märkischen Viertel nicht nur wiederholt verglichen, sondern auch gleichgesetzt.³⁰

Vorstadthöhlen. Die Darstellung der Großsiedlungen in den französischen Massenmedien

Im März 1973 sah das französische Fernsehpublikum in den Abendnachrichten die Bilder verschiedener Hochhaussiedlungen, während im Hintergrund ein Sprecher kommentierte, die sogenannten *grands ensembles* seien in der Nachkriegszeit unter großem Zeitdruck in Reaktion auf eine profunde Wohnungsnot erbaut worden, hätten sich mittlerweile aber zu einer Quelle „tiefgreifender Unzufriedenheit“ entwickelt. Anschließend war Bauminister Olivier Guichard zu sehen, der, vor einem Hochhaus stehend, seine Entscheidung begründete, den Bau weiterer Großsiedlungen zu unterbinden und nur noch kleinere Siedlungen erbauen zu lassen. Guichard

28 S. Willats, Häuser und Menschen. Buildings and People. Berlin 1979-1993, Berlin 1993, S. 24.

29 Vgl. dazu: *Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin*, Märkisches Viertel. Projektbericht 6. Nachbesserung von Großsiedlungen in Berlin (West), Berlin 1987; „Ein bißchen viel Beton hier!“. Das Märkische Viertel zwischen Akzeptanz und neuer Krise, in: *zitty* 27 (1984), S. 29 f.

30 Siehe etwa *Staatsarchiv Bremen*, Ae-9992-24, Bürgerausschuss zur Umgestaltung der Neuen Vahr. Vorläufiger Endbericht, Bremen 1972; „Was meinen Sie dazu? Sicherheitsgefühl“, in: *Frankfurter Neue Presse*, 19.12.1981.

rechtfertigte diesen Beschluss unter anderem damit, dass die bisherigen Siedlungen jene „Diversität“ vermissen ließen, die den eigentlichen „Charme des Städtischen“ ausmache. Vor allem aber erklärte der Minister, auf diese Weise erfolgreicher dem Problem einer zunehmenden „sozialen Segregation“ im urbanen Wohnen entgegenwirken zu wollen.³¹

Die Stilisierung der Großsiedlungen zu schlechten Vierteln verlief in den französischen Massenmedien in unterschiedlichen Wellen: Eine erste, um 1960 einsetzende Welle der skandalisierenden Darstellung durch Sozialwissenschaft und Journalistik mündete in den frühen 1970er Jahren in einer veränderten Städtebaupolitik. Anfang der 1980er Jahre setzte dann eine weitere Welle der intensiven medialen wie politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Hochhaussiedlungen ein, die um 1990 noch an Umfang gewann. Sie markierte im engeren Sinne den Beginn der aktuellen Fokussierung auf die Vorstädte als Arenen ethnischer Spannungen und Schauplätze der Marginalisierung.

Anfänglich eher verhalten, hatten vor allem Soziologinnen und Soziologen Ende der 1960er Jahre darauf hingewiesen, dass sich der Fortzug bestimmter sozialer Milieus aus den Großsiedlungen verstärkte und interpretierten dies als Scheitern der angestrebten sozialen Durchmischung.³² Während die *grands ensembles* zuvor als Orte gegolten hatten, an denen eine neue Mittelschicht und die aufsteigende Arbeiterschaft Zugang zu modernem Konsum erhielten, änderte sich dies um 1970: Arbeitslosigkeit, Verschuldung und die Probleme von Familien, die nicht der Mittelschicht zugerechnet wurden, rückten zunehmend in den Blickpunkt.³³ Dass Guichard das Ende des Baus weiterer *grands ensembles* unter anderem damit rechtfertigte, auf diese Weise der sozialen Segregation französischer Städte entgegenzutreten zu wollen, war ein Resultat dieser Verschiebung.³⁴

Im Fernsehen und in den überregionalen Printmedien waren die Großsiedlungen seit den späten 1950er Jahren wieder und wieder in skandalisierendem Ton als Orte der Tristesse, der Depressivität und der Vereinsamung beschrieben worden.³⁵

31 JT Nuit, 21. März 1973, <https://www.ina.fr/video/CAF97065335/guichard-grands-ensembles-video.html> [10.04.2020].

32 Siehe u. a. J.-C. *Chamboredon*/M. *Lemaire*, Proximité spatiale et distance sociale. Les grands ensembles et leur peuplement, *Revue Française de Sociologie* 11 (1970); sowie dazu T. *Tellier* (s. A 5); S. *Tissot* (s. A 5).

33 Die frühen 1970er Jahre bildeten damit eine Phase des stufenweisen Abschieds vom Bau der *grands ensembles*. T. *Tellier* (s. A 5), S. 19; A. *Fourcaut*, Les premiers grands ensembles en région parisienne. Ne pas refaire la banlieue?, in: *French Historical Studies* 27 (2004).

34 O. *Guichard*, Déclaration sur les orientations de la politique urbaine, 17.05.1973, in: *Journal Officiel de la République française* 354 (1973), S. 8-9. Siehe auch Guichards Erläuterungen in: *Le Monde*, 12.05.1973.

35 Siehe dazu u. a. F. *Urban* (s. A 3); C. *Reinecke*, Laboratorien des Abstiegs? Eigendynamiken der Kritik

Doch während die Einsamkeit am Stadtrand zunächst als Problem des modernen Wohnens an sich beschrieben worden war, wurden die *grands ensembles* um 1970 zunehmend als Wohnumgebung der unteren Schichten und reine Sozialwohnungssiedlungen dargestellt,³⁶ obwohl Sozialwohnungen in vielen *grands ensembles* nur einen Teil des Wohnungsbestandes ausmachten und sich umgekehrt nur ein Drittel der französischen *habitations à loyer modéré* (HLM) in Großsiedlungen befanden.³⁷ Vermehrt dienten vor allem Ensembles, in denen der Anteil an Sozialwohnungen überdurchschnittlich hoch war, als Schauplatz filmischer Darstellungen, wie etwa die *Cité des 4000* in La Courneuve.³⁸ Anstelle „des Angestellten“ oder „aufsteigenden Arbeiters“ wurden „der Arbeitslose“ und „die migrantische Großfamilie“ in Medienberichten schrittweise zu den dominanten Sozialfiguren. Dass die Siedlungen dessen ungeachtet zu diesem Zeitpunkt sozial weiterhin durchmischt waren, trat in den Hintergrund.

Ein gutes Beispiel für diese veränderte Rahmung war eine Dokumentation mit dem Titel „L'enfer du décor“ (Die Hölle des Dekors), die das französische Fernsehen 1973 ausstrahlte.³⁹ Produziert wurde die Dokumentation von Jacques Frémontier, der in Paris die gängigen Karriereschritte der politischen Elite durchlaufen hatte, bevor er für das Fernsehen tätig wurde und sich dort vornehmlich mit sozialkritischen Themen zu befassen begann. Seine Reportage zur „Hölle des Dekors“ ist exemplarisch für eine politisch eher links positionierte, in Teilen marxistische Kritik an den Großsiedlungen. Am Beispiel der zwischen 1967 und 1971 südlich von Paris erbauten Großsiedlung La Grande-Borne behandelte die einstündige Reportage den sozialen Wandel der Vorstädte. Dabei hatte gerade La Grande-Borne ursprünglich als Vorzeigeobjekt eines reformierten, durch Kunst im öffentlichen Raum aufgelockerten Massenwohnungsbaus gegolten. Zugleich diente die Siedlung dazu, die Bewohnerschaft aus randstädtischen Barackensiedlungen und innerstädtischen Sanierungsgebieten, sogenannten *bidonvilles*, aufzunehmen. Der Anteil an Sozialwohnungen lag dort klar über dem Durchschnitt.⁴⁰

und der schlechte Ruf zweier Großsiedlungen in Westdeutschland und Frankreich, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte (2013).

36 C. Canteux, *Filmer les grands ensembles. Villes rêvées, villes introuvables*, Paris 2014.

37 Ebd., S. 282.

38 Ebd., S. 281. Beispielhaft für die veränderte Kritik an den Großsiedlungen im Fernsehen waren u. a. verschiedene Beiträge im Rahmen der TV-Serie „La France défigurée“.

39 „L'enfer du décor“ (Regie: Bernard Gesbert, Frankreich 1973), <http://www.ina.fr/video/CPF86656806/l-enfer-du-decor-video.html> [01.05.2018; der Film ist dort aktuell nicht mehr abrufbar]. Die Dokumentation wurde im Rahmen der Reihe „La vie ensemble“ gesendet, produziert wurde sie von Jacques Frémontier und Victoria Llanso. Siehe dazu auch C. Reinecke (s. A 12).

40 Zu La Grande Borne siehe auch K. Cupers (s. A 5).

Dass La Grande-Borne zu diesem Zeitpunkt eigentlich nicht repräsentativ für die französischen Großsiedlungen war, problematisiert die Dokumentation indes nicht. Gleich zu Beginn ist darin ein Umzugswagen zu sehen, der vor einem der Häuser der Siedlung hält. Die Frage, ob sie es bedauere, dort wegzuziehen, verneint die danebenstehende Frau.⁴¹ Die Kinder hätten Läuse, es gebe keine Kinderbetreuung, Paris sei zu weit weg, die Jugendlichen machten aus Langeweile alles kaputt, es gebe keine Ablenkung. Sie zählt damit sämtliche Punkte einer seit den frühen 1960er Jahren gängigen sozialpsychologischen Kritik an den Großsiedlungen auf. Nachdem frühere Darstellungen immer wieder die Einsamkeit in den Siedlungen beschworen hatten, behandelte die Dokumentation die Kehrseiten des Lebens am Stadtrand in erster Linie anhand von Bewohnerinnen und Bewohnern, die mit finanziellen ebenso wie mit psychischen Problemen kämpften.⁴²

Die im Beisein ihrer Kinder über ihre Selbstmordgedanken redende Mutter war in der „Hölle des Dekors“ zugleich die alleinerziehende, verschuldete Mutter. Verarmung, Verschuldung und die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Frauen: darum ging es in der Dokumentation in erster Linie. Zwanzig Prozent der Haushalte seien in der Siedlung unter Vormundschaft gestellt worden, um ihre Schulden in den Griff zu bekommen, lernte das Publikum in Interviews mit Richtern und Sozialarbeiterinnen. Interpretiert und eingeordnet wurde die Prekarität der Bevölkerung darüber hinaus durch „Jacques und Françoise“, einen jungen Mann und einer jungen Frau mit Notizbuch auf den Knien, die als „Soziologen“ eingeführt wurden.⁴³ Der Großteil der Bewohnerschaft von La Grande-Borne stamme aus traditionellen Arbeiterquartieren, erklärten die beiden dem Publikum. Der Umzug an den Stadtrand stelle für diese Haushalte so etwas wie den „Übergang in das 20. Jahrhundert“ dar: Sie müssten ihre vormals engen sozialen Beziehungen in den proletarischen Innenstadtvierteln hinter sich lassen, verschuldeten sich aber zugleich häufig, weil sie die vergleichsweise hohen Mieten in der Großsiedlung nicht zahlen könnten, während das Verhältnis von angebotener und nachgefragter Arbeitskraft am Stadtrand schlechter sei. Was daraus resultiere, schloss der Soziologe Jacques Caroux, sei die finanzielle wie kulturelle „inadaptation“ an die neue Umgebung.⁴⁴

Während um 1960 die Großsiedlungen in der Regel nicht explizit einer sozialen Schicht zugeordnet bzw. im Modus der Vermittelschichtung beschrieben worden

41 „L'enfer du décor“ (s. A 36), 00:07:40.

42 C. Canteux (s. A 33), S. 279 ff.

43 Ebda., 00:37:30. Es handelt sich um Françoise und Jacques Caroux. Siehe auch deren Studie: *F. Caroux/J. Caroux, Marginalisation sociale et potentialités d'intervention des habitants d'un grand ensemble de la région parisienne. Grigny la Grande Borne, Paris 1974.*

44 „L'enfer du décor“ (s. A 36).

waren, galten sie im Laufe der 1970er Jahre vermehrt als Orte der ökonomischen Überforderung, der Prekarität und des Abstiegs.⁴⁵ Diese Verschiebung spiegelte durchaus einen Wandel in der sozialen Zusammensetzung der Bewohnerschaft wider, indem gerade Mittelschichtshaushalte in wachsender Zahl dort auszogen. Hoch war die Fluktuation in den Großsiedlungen von Beginn an gewesen, zumal viele Familien hofften, irgendwann in ein Einfamilienhaus umziehen zu können und von vornherein mit dem Plan dorthin gezogen waren, die Siedlungen bald wieder zu verlassen. Um 1970 rückte dieser Traum für wachsende Teile der Bevölkerung in greifbare Nähe.⁴⁶ Neben einer voranschreitenden Eigentumbildung hatte das vor allem etwas mit der Wohnungspolitik der französischen Regierung zu tun, die ab 1969 den Eigenheimbau verstärkt finanziell förderte.⁴⁷ Zugleich verpflichteten sich die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften dazu, zwischen 7 und 30 % ihrer frei werdenden HLM denjenigen zur Verfügung zu stellen, die aus *bidonvilles* kamen oder die aus anderen Gründen als „schlecht untergebracht“ eingestuft wurden.⁴⁸ Während es insbesondere Mittelschichtshaushalte aus den Großsiedlungen herausdrängte, rückten damit Gruppen nach, deren Wohnprobleme von der staatlichen Politik bis dato nicht beseitigt oder durch die umfassende Sanierung innerstädtischer Quartiere verschärft worden waren. Der Anteil an einkommensschwachen Haushalten wuchs, während die Zahl der Mittelschichtsfamilien sank.⁴⁹

Reportagen wie die „Hölle des Dekors“ reflektierten diesen sozialen Wandel. Zugleich verfestigten sie ihrerseits ein Image der Vorstädte als prekäre Räume, das für die dortige Bevölkerung (oder potentielle neue Bewohner) kaum attraktiv war. Vielmehr trug der schlechte Ruf der Siedlungen dazu bei, den Fortzug derer zu beschleunigen, die ihn sich leisten konnten. Diese Dynamik, bei der sich die Medialisierung der Siedlungen und die soziale Realität vor Ort gegenseitig verstärkten, nahm noch zu, als Anfang der 1980er Jahre Unruhen, die in verschiedenen Großsiedlungen ausbrachen, die Aufmerksamkeit der Massenmedien erregten. Zwar

45 Zu den Reaktionen auf den Dokumentarfilm in der Presse und die dadurch ausgelöste heftige Kritik an den Zuständen in den Großsiedlungen siehe auch *H. Jannière*, Die Hölle des Dekors. Die Grands Ensembles zwischen Gesellschafts- und ästhetischer Kritik, in: *Candide – Journal for Architectural Knowledge* 7 (2013), S. 37-60.

46 Ebd.

47 *T. Oblet*, Gouverner la ville. Les voies urbaines de la démocratie moderne, Paris 2005. Einfamilienhäuser machten gegenüber Kollektivbauten einen stetig wachsenden Teil der neu erbauten Wohnhäuser in Frankreich aus.

48 Laut Tellier sollten ab 1971 30 % der frei werdenden HLM in der Pariser Region sogenannten *mal logés* zugänglich gemacht werden. *T. Tellier* (s. A 5).

49 Damit setzte sich ein schon länger anhaltender Trend fort: Während „Arbeiter“ 1957 noch 37 % der Mieterinnen und Mieter von HLM gestellt hatten, waren es zehn Jahre später bereits 48,5 %. Ebd., S. 111.

waren sie nicht die ersten Ausschreitungen in der urbanen Peripherie, wohl aber die ersten, über die umfangreich in der überregionalen Presse und dem Fernsehen berichtet wurde.⁵⁰

Noch einmal verstärkt wurde die mediale Aufmerksamkeit 1990, als, ausgelöst durch den Tod eines jugendlichen Motorradfahrers, der beim Zusammenstoß mit einem Polizeiauto unter ungeklärten Umständen starb, in der Siedlung Vaulx-en-Velin bei Lyon Unruhen ausbrachen. Es kam zu einem gewaltsamen Aufeinandertreffen von Jugendlichen und Polizei. Autos und Gebäude brannten. Die Ausschreitungen, die bald auf andere Vorstadtsiedlungen übergriffen, hielten mehrere Tage an. Für mehrere Wochen berichteten die französischen Massenmedien und spekulierten über die Ursachen und Konsequenzen – nicht allein für Lyon, sondern für ganz Frankreich. Die peripheren Großsiedlungen wurden im Zuge dessen endgültig als nationale Krisenräume gekennzeichnet. Allerdings waren es nun ethnisch definierte Gruppen, die als die eigentliche Problembevölkerung der „banlieue“ galten.⁵¹ Hatten Soziologen und Soziologinnen wie „Jacques und Françoise“ Anfang der 1970er Jahre noch über die „inadaptation“ der Arbeiterfamilien am Stadtrand spekuliert, rückten im Laufe der 1980er Jahre immer mehr männliche muslimische Jugendliche und ihre vermeintliche Desintegration in den Fokus der Problematisierung der „banlieue“ – obwohl keineswegs alle an den dortigen Unruhen Beteiligten diesem Profil entsprachen.

Allerdings ist nicht zu übersehen, dass die massive Kritik an den Siedlungen deutlich weiter zurückreichte und bereits früher zu deren sinkendem Prestige beitrug. Schließlich gruppierte sich um die Siedlungen bereits um 1960 ein hoch medialisierter Krisendiskurs, und die Zeitgenossen beschrieben das moderne Massenwohnen quasi von Beginn an als mindestens ambivalent. Das trug dazu bei, dass die Siedlungen für wachsende Teile der französischen Bevölkerung bald nicht mehr der Inbegriff von modernem Komfort und sozialem Aufstieg waren, sondern schlechte Viertel, die mied, wer sie meiden konnte. Der soziale Abstieg der Siedlungen begann damit letztlich bereits in den sogenannten Wirtschaftswunderjahren. Er ist keineswegs nur oder primär eine Folge der wachsenden Arbeitslosigkeit und Prekarität der 1970er und 1980er Jahre, selbst wenn diese Entwicklungen die „Hypermarginalisierung“ der französischen Vorstädte weiter verstärkten.

50 M. Zancarini-Fournel, *Généalogie des rébellions urbaines en temps de crise (1971-1981)*, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire* 84 (2004); A. Hajjat, *Rébellions urbaines et déviances policières*, in: *Cultures & Conflits* 93 (2014); C. Bachmann/N. LeGuenec, *Violences urbaines. Ascension et chute des classes moyennes à travers cinquante ans de politique de la ville*, Paris 1996.

51 Ebda. Siehe dazu auch S. Tissot (s. A 5); M. Dikeç (s. A 5); Canteux (s. A 34).

Fazit

Zu der aktuellen „Hyperlokalisierung der sozialen Frage“ in Frankreich gibt es in der Bundesrepublik kein wirkliches Äquivalent. In den deutschen Massenmedien und politischen Debatten sind die peripheren Hochhaussiedlungen im Vergleich weniger stark als Problemzonen präsent. Selbst wenn viele deutsche Hochhaussiedlungen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an einkommensschwachen Haushalten aufweisen und sie auffallend häufig als Schauplatz von Brennpunkt-Dokus und Sozialreportagen dienen, sind sie weniger offenkundig „soziale Brennpunkte“ als in Frankreich. Das hat eindeutig etwas mit den weniger ausgeprägten Problemen vor Ort zu tun, hängt aber auch mit Unterschieden in den medialen Aufmerksamkeiten zusammen: Der Ausbruch urbaner Gewalt löst oft eine verdichtete Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Konflikten und ihrer angemessenen Deutung aus, und im Falle der französischen Vorstädte haben die dort wiederholt ausbrechenden Unruhen deren Status als Problemzonen in der öffentlichen Wahrnehmung endgültig verfestigt. Hinzu kommt, dass die um 1970 einsetzende Auseinandersetzung mit den Effekten von Migration und ethnischer Diversität in Westdeutschland anders verlief als in Frankreich und sich deutlich weniger auf die randstädtischen Hochhaussiedlungen bezog. Zwar ging der in vielen westdeutschen Siedlungen wachsende Anteil an nicht-deutschen Haushalten lokal durchaus mit Spannungen einher,⁵² doch als medialisierte und in Teilen skandalisierte Räume der Migration dienten in Westdeutschland zunächst vornehmlich innerstädtische Altbauviertel.

Aber auch in deutschen Städten nimmt die residentielle Segregation zu. Und während gerade in urbanen Ballungszentren die Mietpreise steigen und der Mangel an preiswertem Wohnraum zunimmt, konzentrieren sich in den Großsiedlungen mit ihrem überdurchschnittlich hohen Anteil an Sozialwohnungen oftmals Haushalte, die sich andernorts keine Wohnungen leisten können.⁵³ Wie auch im französischen Fall ist diese soziale Realität der peripheren Siedlungen nicht zu verstehen, ohne die lange Geschichte ihrer Abwertung und ihres sinkenden Prestiges einzu beziehen. Die modernen Hochhaussiedlungen sind nicht nur von einer fehlerhaften Bau-, Reparatur- und Belegungsgeschichte geprägt, sondern auch von ihrer jeweils eigenen Problematisierungsgeschichte.

52 Siehe etwa mit Blick auf die Frankfurter Nordweststadt: „Die Schwarzen wollen weißes Frauenfleisch“, in: FR Lokalanzeiger West-Nord, 26.11.1979.

53 Siehe etwa: M. Helbig/S. Jähnen, Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. WZB Discussion Paper, Berlin 2018, <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf> [01.07.2020].

Für beide Länder gilt, dass die modernen Großsiedlungen bereits früh verschiedenen Akteurinnen und Akteuren als Gegen- oder Abgrenzungsräume dienten, um eine bessere Gesellschaft, bessere Städte oder eine bessere Urbanität zu fordern. Nachdem sie Beobachtern unterschiedlicher politischer Couleur in Frankreich um 1960 dazu dienten, sich kritisch mit der Vereinsamung von Individuen zu befassen, die sich in den hochmobilen Gesellschaften der Nachkriegszeit sowohl räumlich als auch sozial neu verorten mussten, interessierten sich um 1970 in Frankreich und Westdeutschland vor allem Akteure aus dem Umfeld der Neuen Linken für das moderne Massenwohnen. In einer Zeit, in der die Aufmerksamkeit für soziale Ungleichheiten insgesamt zunahm,⁵⁴ wurden der soziale Wohnungsbau bzw. konkret die Großsiedlungen zu zentralen Arenen für die Formulierung neuer Forderungen an eine egalitäre Gesellschaft: Sie wurden herangezogen, um ein wachsendes Unbehagen an der modernistischen Umgestaltung der Städte zum Ausdruck zu bringen; in ihrer Darstellung schlug sich aber auch eine neue Sensibilität für die Vulnerabilität sozialer Gruppen nieder, die am Wohlstand der französischen und westdeutschen Gesellschaft nicht teilhatten. Ihrer sozialen Durchmischung ungeachtet, begannen sich viele Akteure vor allem für die einkommensschwachen „Problemfamilien“ in den Siedlungen zu interessieren. Zwar gelang es ihnen auf diese Weise, deren Probleme einer weiteren Öffentlichkeit nahezubringen, doch festigten sie zugleich das Image der Siedlungen als prekäre Räume.

Das hatte Effekte. Denn dass die Viertel in den Massenmedien immer wieder als schlechte, unwohnliche, gefährliche oder prekäre Viertel behandelt wurden, wirkte sich langfristig auf die Zusammensetzung ihrer Bewohnerschaft aus. Umso mehr, als die Großsiedlungen in der weiteren Öffentlichkeit oft nicht als individuelle Quartiere wahrgenommen wurden, sondern als austauschbare „Nicht-Räume“ ohne Seele oder Eigenart.⁵⁵ Während sich die urbanen Mietmärkte in den 1970er und 1980er Jahren weiter ausdifferenzierten, wurden die Großsiedlungen mehr und mehr zum Hort der Immobilien, die ihren Wohnort nicht frei wählen konnten.

54 Zur Karriere des Gesellschaftsbegriffs seit den 1960er Jahren siehe *P. Nolte*, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 387 f.

55 *M. Augé*, *Orte und Nicht-Orte. Vorüberlegungen zu einer Ethnologie der Einsamkeit*, Frankfurt a.M. 1994.

Wohnfolgeeinrichtungen problematisieren

Spielplätze als Aushandlungsräume in den 1970er Jahren im Osdorfer Born

Die Großsiedlungen der späten 1960er Jahre waren seit ihrem Erstbezug Konfliktfelder der Stadtplanung. In den neuen Wohnumgebungen entstanden insbesondere Konflikte darüber, mehr Angebote jenseits des Wohnens zu realisieren als zunächst geplant und umgesetzt wurden. Die Bewohnerinnen und Bewohner sahen Mängel beispielsweise bei Wohnfolgeeinrichtungen wie Einkaufsläden, Schulen, Spielplätzen, Kindergärten, aber auch der Gesundheitsversorgung, Gemeinschaftsräumen oder der Verkehrssicherheit. So bildeten sich in den 1970er Jahren in vielen der top-down am Reißbrett geplanten Großsiedlungen bottom-up-Initiativen, die sich alltäglicher Probleme und Mängel im Stadtteil annahmen und ihn zu verbessern versuchten. Nicht zuletzt aufgrund dieser Initiativen sind die Siedlungen in der Erinnerung vieler langjähriger Bewohnerinnen und Bewohner nachbarschaftliche Räume und Zuhause geworden, während in den Medien ein negatives Bild als problematische Orte überwog. In diesem Kontrast zeigt sich die ambivalente Wahrnehmung dieser Orte, deren Bewertung und Entstehung bis heute diskutiert wird.¹ Derzeit erleben die Großsiedlungen wieder eine positivere Bewertung.² In den 1970er Jahren erfolgte hingegen eine starke Problematisierung dieser Wohnorte – zum einen von außen durch Wissenschaft und Presse, zum anderen aber auch durch die Bewohnerschaft selbst. Sie sah die Schwierigkeiten ihrer neuen Siedlung-

1 Diese Ambivalenz zeigt beispielsweise: P. Kramper, Die Neue Vahr und die Konjunkturen der Großsiedlungskritik. 1957-2005, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte (2013), S. 13-24; K. Weinbauer, Kriminalität in europäischen Hochhaussiedlungen. Vergleichende und transnationale Perspektiven, in: ebda., S. 35-47. Die Reproduktion und Entstehung des Images in den Medien und der Wissenschaft zeigt Christiane Reinecke am Beispiel Berlins und Frankreichs: C. Reinecke, Laboratorien des Abstiegs? Eigendynamiken der Kritik und der schlechte Ruf zweier Großsiedlungen in Westdeutschland und Frankreich, in: ebda., S. 25-34; C. Reinecke, Am Rande der Gesellschaft? Das Märkische Viertel – eine West-Berliner Großsiedlung und ihre Darstellung als urbane Problemzone, in: Zeithistorische Forschungen 11 (2014), S. 212-234.

2 Vgl. beispielsweise: M. Harnack, Rückkehr der Wohnmaschinen. Sozialer Wohnungsbau und Genertifizierung in London, Bielefeld 2012; A. Hild / A. Müssele, Neuperlach ist schön. Zum 50. einer gebauten Utopie, München 2018.

gen und adressierten diese.³ Initiativen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, die für viele Bewohnerinnen und Bewohner eine wichtige Erfahrung waren, um in den Siedlungen heimisch zu werden, traten zum einen in Verhandlungen mit der planenden Verwaltung, zum anderen standen ihre Aktivitäten in Wechselwirkung mit der (Außen-)Wahrnehmung des Stadtteils.

Im Folgenden soll anhand der Schaffung von Spielplatzangeboten durch die Bewohnerinnen und Bewohner im Osdorfer Born, einer ab 1967 errichteten Großsiedlung in Hamburg, nachgezeichnet werden, in welche Akteurskonstellationen diese Initiativen eingebunden waren. Dabei zeigt sich, wie Räume in diesem Neubaugebiet eingerichtet und verhandelt wurden, welche Ideen den umgesetzten Einrichtungen zugrunde lagen und wie diese in Bezug zum Ruf des Stadtteils traten.

In sozialstruktureller Hinsicht war der Osdorfer Born typisch für bundesdeutsche Großsiedlungen. In dem Stadtteil lebten Anfang der 1970er Jahre etwa 16.000 Menschen.⁴ 90 % der Wohnungen waren mit Mitteln aus dem sozialen Wohnungsbau errichtet worden.⁵ Insbesondere junge Familien mit vielen Kindern zogen im ersten Jahrzehnt in die Neubausiedlung. So war 1972 im Osdorfer Born 40 % der Bevölkerung unter 18 Jahre alt – im Hamburger Durchschnitt waren es 18 %.⁶ Dieser Kinderreichtum verbunden mit einem Mangel an Betreuungs- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche führte zu Kritik an dem unzureichenden Angebot.⁷

Als Reaktion auf den Mangel an Einrichtungen für Kinder, an Spielplätzen, Kindergärten und Schulen bis hin zu Freizeitangeboten, aber auch weiterer Wohnfolgeeinrichtungen gründete sich innerhalb des Borns bereits 1969 die Interessengemeinschaft Osdorfer Born (IGOB).⁸ Darin bildete sich unter anderem eine Gruppe, die sich mit Spielplätzen befasste. Obwohl Spielplätze im Plan bereits vor-

3 Dass in Großsiedlungen durchaus Partizipation möglich war zeigt beispielsweise: *K. Cupers*, The Expertise of Participation. Mass Housing and Urban Planning in Post-war France, in: *Planning Perspectives* 26 (2011), S. 29-53. Für den amerikanischen Raum betont beispielsweise Venkatesh das Vorhandensein sozialer Netzwerke abseits einer gesellschaftlichen Norm: *S. Venkatesh*, *American Project. The Rise and Fall of a Modern Ghetto*, Cambridge/Mass. 2000. Auch Althaus betont in ihrer Studie die Entstehung von Nachbarschaften in Großsiedlungen in der Schweiz: *E. Althaus*, *Sozialraum Hochhaus. Nachbarschaft und Wohnalltag in Schweizer Großwohnbauten*, Bielefeld 2018.

4 Vgl. *J. Lapp*, *Untersuchungsreihe Siedlungsform und Verhalten. Untersuchungsgebiet 3 Osdorfer Born, Hamburg 1974*, S. 2.

5 Vgl. *M. Mattern*, *Wohnverhältnisse als Herausforderung an Theologie und Kirche. Zur Problematik der Gemeinwesenarbeit dargestellt und untersucht am Beispiel „Osdorfer Born“*, Hamburg 1979, S. 29.

6 Vgl. Ebda.

7 Gut zu sehen ist diese weitreichende und häufig wütend vorgebrachte Kritik in Ausschnitten aus einer Bürgerversammlung 1970 in dem Film: „20.000 Leben. Glauben und Denken“ (BRD 1971, Regie P. Rossbach, TV-Erstsending 05.01.1971, NDR).

8 Vgl. Die Interessengemeinschaft stellt sich vor, in: *Borner Mitteilungen* 9 (1970), S. 3.

handen waren, erschienen diese weder quantitativ noch qualitativ ausreichend. Unterstützt wurden diese Forderungen auf der einen Seite durch Stimmen aus der Universität, wie einem Professor für Erziehungswissenschaften der Universität Hamburg, der einen Vortrag über Bauspielplätze im Born hielt,⁹ sowie auf behördlicher Seite durch Mitarbeiter des zuständigen Gartenbauamtes Blankenese, die ebenfalls größere und mehr Spielplätze anstrebten. Die Umsetzung war allerdings durch Fragen der Finanzierung und dem Mangel an geeigneten Flächen schwierig. Siedlungsbewohnerinnen und -bewohner zogen daraus die Konsequenz, ein entsprechendes Angebot für Kinder und Jugendliche in Eigeninitiative zu schaffen. Deshalb waren Spielplätze Räume, die seitens der Bewohnerschaft nicht nur gefordert, sondern ganz konkret auch selbst mitgestaltet wurden.

Neben den Spielplätzen für Kleinkinder, die unmittelbar vor oder hinter den Wohnhäusern lagen, entstanden im Osdorfer Born zu Beginn der 1970er Jahre deshalb zwei weitere Spielplätze, die auf eigenes Engagement zurückgingen: der von der IGOB unterstützte Abenteuerspielplatz und der als Untergruppe des Ortsverbandes des Deutschen Roten Kreuzes organisierte Spielhafen. An diesen beiden Beispielen soll im Folgenden die Konstruktion der Spielplätze erörtert werden – und zwar im baulichen Sinne sowie im Sinne der konkurrierenden Vorstellungen, die diesen Projekten zugrunde lagen. Der erste Punkt gilt der Entstehung sowie dem teilweise konfliktträchtigen Betrieb der Plätze im Spannungsfeld zwischen den Initiativgruppen und den Behörden. Zweitens werden die voneinander abweichenden pädagogischen Konzepte und die Ausgestaltung der Plätze dargestellt. Und drittens wird die damit in Verbindung stehende Wechselwirkung der Berichterstattung über die Spielplätze mit dem Image des Stadtteils untersucht. Dabei wird die These verfolgt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner in den 1970er Jahren großen, aber auch ambivalenten Einfluss auf die Gestaltung ihres Wohngebietes in Aushandlungsprozessen mit der Bewohnerschaft selbst sowie mit Behörden und Presse nahmen. Es existierten verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Konzepten nebeneinander, welche zur ambivalenten Konstruktion der Wahrnehmung des Osdorfer Borns beitrugen.

Einen Spielplatz schaffen: Gelände & Akteure

Für die Entstehung der Spielplätze waren die Trägerschaft und Betreuung der Plätze sowie das Gelände von wesentlicher Bedeutung. Erste Differenzen zwischen IGOB und Behörden zeigten sich bereits in der Diskussion über das Gelände, das

9 Vgl. *N. Paine*, Welche Art Spielplätze brauchen unsere Kinder?, in: *Borner Mitteilungen* 18 (1971), S. 4.

für den Abenteuerspielplatz zur Verfügung gestellt werden sollte: Ein von der Interessengemeinschaft ins Auge gefasstes Grundstück wurde 1970 vom Ortsamt ausgeschlossen, da es für den Bau der U-Bahn reserviert war.¹⁰ Das Ortsamt unterstützte zwar die Idee eines Abenteuerspielplatzes grundsätzlich, sah darin aber eine langfristige Einrichtung und suchte deshalb ein Gelände, das langfristig nutzbar war. Die Mitglieder der Interessengemeinschaft hingegen sahen vor dem Hintergrund der „schwierigen“ Jugendlichen im Born sofortigen Handlungsbedarf, forderten grundsätzlich zwar ebenfalls eine dauerhafte Einrichtung, in erster Linie jedoch einen sofortigen Beginn der Arbeiten – gegebenenfalls auch auf provisorischem Gelände. Im Sommer 1972 eröffnete der Abenteuerspielplatz ohne Unterstützung des Jugendamtes dann auch provisorisch auf einem Gelände, das für den Bau einer Schule vorgesehen war. Als 1974 die Baumaßnahmen für die Schule begannen, musste der Spielplatz auf einen für diesen Zweck im Bebauungsplan ausgewiesenen Ort im letzten Bauabschnitt verlegt werden.¹¹

Die Idee eines Abenteuerspielplatzes war 1970 bei Ortsamt und Jugendamt zunächst durchaus positiv im Gespräch.¹² Selbst zwei Planstellen für Sozialarbeiter waren zugesprochen worden, die mit dem Baubeginn eines weiteren Bauabschnittes des Osdorfer Borns zusammenhingen.¹³ Als sich dieser Bauabschnitt verzögerte, wurden die in Aussicht gestellten Stellen wieder gestrichen. Dennoch wurde der Abenteuerspielplatz 1972 von der Interessengemeinschaft zusammen mit einer Gruppe des deutschen Wanderbundes provisorisch eröffnet, ohne weiter auf Mittel der zuständigen Ämter zu warten. Gearbeitet wurde stattdessen ehrenamtlich. Allerdings war der Materialbedarf eine Herausforderung für die Finanzierung.¹⁴ Die Ehrenamtlichen sammelten die Materialien auf Spendenbasis. 1973 wurde der Abenteuerspielplatz dann von einer hauptamtlichen Kraft und einem Zivildienstleistenden betreut.¹⁵ Zwar unterstützte das Amt für Jugend den Spielplatz ab 1973 finanziell,¹⁶ der hauptamtliche Sozialarbeiter wurde aber nicht, wie ursprünglich

10 Vgl. Kinder sind lästig, in: *Borner Mitteilungen* 12 (1970), S. 3. Die versprochene Bahnanbindung des Stadtteils ist bis heute ein Politikum, denn der Osdorfer Born ist immer noch ausschließlich durch Busse angebunden.

11 Vgl. *Staatsarchiv Hamburg (StAH)*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 522 (Pressemeldung, 24.01.1974).

12 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 522 (*Krahn*, Betr: Betreuer Bau-Spielplatz am „Osdorfer Born“, 19.01.1970).

13 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 522 (*K. Röken*, Planstelle für einen Sozialarbeiter, 22.06.1972).

14 Vgl. *F. Gatermann*, Hier sagt niemand: „Das darfst du nicht!“, in: *Hamburger Abendblatt*, 24.07.1972.

15 Vgl. Situationsbericht zum Abenteuerspielplatz, in: *Borner Mitteilungen* 41 (1973), S. 5.

16 Vgl. 2 Jahre Abenteuerspielplatz, in: *Borner Mitteilungen* 59 (1974), S. 4.

geplant, durch die Stadt finanziert, sondern von der Kirchengemeinde Blankenese und von der IGOB eingestellt.¹⁷

Im Laufe der 1970er Jahre kam es zwischen der IGOB und dem Amt für Jugend nicht nur zu Differenzen über die Finanzierung der hauptamtlichen Mitarbeiterstellen und Materialkosten, sondern vor allem über die bisherige Trägerschaft durch die Interessengemeinschaft und der Gruppe des Deutschen Wanderbundes. So hatte zunächst der Deutsche Wanderbund, Pfadfinder-Stamm Fram,¹⁸ und danach die Interessengemeinschaft die Trägerschaft inne, wobei die beiden Organisationen so eng zusammenarbeiteten, dass zwischen ihnen zuweilen schwer zu differenzieren war.¹⁹ Demgegenüber war das Amt für Jugend bei den eigenen Planungen stets davon ausgegangen, selbst Trägerin des Platzes zu sein und strebte nun an, die Trägerschaft auch tatsächlich zu übernehmen.²⁰ Die IGOB wiederum wollte den Platz in Eigenregie weiterführen und nicht dem Amt für Jugend übergeben. Hier zeigte sich die Skepsis, die sich die beiden Parteien entgegenbrachten. Bei den begleitenden Differenzen stand auf der einen Seite die Erwartung der IGOB, dass ihre Arbeit finanziell unterstützt würde. Die Forderung nach sofortiger finanzieller Hilfe beispielsweise für Baumaßnahmen brachte sie durch Presseberichte, Briefe und Proteste immer wieder zum Ausdruck. Hier spiegelte sich auch die anhaltende Befürchtung wider, dass der Abenteuerspielplatz unzureichend finanziert und gegebenenfalls geschlossen würde. Auf der anderen Seite standen die formell geregelten Betriebsabläufe im Amt für Jugend mit fest eingeplanten, langfristigen Haushalten, quantitativen Berichten und klar geordneten Zuständigkeiten. Trotz dieser unterschiedlichen Arbeitsweisen, strebten beide einen funktionierenden Spielplatz an.²¹ Die Initiative indes stand dem Amt eher konfrontativ gegenüber.

Auch die Platznutzung selbst sorgte für Konfrontationen. Auf der einen Seite war das Konzept des Abenteuerspielplatzes mit seinem freien Spielen umstritten und führte zu Problemen mit der Nachbarschaft. Insbesondere die dort abgehaltenen sogenannten Experimentierfeuer stießen nicht unbedingt auf Begeisterung und führten zu vermehrten Feuerwehreinsätzen. Auch Beschwerden der Nachbarschaft über „respektloses“ Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer gingen beim Ju-

17 Diese Lösung funktionierte somit vorläufig auch ohne Unterstützung des Jugendamtes; vgl. *M. Bethge*, Geld für den Osdorfer Born, in: *Borner Mitteilungen* 41 (1973), S. 8.

18 Vgl. *StAH*, 445-1 Bezirksamt Altona, Nr. 26 (Anlage 1 zur Niederschrift über die Sitzung am 06.08.1974). Zusätzlich zum Abenteuerspielplatz organisierte der Deutsche Wanderbund – Stamm Fram auch Kindergruppen sowie offene Gruppenarbeit am Osdorfer Born. Der Wanderbund und die Interessengemeinschaft arbeiteten auf dem ASP eng zusammen.

19 Vgl. *StAH*, 445-1 Bezirksamt Altona, Nr. 27 (Drucksache VII/Nr. 38, 06.09.1974).

20 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 524 (*Gehrken* an Röken, Betr. 08.01.1978, 14.02.1978).

21 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 524 (*Gherken* an Röken, Betr. 12.11.1977, 21.12.1977).

gendamt ein.²² Zudem war der Spielplatz immer wieder von Vandalismus betroffen. 1972 gab es massive Probleme mit Jugendlichen, die Aufgebautes zerstörten, Brände legten, Betreuer bedrohten und verletzten, so dass schließlich die Jugendarbeit des gesamten Stadtteils zeitweise eingestellt wurde.²³ Auch in den folgenden Jahren kam es vor allem nachts zu Vandalismus, was den Platz allmählich wüst aussehen ließ²⁴ und die Motivation der Kinder verringerte, Hütten zu bauen. 1974 kam es zur Schließung des Platzes, da sich auch immer mehr Jugendliche einfanden, die nicht Zielgruppe des Platzes waren und denen der Vandalismus zugeschrieben wurde.²⁵ In diesem Kontext hatten die Betreibenden noch die Nachbarschaft als hilfreich erachtet: Durch Beobachtung des Platzes hatte man sich erhofft, den Vandalismus eindämmen zu können.²⁶

Das Konzept des Spielhafens hingegen wurde als Elterninitiative von Ehrenamtlichen in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt entwickelt, das in der Initiative eine Möglichkeit sah, ein attraktives Spielangebot vor Ort zu schaffen. Die Gruppe entschied sich dafür, sich dem DRK anzuschließen, um dessen Struktur und „Werbewirksamkeit“ zu nutzen, aber auch um Spendenbescheinigungen ausstellen zu können.²⁷ Dass zwar ein Anschluss der Elterninitiative an die IGOB als gemeinnütziger Verein als Alternative diskutiert wurde, aber sich die Gruppe dann doch für den Anschluss an das DRK entschied, bestätigt die unterschiedliche Ausrichtung der beiden Gruppen.²⁸ Durch die Anbindung an das DRK und die Kontakte zum Gartenbauamt sowie Parteivertretern in Ausschüssen und die entsprechende Wortwahl fand die Gruppe mit ihren Forderungen häufig Zugang zu Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern sowie zu Behörden. Eine Gruppe innerhalb des DRK zu sein, war für die Initiative dementsprechend organisatorisch und konzeptionell wichtig. Damit galt der Spielhafen auch beim Amt als „sauber in der Kassenführung und in politischer Richtung“²⁹. Dass der Spielhafen und die zuständigen kommunalen Ämter gut kooperierten, zeigte sich auch

22 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 524 (Betr: Abenteuerspielplatz, 20.07.1978).

23 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 522 (*K. Röken*, Abenteuerspielplatz Osdorfer Born, 13.09.1972). Diese Probleme brachten auch die kirchliche Jugendarbeit zum Erliegen und führten zur Schließung eines Hauses der Jugend.

24 Vgl. Unser Nachbar – der Abenteuerspielplatz, in: *Borner Mitteilungen* 101 (1978), S. 7.

25 Vgl. Abenteuerspielplatz geschlossen, in: *Borner Mitteilungen* 61 (1974), S. 3.

26 Vgl. Soll der Abenteuerspielplatz verlegt werden? in: *Borner Mitteilungen* 124 (1980), S. 5.

27 *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese II, Nr. 525 (*Kleibs*, Spielhafen Osdorfer Born, 07.10.1971).

28 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese II, Nr. 525 (*Kleibs*, Spielhafen Osdorfer Born, 17.09.1971). Wobei es durchaus auch funktionierende Zusammenarbeit zwischen der IGOB und dem DRK gab, beispielsweise im Bereich der Seniorenarbeit. Die jeweiligen Spielplatzgruppen schienen besonders unterschiedlich zu sein; Vgl. Liebe Ältere Bürger!, in: *Borner Mitteilungen* 11 (1970), S. 8.

29 *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese II, Nr. 526 (*Hesse*, Spielhafen, 03.03.1972).

an gemeinsamen Aktionen. Bei besonderen Veranstaltungen waren der Ortsamtleiter Krahn und der Ortsdienststellenleiter Kleibs regelmäßig anwesend.³⁰ Außerdem erbat der Ortsamtleiter Spenden für den Hafenspielplatz von Unternehmen.³¹ Die Spielhafengruppe nutzte zudem die Hütten des DRK, und Ehrenamtliche leiteten dort regelmäßige Spiel- und Bastelgruppen. Für den Spielhafen waren somit das DRK und das Ortsamt wichtige Kooperationspartner.

Die Betreuung des Spielplatzes und der Veranstaltungen auf dem Spielhafengelände waren für die Beteiligten zeitintensiv und wurden vor allem ehrenamtlich organisiert, was nach einiger Zeit mit einem Anwachsen des Spielplatzangebotes, das regelmäßige Gruppenarbeiten, größere und kleinere Veranstaltungen sowie das Zurverfügungstellen von Räumen umfasste, immer problematischer wurde. Neben den Eltern war eine Einzelperson für den Spielhafen wichtig: Helmuth Schack, der „Hafenkapitän“ und „Rentenwächter“ des Spielplatzes. Er wohnte in der Nähe und kümmerte sich ehrenamtlich um den Spielplatz und die Kinder.³² Schack war für den Platz von enormer Bedeutung und blieb bis heute in Erinnerung.³³ Nach zwei Jahren beklagten die Mitglieder des Spielhafens die Belastungen in der ehrenamtlichen Arbeitsleistung, da Angebot und Zuständigkeiten immer mehr angewachsen waren. Deshalb forderten sie weitere Eltern zu Mitarbeit auf, zogen sich dann aber im Laufe der 1970er Jahre aus Kooperationen mit anderen Gruppen zurück.³⁴ Auch forderten die Initiatorinnen eine hauptamtliche Kraft für die pädagogische und organisatorische Betreuung des Spielhafens.³⁵ Zwar wurde zwischenzeitlich durch das DRK eine Sozialarbeiterin für Jugendarbeit eingestellt,³⁶ insgesamt aber blieb der Betrieb des Spielhafens auf das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner des Borns angewiesen und wurde entsprechend auch als spezifische Institution des Borns wahrgenommen.³⁷

30 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese II, Nr. 525 (*Kleibs*, Spielhafen Osdorfer Born, 22.10.1971); Mit prominenten Holzfällern, in: *Norddeutsche Nachrichten*, 21.01.1972; Spielhafen Osdorfer Born, in: *Osdorf. Unser Heimatblatt*, Februar 1972.

31 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 525 (*Krahn*, Spendenantrag zu Gunsten der Eltern-Arbeitsgemeinschaft „Spielhafen“ am Osdorfer Born, 09.03.1972).

32 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 525 (*Kleibs*, Hafenspielplatz Osdorfer Born, 27.07.1971).

33 Vgl. Spielhafenskapitän Helmuth Schack, in: *Borner Mitteilungen* 34 (1972), S. 13. Zudem wurde der See nach ihm benannt und heißt heute „Helmuth-Schack-See“.

34 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 526 (*Hilferuf*, wahrscheinlich Ende 1973/Anfang 1974). So war die Hafenspielplatzgruppe beispielweise ab Anfang 1975 nicht mehr Mitherausgeberin der *Borner Mitteilungen*.

35 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 526 (Entwurf eines Schreibens an den Bürgermeister, wahrscheinlich Ende 1973/Anfang 1974).

36 Vgl. Was wird aus der „Jugendgruppe Hafenspielplatz“?, in: *Borner Mitteilungen* 115 (1979), S. 10.

37 Vgl. *M. Bethge*, Freizeitpark für den Osdorfer Born?, in: *Borner Mitteilungen* 115 (1979), S. 11-12, hier S. 12.

Während der Spielhafen durch eine Elterninitiative des Stadtteils in enger Kooperation mit den zuständigen Ämtern gestaltet wurde, entstand der Abenteuer-spielplatz auf Initiative der in der IGOB organisierten Bewohnerschaft zunächst provisorisch und oft in Konfrontation mit den zuständigen Behörden. Bereits in der Entstehung zeigte sich, dass Konzepte und Ausrichtung ein erhebliches Konfliktpotential bargen, obwohl auf den ersten Blick dasselbe Ziel, qualitativ hochwertige Spielplätze, angestrebt wurde.

Pädagogische Konzepte

Außer in ihrem Verhältnis zu den zuständigen Behörden unterschieden sich die Initiativen auch bezüglich ihrer pädagogischen Konzepte und der Raumvorstellungen. Dabei hatten beide Gruppen vordergründig ähnliche Interessen: Sie forderten Spielplätze, die höheren pädagogischen Anforderungen gerecht wurden und Kindern mehr Beschäftigungsmöglichkeiten boten als die herkömmlichen Spielplätze. Zwar teilten auch Mitarbeiter des Gartenbauamtes die Meinung, dass die vorhandenen Spielplätze zu klein seien,³⁸ doch war die Kritik der beiden Spielplatzgruppen auch qualitativer Natur. So bezeichnete beispielsweise die Spielhafengruppe die konventionellen Spielplätze mit Schaukel, Rutsche und Wippe als „Übungsplätze für Verhaltensstörungen“.³⁹ Und auch in den Borner Mitteilungen der IGOB wurde kritisiert, dass „die Geräte, die auf vielen deutschen Spielplätzen angeboten werden, die Kinder zu Wipp- und Schaukelidioten [heranzüchten]“ würden.⁴⁰ Der klassische Spielplatz erschien den Beteiligten als zu klein, zu monoton und einfallslos. In der Frage, wie Spielplätze konkret ausgestaltet werden müssten, um pädagogische Ansprüche zu erfüllen, insbesondere welchen Einfluss die Kinder auf die Gestaltung des Platzes haben sollten, unterschieden sich die beiden Initiativen allerdings grundlegend.

Die IGOB verfolgte das Konzept eines Abenteuer- oder Bauspielplatzes, das sich in den 1970er Jahren großer Beliebtheit erfreute. Dazu konnte die Initiative auf Vorbilder aus dem In- und Ausland zurückgreifen und auf Unterstützung aus der Wissenschaft verweisen.⁴¹ Konzeptionell standen Überlegungen zur Unabhän-

38 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 525 (B1/BA6/65.20-23, 05.04.1971).

39 H. Löschmann (s. A 17).

40 Kinder sind lästig, in: *Borner Mitteilungen* 12 (1970), S. 3.

41 Vgl. R. Deimel, *Abenteuerspielplätze*, in: U. Deinet/B. Sturzenhecker (Hrsg.), *Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit*, Wiesbaden 2013, S. 747-752, hier S. 747. Die Unterstützung durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zeigte sich unter anderem durch Versammlungen mit Vorträgen, aber auch durch Praktikantinnen und Praktikantender Fachhochschule Hamburg, Fachbereich Sozialpädagogik auf dem ASP.



Abb. 1: Foto des Abenteuerspielplatzes Osdorfer Born, 1972.

Quelle: Hamburgisches Architekturarchiv, FA 130;

Fotograf: Neue Heimat, Copyright: Hamburgisches Architekturarchiv.

gigkeit und Selbständigkeit der Kinder im Vordergrund.⁴² Dabei wurde erwartet, dass Konflikte unter den Kindern verbal gelöst würden, wodurch diese Kompetenzen der Konfliktregulierung und Selbstständigkeit erwerben könnten.⁴³ Der Spielplatz sollte den Kindern Raum bieten, sich pädagogisch angeleitet selbstständig zu entwickeln. Die Betreuung stellte Spiel- und Baumaterialien zur Verfügung und leitete die Kinderspiele an, sollte aber so wenig wie möglich eingreifen. Dementsprechend würde der Platz im Idealfall von den selbstgebaute Hütten der Kinder dominiert (vgl. Abb. 1). Es gab wenig feste Geräte wie die Tarzanschaukeln oder eine Seilbahn.⁴⁴ Nur um Materialien zu lagern und an Regentagen den Betrieb aufrechtzuerhalten, unterhielt der ASP zeitweise einen Bauwagen.⁴⁵ Feuer machen, Backen oder Kochen gehörten ebenfalls zum Programm. Das Feuer war auch deshalb nötig, um unbrauchbar gewordenes Holz zu entsorgen. Hinzu kam das Spielen mit Wasser oder Sand. Dementsprechend hoch waren Geräusch- und Geruchsbelastung dieses Spielplatzes, der zuweilen sehr chaotisch aussah.

42 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 522 (An Frau Senatorin Keilhack, 21.01.1970).

43 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 523 (Rahmenkonzeption zur Arbeit auf dem Abenteuerspielplatz Glückstädter Weg).

44 Vgl. Abenteuerspielplatz, in: *Borner Mitteilungen* 124 (1980), S. 5.

45 Vgl. Abenteuerspielplatz auf Touren, in: *Borner Mitteilungen* 45 (1973), S. 3.

Besonders auffallend war, dass der Abenteuerspielplatz auch als Gegenbild zu den als monoton und steril wahrgenommenen Großsiedlungen dargestellt wurde.⁴⁶ So stellte die Stadtteilzeitung des Osdorfer Borns die Frage, wo denn „das Großstadtkind Gelegenheit [bekomme], sich auf die oben beschriebene Weise spielend auf sein späteres Leben in der Gesellschaft vorzubereiten“,⁴⁷ wenn nicht auf einem Abenteuerspielplatz? Mit seinen freien Spielmöglichkeiten stellte er somit auch einen Gegenentwurf zur Ordnung und Sterilität dar, die mit den Großsiedlungen assoziiert wurden.

Die Initiative im Osdorfer Born ordnete sich nicht nur in eine internationale Abenteuerspielplatz-Bewegung ein, sondern verband neben pädagogischen auch politische Vorstellungen. Das Konzept galt als progressiv und politisch als links. Diese Einordnung schien die Arbeit der Initiative zuweilen zu erschweren, da sie dadurch weniger als eine Initiative der Bewohnerschaft verstanden wurde, sondern als politisches Projekt.⁴⁸ Zwar definierte sich die Interessensgemeinschaft als unparteiisch, doch zumindest in der Wahrnehmung der Behördenvertreter galt sie mit einem DKP-Mitglied als Vorsitzenden suspekt.⁴⁹

Der Spielhafen hingegen stand ganz im Zeichen eines der wichtigsten Arbeitsstätte Hamburgs: dem Hafen. Hier zeigte sich die enge symbolische Verbindung des Stadtteils zur Arbeitswelt des Hafens.⁵⁰ Ausgangspunkt für die Spielplatzinitiative und konzeptioneller Kern war eine Barkasse, die 1971 von den Howaldts-Werken/Deutsche Werft AG gespendet wurde. Dass diese an den Born kam, schien auch der guten Verkehrslage des Stadtteils geschuldet zu sein, die einen Transport ohne Brückenhindernisse ermöglichte.⁵¹ Passend zur Barkasse entwickelte das zuständige Gartenbauamt das Konzept.⁵² Grundlage war eine Idee von Lebensbereich-Spielplätzen – eine Idee, die zuvor ebenfalls von einem Mitarbeiter des Gartenbauamtes Blankenese erdacht worden war.⁵³ Auf diesem Spielplatz sollte die

46 So heißt es in einem Bericht der Zeitschrift *Eltern* von 1978 über die Darmstädter Großsiedlung Kranichstein: „Zwischen den Häuserschluchten spielen auch Kinder. Auf ordentlichen Spielplätzen mit Wippen, Schaukeln, Rutschen und jener ominösen Blockhütte, die neuerdings immer Wildwest-Romantik vorgaukelt, dabei aber die Phantasie weniger anregt als das windschiefe Zelt, das Kinder früher aus alten, löchrigen Decken irgendwo im Unterholz gebaut haben. [...] Alles ist rationell in Darmstadt-Kranichstein, sauber, ordentlich.“, zitiert in: *Der Kranich* 2 (1978), S. 4-6, hier S. 4.

47 L. Burkhardt, Abenteuerspielplatz oder Normalspielplatz?, in: *Mitteilungsblatt*, Dez. 1969, S. 4.

48 Vgl. *Freizeitpark für den Osdorfer Born?*, in: *Borner Mitteilungen* 115 (1979), S. 11-12, hier S. 12.

49 Vgl. *Linksruck kam um Mitternacht*, in: *Hamburger Abendblatt*, 02.03.1972.

50 Bereits bei der Planung galt die Lage des Osdorfer Borns als günstig durch die Nähe zum Hafen. Vgl. dazu A. Neumann, *Unternehmen Hamburg*, Göttingen 2018, S. 75.

51 Vgl. *Kinder, das ist toll!*, in: *Hamburger Morgenpost*, 14.01.1971.

52 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 525 (Spiel-Barkasse für den „Osdorfer Born“).

53 Dies führte später zu Kritik, da hier pädagogisch nicht ausgebildete Menschen in Form des Gartenbauamtes eine Idee testen wollen würden. Die Bürgerinitiative sah den Spielhafen aber eher als ihr

Arbeitswelt des Hafens nachgebildet werden. Für Kinder sei dabei „das Spiel eine Vorstufe der Arbeit“.⁵⁴ Sie sollten spielerisch in die Arbeitswelt hineinsozialisiert werden. Dazu orientierte sich die räumliche Gestaltung des Spielplatzes komplett an einem Hafen. Weitere Einrichtungsgegenstände und Spielmöglichkeiten wurden durch die Mitglieder der Elterninitiative zusammen mit dem Ortsamt geschaffen. Neben der Barkasse gab es kleinere Boote, eine ehemalige Kommandobrücke und einen Mast als Klettergelegenheit. Als 1973 in unmittelbarer Nähe des Spielplatzes ein Wasserrückhaltebecken errichtet wurde, kam zu den Aktivitäten, die mit dem Spielhafen in Verbindung standen, noch das Segeln mit Optimisten-Jollen hinzu, kleinen Segelschiffen für eine Person.⁵⁵ Der Hafenspielplatz war dementsprechend ein großer, thematischer Spielplatz mit festen Geräten, auf dem regelmäßig durch Ehrenamtliche Angebote für Kinder entwickelt wurden. Durch wetterfeste Aufbauten und einen festen Grill war er zudem Treffpunkt für die Eltern. Denn auch Erwachsene sollten sich in „der Welt der Kleinen“ entspannen.⁵⁶

Eine enge Verbindung von mitarbeitenden Eltern und Kindern zog sich durch das Konzept und die Arbeit des Spielhafens. So hieß es, dass die Angebote auch dazu dienten, Eltern weiterzubilden. Das gemeinsame Spiel solle etwas sein, das ins Elternhaus übertragen werde, um das Zusammenleben dort konfliktfreier zu gestalten.⁵⁷ Eltern als Zielgruppe aber auch als potentielle Mitarbeitende anzusprechen, war somit ein Aspekt der Spielhafenarbeit. Dementsprechend präsentierte sich der durch die freiwillige Arbeit von Eltern geschaffene Hafenspielplatz als geordneter wie ordentlicher Ort.

Zwischen den Initiatorinnen des Spielhafens und denen des Abenteuerspielplatzes war die Situation aufgrund des unterschiedlichen Selbstverständnisses und der pädagogischen Ausrichtung zuweilen angespannt. Ausdrücklich grenzte sich die Spielhafeninitiative von dem Konzept des Abenteuerspielplatzes ab, mit der Argumentation, dass „Abenteuer- und Indianerspielplätze [...] den Jugendlichen

Projekt an und verteidigte diesen auch damit, dass er besser als alles sei, was „herkömmliche Amtsspielplätze“ sonst bieten würden; vgl. Vgl. *W. Seeler*, Bürgerinitiative und pädagogischer Hochmut. Zwei Entgegnungen, in: *Bauwelt* 18 (1973).

54 *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 525 (Über die Einrichtung von Lebensbereich-Spielplätzen für Jedermann).

55 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 526 (Bericht des Arbeitskreises Spielhafen Osdorfer Born 1973).

56 *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 525 (Über die Einrichtung von Lebensbereich-Spielplätzen für Jedermann).

57 Vgl. *H. Löschmann*, Bürgerinitiative und pädagogischer Hochmut. Zwei Entgegnungen, in: *Bauwelt* 18 (1973).

illusionäre und weltfremde Lebensbilder [vermitteln]“ würden.⁵⁸ Entsprechend definierte sie ihre eigenen Ziele: Der Hafenspielplatz solle „nicht so antiautoritär und so frei sein, daß Progressivität in Aggressivität umschlägt.“⁵⁹

Dennoch sollten diese Kontroversen über die Grundsätze und Ziele pädagogischer Spielplatzkonzepte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auf einer alltäglichen Ebene zwischen beiden Gruppen zu punktueller Zusammenarbeit kam. Bereits im Sommer 1972 war die DRK-Gruppe Spielhafen Mitherausgeberin der von der IGOB gegründeten Stadtteilzeitschrift *Borner Mitteilungen*. Auch beteiligte sich der Spielhafen zeitweise am von der IGOB jährlich organisierten Kinderfest.⁶⁰ Zudem plante die Spielhafengruppe 1973 den Besuch von Bau- und Abenteuerspielplätzen in Dänemark⁶¹ – ein Ausflug, der auch bei den Mitgliedern der IGOB-Spielplatzgruppe Interesse fand.⁶²

Spielplätze in der Repräsentation der Großsiedlungen

Sowohl der Spielhafen als auch der Abenteuerspielplatz blieben in ihren Kontakten und ihrer Außenwirkung nicht nur auf den Born beschränkt. Dies zeigt vor allem die Berichterstattung über die Spielplätze sowie die Argumentation der Bewohnerschaft für die Unterstützung ihrer Projekte. So beschwerte sich ein Bewohner in den *Borner Mitteilungen* über die Berichte über den Spielhafen in der *Hamburger Morgenpost*: „Wir haben die Barkasse mit dem Ruf unseres Stadtteils und der Sensationslust dieser Zeitung bezahlt!“⁶³

Hintergrund war, dass die *Morgenpost* bzw. eine Journalistin dieser Zeitung die Spende der Barkasse, die ersten Bemühungen um weitere Spielgeräte und auch die Einweihung des Platzes organisiert hatte.⁶⁴ Die die Entwicklung des Spielhafens begleitende Presseberichterstattung erregte auch Missfallen im Stadtteil selbst. Einerseits wurden die Spielplätze als Hilfe und Raum für Jugendliche und als solche

58 *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 525 (Über die Einrichtung von Lebensbereich-Spielplätzen für Jedermann).

59 Einwohner mit Initiative, in: *Norddeutsche Nachrichten* vom 30. 07.1971.

60 Bereits 1973 zerschlug sich diese Zusammenarbeit dann aber auch vorläufig wieder; vgl. Stellungnahme des Arbeitskreises Kinderfest, in: *Borner Mitteilungen* 48 (1973), S. 3.

61 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 526 (Bericht des Arbeitskreises Spielhafen Osdorfer Born 1973).

62 Vgl. *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 522 (G. Schrader, Arbeitsgruppe Spielplatzfragen und -betreuung, 21.11.1971).

63 *Illchmann*, Unser Spielhafen, in: *Borner Mitteilungen* 8 (1971).

64 Vgl. *Görlach*, Ortsauschuß-Sitzung am 1. April 1971 mit interfraktionellem Puzzle-Spiel, in: *Borner Mitteilungen* 5 (1971).

erstrebenswert beschrieben, während gleichzeitig der Osdorfer Born als problematisches Gebiet dargestellt wurde, das eben diese Hilfe bräuchte.

Wie die Forderungen nach Verbesserungen mit der Darstellung von Schwierigkeiten einhergingen, zeigt auch die Argumentation der Spielhafengruppe bei dem Versuch, eine hauptamtliche Kraft zu bekommen: Der Born wurde als „Schwerpunkt für eine gezielte soziale Jugendarbeit“⁶⁵ bezeichnet. Der Spielplatz wurde dadurch als benötigte Hilfe und Anlaufstelle für Kinder dargestellt und dabei das problematische Bild des Borns und seiner Kinder und Jugendlichen reproduziert. Die Gruppe um den Abenteuerspielplatz argumentierte im Hinblick auf die Notwendigkeit der Jugendarbeit ähnlich. In einem Rahmenkonzept formulierte die Gruppe: „Der ASP versteht sich als vorbeugendes Angebot (bzw. Abbau) – gegen drohende Verwahrlosung/ Alkoholismus/ jugendl. Bandenbildung – Jugendkriminalität im weitesten Sinne.“⁶⁶ Während hier kein direkter Bezug zum Osdorfer Born hergestellt wurde, geschah dies durch die Presse: In einem Artikel des Hamburger Abendblatts wurde die Leiterin des Abenteuerspielplatzes zitiert: „In einem Stadtteil wie dem Osdorfer Born kann man sich die Schließung des Platzes eigentlich nicht leisten.“⁶⁷ Dass im Osdorfer Born Diskussionen um die Jugendarbeit und den Umgang mit „schwierigen“ Jugendlichen die Anfangsjahre prägten, wird hier nicht explizit deutlich, dafür jedoch, dass der Born ein Stadtteil mit besonderen Problemen sei und deshalb Maßnahmen wie einen Abenteuerspielplatz brauche.

Wie der Spielhafen wurde der Abenteuerspielplatz als Raum für benachteiligte Kinder und Jugendliche dargestellt und sein Bedarf mit Hilfemaßnahmen für diese Gruppen begründet. Dabei wurde unbeabsichtigt für den Stadtteil als Ganzes eine „Hilfsbedürftigkeit“ konstruiert, um Reaktionen von außen (durch Behörden, Ämter und die Politik) einzufordern. Diese Konstruktion richtete sich durchaus aber auch nach innen, um die Mitarbeit in den Initiativen zu mobilisieren. Dass dabei das negative Image des Stadtteils bedient und verstärkt wurde, war von den Initiatoren nicht gewünscht, wurde aber als mehr oder weniger notwendig angesehen, um Druck auf Entscheidungsträger auszuüben.

Hinzu kam, dass sich die Initiatorinnen und Initiatoren nicht unbedingt selbst als diejenigen betrachteten, deren Kinder unterstützt werden sollten, auch wenn diese die Einrichtungen ebenfalls nutzten. Sowohl in der Initiative für den Hafenspielplatz als auch in der Initiative für den Abenteuerspielplatz schienen tendenziell akademisch gebildete oder interessierte Menschen für andere zu sprechen.

65 *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 526 (*K. Görlach*, Spielhafen Osdorfer Born, 19.12.1974).

66 *StAH*, 445-2 II, Ortsamt Blankenese, Nr. 523 (Rahmenkonzeption zur Arbeit auf dem Abenteuerspielplatz Glückstädter Weg).

67 *M. Schweer*, Abenteuerspielplatz in Osdorf vor dem K.O., in: *Hamburger Abendblatt*, 29.07.1976.

Zwar verstand sich die IGOB als Bürgerinitiative, aber durch die Professionalisierung ihrer Arbeit, zum Beispiel als Trägerin des Abenteuerspielplatzes und Arbeitgeberin für Sozialarbeit, war sie auch Teil der Jugendarbeit im Stadtteil.⁶⁸ Geholfen wurde somit vor allem anderen, was die Wahrnehmung des Stadtteils als hilfsbedürftig verstärkte.

Schließlich geriet der Abenteuerspielplatz aber auch über diese, scheinbar notwendige Selbstproblematisierung hinaus in die Schlagzeilen, als sich Vandalismus und Feuerwehreinsätze häuften. Zudem wurde der Spielplatz in der Presse mit unordentlichen Zuständen und der Verbreitung von Ratten im Stadtteil in Verbindung gebracht.⁶⁹ Dieser Darstellung widersprachen Betreuende des Abenteuerspielplatzes, gaben aber auch zu, dass es während der Öffnungszeiten zwar zu keinen Vorfällen kam, am Wochenende aber durchaus die Feuerwehr anrücken musste und es zu Vandalismus und Brandstiftung auf dem Platz kam⁷⁰ – Vorkommnisse mit denen die Bewohnerschaft des Stadtteils nicht in Verbindung gebracht werden wollte. Dennoch brachte dies den Osdorfer Born und in die Schlagzeilen und reproduzierte das negative Bild in der überregionalen Wahrnehmung der Siedlung.

Allerdings boten der Spielhafen und die zugehörigen Optimisten-Jollen und Veranstaltungen wie beispielsweise ein Frühlingsfest auch Motive für die Presse, die den Born in ein positives Licht rückten: So zierte das Titelbild der Gut Wohnen, eine illustrierte Zeitschrift der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, im August 1973 ein Bild des Rückhaltebeckens mit den kleinen Segelschiffen und den Hochhäusern im Hintergrund. Berichtet wurde über das Frühlingsfest 1973 am Spielhafen. Auch wenn der Artikel den schlechten Ruf des Osdorfer Borns und seiner Hochhaussiedlungen insgesamt aufgriff, wurde das schöne Bild, das der Spielhafen abgab, also durchaus auch für positive Presseberichte genutzt (vgl. Abb. 2)

Fazit

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Großsiedlungen konnten in ihren neuen Nachbarschaften Einfluss auf die Gestaltung von Räumen und Freizeitmöglichkeiten nehmen, aber sie trugen damit auch dazu bei, ein bestimmtes Image der Siedlungen zu verfestigen. An der Realisierung verschiedener Spielplatzangebote wird *erstens* die Heterogenität der Bewohnerschaft deutlich. Sie zeigt sich in der unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Ausrichtung der Akteure, die in der Großsiedlung ihren Platz fanden, in dem eher progressiven Abenteuerspielplatz oder

68 Vgl. Mitteilungen, in: Borner Mitteilungen 65 (1975), S. 6.

69 Vgl. Im Gespräch: Abenteuerspielplatz, in: Borner Mitteilungen 126 (1980), S. 6.

70 Vgl. StAH 445-2 II Ortsamt Blankenese, Nr. 524 (Polizeirevier 26, Bericht, 15.05.1980).

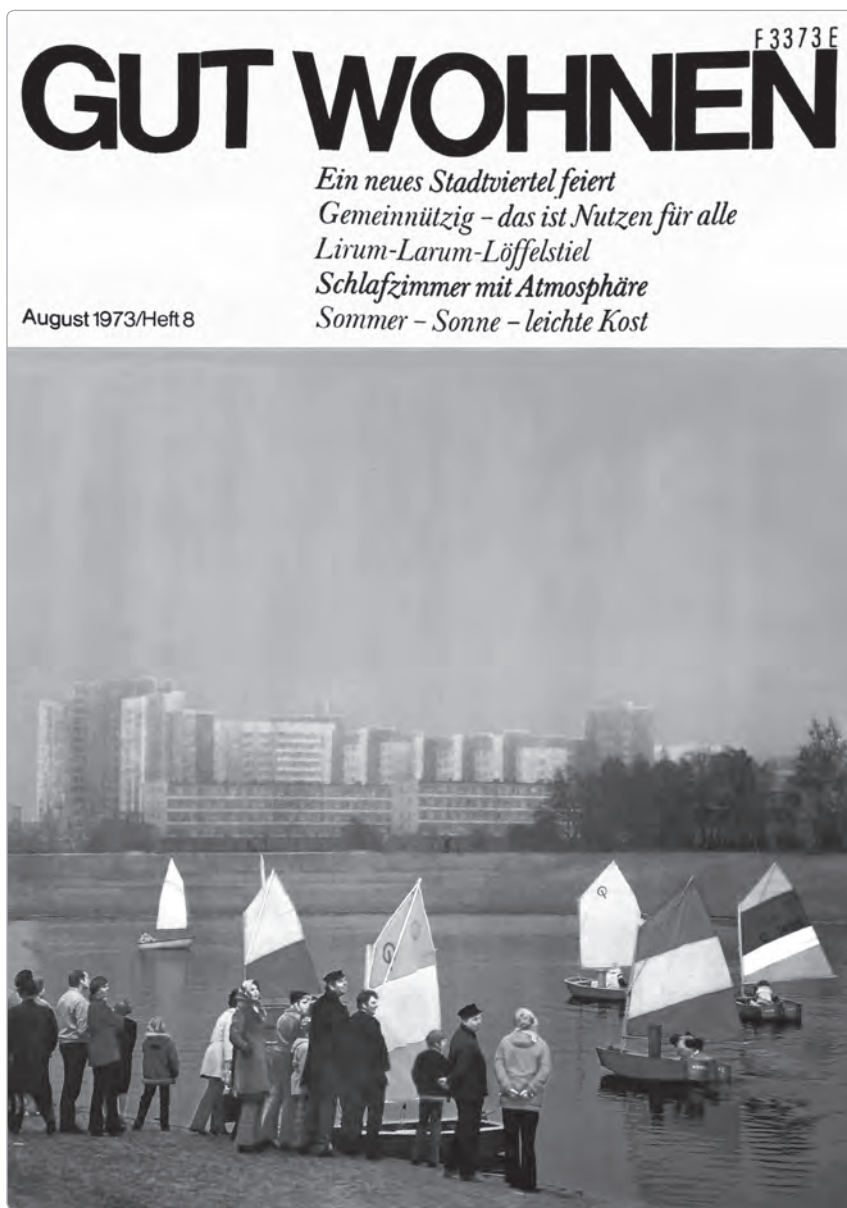


Abb. 2: Titelblatt der „Gut Wohnen“ vom August 1973.

Das Titelfoto zeigt die Optimisten-Jollen im Osdorfer Born während des Frühlingsfestes des Spielhafens; Quelle: *Gut Wohnen*, August 1974, Nr. 8.

dem ebenfalls neu konzipierten aber tendenziell konservativeren Spielhafen. Diese Ausrichtungen schlugen sich auch in einem kooperativen wie konfrontativen Umgang mit den zuständigen kommunalen Behörden nieder. *Zweitens* zeigen die von Bewohnerinitiativen des Borns gestalteten Beispiele, dass man sich im Osdorfer Born die Räume aneignete – sowohl über spielende Kinder als auch planende Erwachsene. Während die Gruppe um den Abenteuerspielplatz den Platz möglichst be-
weglich und von den Kindern selbst gestaltet sehen wollte und dabei Unordnung und Dreck keineswegs zu vermeiden versuchte, strebte die Spielhafengruppe einen geordneten aber trotzdem kreativen Platz an, der den Kindern mit ihren Eltern Spielangebote machte, die an die Arbeitswelt heranführen sollten. Der Abenteuerspielplatz wurde dabei als Gegenbild der modernen, geordneten, unnatürlichen Siedlung projiziert, während der Spielhafen einen klaren Bezug zu Hamburg und seinem Hafen hatte. Dass *drittens* Zeitungsberichte auch über diese Initiativen zuweilen kritisch berichteten und dieses kritische Bild auf den Osdorfer Born ausweiteten, stand in Wechselwirkung mit dem Versuch der Initiativen, Mittel für ihre Projekte zu erhalten, indem sie die Notwendigkeit ihrer Arbeit betonten und dabei eine Hilfsbedürftigkeit des Neubaugebiets konstruierten. Beide Initiativen reproduzierten somit teilweise ungewollt den negativen Ruf ihres Stadtteils, indem sie die Probleme des Osdorfer Borns betonten und als problematisch geltende Gruppen somit im Born verorteten. Aber gleichzeitig lieferten zumindest die zum Spielhafen gehörenden Optimisten-Jollen auch schöne Bilder, die es positiv in die überregionale Presse schafften. Auf allen drei Ebenen, der lokal-sozialen, der räumlichen Ausgestaltung und des Images, trugen die Bewohnerinnen und Bewohner mit konkurrierenden Vorstellungen und ambivalenten Kommunikationsstrategien aktiv zur Konstruktion der Großsiedlung bei. So verbanden sie Menschen durch Aktivitäten, schufen Treffpunkte, neue Räume und Angebote und beeinflussten damit durchaus ambivalent den Ruf der Siedlung, indem sie Hilfsbedürftigkeit konturieren, aber auch funktionierende Nachbarschaft herstellten.

Von Mümmelmannsberg bis Allermöhe: Sicherheits- und Unsicherheitskonstruktionen

Am 19. Februar 1971 widmete sich ein *Zeit*-Artikel der Hamburger Großsiedlung Lohbrügge Nord, in dem Gisela Stelly und Stefan Aust die Siedlung als „Wohnstadt, die so festungsgleich wirkt und doch nicht schützt“ charakterisierten. Dabei bezogen sie sich zunächst auf das architektonische Erscheinungsbild der Großsiedlung.¹ Doch letztlich reichte der Festungsvergleich weiter, denn das Thema Sicherheit war ein Kernanliegen des Artikels. Die Großsiedlungen waren im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus der 1960er und 1970er Jahre Teil einer sozialpolitischen Sicherheitsstrategie. Öffentlicher Wohnungsbau wurde seit seinem Beginn im ausgehenden 19. Jahrhundert mit Sicherheitsfragen in Verbindung gebracht: Es lässt sich sogar sagen, Sicherheitsfragen haben den öffentlichen Wohnungsbau erst in Gang gesetzt.² Denn er entstand als Reaktion auf die bürgerliche Furcht vor Epidemien und sozialen Unruhen, als deren Ursache die miserablen Lebensbedingungen in den Arbeiterslums gesehen wurden. Die 1970er Jahre brachten jedoch einen radikalen Wandel: Seit etwa der Mitte dieses Jahrzehnts wurde der soziale Wohnungsbau, der sich in Form von Großsiedlungen präsentierte, anstatt als Sicherheitsmaßnahme immer mehr als Unsicherheitsfaktor oder gar als Sicherheitsbedrohung wahrgenommen. In der öffentlichen Auseinandersetzung bewahrten dabei die Themen Gesundheit und soziale Befriedung ihren hohen Stellenwert, wenngleich mit einigen Akzentverschiebungen.

Die historische Sicherheitsforschung der letzten Jahre verfolgt in Anlehnung an den politikwissenschaftlichen Ansatz der *Critical Security Studies* eine konstruktivistische Herangehensweise und fasst Sicherheit grundsätzlich als ein Wahrnehmungsphänomen auf. Historikerinnen und Historiker wenden sich der Frage zu, auf welche Weise bestimmte Phänomene oder Entwicklungen in der Vergangenheit als Sicherheitsproblem konstruiert wurden und welche Mechanismen dadurch

1 G. Stelly/S. Aust, Mein Heim, meine Zelle. Protokolle aus einer Großstadt-Mustersiedlung, in: *Die Zeit*, Nr. 8 (19. Februar 1971).

2 D. Schubert, Stadterneuerung in London und Hamburg: eine Stadtbaugeschichte zwischen Modernisierung und Disziplinierung, Braunschweig 1977, S. 112 ff.

in Gang gerieten.³ Voraussetzung dafür, dass etwas als Sicherheitsproblem verhandelt wird, ist zunächst, dass sich ein Kollektiv als existenziell bedroht wahrnimmt – so der weitgehende definitorische Konsens. Eine solche Definition von Sicherheit kann nicht an dem traditionellen politikwissenschaftlichen Verständnis von Sicherheit festhalten, welches allein außenpolitische und militärische Fragen berücksichtigt. Vielmehr können auch innenpolitische, soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklungen als Sicherheitsthemen betrachtet werden – dies entspricht einer Ausweitung des Sicherheitsbegriffs, die sich ähnlich auch in der Politik beobachten lässt. Die sozialwissenschaftliche und historische Forschung geht davon aus, dass bestimmte historisch veränderbare Sicherheitskulturen verschiedene Definitionen von und Diskurse über Sicherheitsfragen prägten.⁴ Der rapide Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung der Großsiedlungen macht diese zu einem aufschlussreichen Untersuchungsgegenstand, an dem sich die Sicherheitskultur der 1970er Jahre wie unter einem Brennglas analysieren lässt.

Die Historiker Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael haben die 1970er Jahre in einem vielzitierten Band als Zeit des Übergangs in die Gegenwart charakterisiert.⁵ Gewiss hat sich seit 2008, dem Erscheinungsjahr dieses Bandes, die welt- und innenpolitische Lage einschneidend verändert, sodass eine solche Charakterisierung in vielerlei Hinsicht bereits obsolet erscheinen mag. Jüngste historische Forschungen legen jedoch nahe, dass sie ihre Attraktivität für das Feld der Sicherheitsgeschichte nicht verloren hat. Die Dramatik, mit der Sicherheit in den 1970er Jahren im öffentlichen Diskurs verhandelt wurde, hat angesichts des abermaligen Anschwellens von Sicherheitsdebatten im beginnenden 21. Jahrhundert neues Interesse auf sich gezogen.

Ohne Zweifel war die Dekade der 1970er eine Zeit, in der Debatten um Sicherheit und Unsicherheit Hochkonjunktur hatten. Schon die Zeitgenossen charakterisierten die Dekade – wie etwa der populäre US-amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith – als „Age of Uncertainty“ bzw. als „Zeitalter der Unsicherheit“.⁶ Die historische Forschung bestätigt diese Charakterisierung: Es ist in der Historiographie zu den 1970er Jahren vielfach wiederholt worden, dass die Fortschrittsgewissheit, die die 1960er Jahre geprägt hatte, nun durch ein verbreitetes Unsicherheitsgefühl

3 Zur Sicherheitsgeschichte vgl. E. Conze, *Geschichte der Sicherheit. Entwicklung – Themen – Perspektiven*, Göttingen 2018.

4 Zum Begriff der Sicherheitskultur vgl. C. Daase, *Sicherheitskultur – Ein Konzept zur interdisziplinären Erforschung politischen und sozialen Wandels*, in: *Sicherheit und Frieden* 29 (2011), S. 59 ff.

5 A. Doering-Manteuffel / L. Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008; vgl. auch M. Reitmayer / T. Schlemmer (Hrsg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, Berlin 2014.

6 J.K. Galbraith, *The Age of Uncertainty*, London 1977.

abgelöst wurde, das alle politischen Lager erfasste.⁷ Dieses speiste sich gleichermaßen aus politischen, ökonomischen, kulturellen und technologischen Entwicklungen, denn hergebrachte Gewissheiten wurden durch ganz verschiedenartige Entwicklungen infrage gestellt.

Die vielen Anzeichen einer allgemeinen Verunsicherung in den 1970er Jahren scheinen sich auf den ersten Blick in eine Deutungslinie zu fügen, die diese Dekade vor allem als Zeit der Krise präsentiert. Diese Krise wird oftmals am Ölpreisschock von 1973 und der darauffolgenden Rezessionsphase festgemacht. Die Fortschrittseuphorie war verfliegen, und allgemein setzte sich das Bewusstsein für die „Grenzen des Wachstums“ durch, wie sie im Titel der 1972 erschienenen und international vielrezipierten Studie des Club of Rome beschworen wurden.⁸ Die Studie, welche die Endlichkeit natürlicher Ressourcen in den Blick nahm, lenkte den Blick überdies auf ökologische Probleme, die in diesen Jahren aufgrund spürbar zunehmender Umweltbelastungen ebenfalls die Fortschrittsskepsis verstärkten. Neben diesen ökonomischen und ökologischen Entwicklungen weist die historische Forschung auf die Auswirkungen der 1968er-Bewegung als weiteren Faktor einer um sich greifenden Krisenwahrnehmung hin.⁹ Dies bezieht sich vor allem auf den Linksterrorismus, der die Bundesrepublik wie auch andere europäische Staaten in diesem Jahrzehnt erschütterte. Darüber hinaus wird aber auch auf die allgemeine Verunsicherung verwiesen, die seit den späten 1960er Jahren aus einer weitreichenden Liberalisierung und einem rasanten Wandel von Normen und Konventionen – in der deutschsprachigen Geschichtsschreibung gern als „Wertewandel“ bezeichnet – hervorgerufen worden sei.¹⁰

Einer solchen Krisendeutung halten einige Historikerinnen und Historiker indes entgegen, dass sie den emanzipatorischen Tendenzen, die dieses Jahrzehnt für viele eher als Zeit der Befreiung denn als Zeit der Einschränkungen erscheinen ließ, zu wenig Bedeutung beimisst.¹¹ Dieser Einwand ist für die Frage nach dem

7 E. Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 545; M. Geyer, Die neue Wirklichkeit von Sicherheit und Risiken: Wie wir mit dystopischen, utopischen und technokratischen Diagnosen von Sicherheit zu leben gelernt haben, in: A. Leendertz / W. Meteling (Hrsg.), Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren, Frankfurt 2016.

8 D. H. Meadow / D. L. Meadows / E. Zahn / P. Milling, Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972, siehe dazu: N. Freytag, „Eine Bombe im Taschenbuchformat“? Die „Grenzen des Wachstums“ und die öffentliche Resonanz, in: Zeithistorische Forschung 3 (2006), S. 465 ff.

9 Siehe etwa das Kapitel „Krisenjahre“ bei E. Conze (s. A 7), S. 463-578 oder das Kapitel „Krise und Strukturwandel“ bei U. Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, S. 887-960.

10 Für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept des Wertewandels siehe I. Heinemann, <http://docupedia.de/zg/Wertewandel>, 22. Oktober 2012, [02.04.].

11 Vgl. z. B. H. Kaelble, The 1970s in Europe: a period of disillusionment or promise?, London 2010.

Wandel der Sicherheitskultur bislang wenig beachtet worden. Dass er jedoch auch hier seine Berechtigung hat, lässt sich am Beispiel des Großsiedlungsbaus sehr anschaulich belegen.

Die ersten drei Abschnitte dieses Aufsatzes widmen sich drei besonders relevanten Variablen aus der Matrix, mit der Sicherheit gemeinhin zu bestimmen versucht wird und die auch die Diskussionen, die in den 1970er und frühen 1980er Jahren um die Hamburger Großwohnanlagen geführt wurden, bestimmten: In einem ersten Schritt wird nach den in den Debatten über Großsiedlungen zutage tretenden Zukunftsvorstellungen gefragt, da Sicherheit immer zukunftsbezogen ist. Im zweiten Teil des Aufsatzes wird analysiert, wie die Zeitgenossen den Wert der Sicherheit zum Wert der Freiheit bzw. Selbstbestimmung in Beziehung setzten. Der dritte Teil behandelt die zeitgenössische Sicht auf das Verhältnis von Sicherheit und Gerechtigkeit, die hier vor allem unter den Stichworten soziale Teilhabe und Chancengleichheit verhandelt wurde. Im vierten Teil schließlich wird am Beispiel der Großsiedlung Allermöhe kurz beleuchtet, wie die Stadtplanung ihre Sicherheitsstrategie in Reaktionen auf die Kritik an den Großsiedlungen neu auszurichten versuchte. Mit diesen Untersuchungsfragen lassen sich in den Debatten über die Großsiedlungen die spezifischen Charakteristika der Sicherheitskultur der 1970er Jahre fassen. Dabei zeigt sich, so die These, dass – trotz der scheinbaren Parallelität – nicht vorschnell allzu gerade Linien von den 1970ern bis in die Gegenwart gezogen werden sollten.

Die Analyse richtet sich in erster Linie auf die Wahrnehmung Hamburger Großsiedlungen in der breiteren Öffentlichkeit, wobei ein spezieller Fokus auf Mümmelmannsberg, Steilshoop und Neu-Allermöhe Ost liegt. Hierfür steht ein breites Quellenfundament zur Verfügung, das neben der Presseberichterstattung auch Archivmaterial der Hamburger Baubehörde und sogenannte graue Literatur umfasst. Obwohl auch zahlreiche Quellen von Mietervereinigungen aus den Großsiedlungen eingesehen wurden, wird darauf nur zurückgegriffen, wenn sie mit dem Diskurs der weiteren Öffentlichkeit in Einklang standen. Denn der Sicherheitsdiskurs, der um die Großsiedlungen geführt wurde, hatte – wie es hier nur kurz skizziert werden kann – für deren Bewohnerinnen und Bewohner eine ganz besondere Bedeutung, und sie hatten ein ambivalentes Verhältnis dazu: Während sie einerseits Interesse daran hatten, die Mängel der Siedlungen als Sicherheitsprobleme anzusprechen, um Aufmerksamkeit zu gewinnen und politische Reaktionen zu provozieren, fürchteten sie andererseits, selbst stigmatisiert zu werden, wenn die Großsiedlungen als Unsicherheitsfaktor angesehen wurden. Welche Folgen dies hatte, verspürten sie in ihrem Alltag immer wieder schmerzlich. So beschwerte sich etwa eine Mietergemeinschaft im Januar 1974 darüber, dass die Post aus Angst vor Überfällen davon absah, in dem Stadtteil ein eigenes Postamt einzurichten. Diese

Entscheidung der Post stempelte „die Bevölkerung von Steilshoop in ihrer Gesamtheit als erhöhtes Sicherheitsrisiko“ ab, so die Klage der Gemeinschaft.¹²

1. Zukunftsprojektionen

Die neue Ungewissheit und die damit einhergehenden Zukunftsängste, die sich in den 1970er Jahren verbreiteten, schlugen sich in der Wahrnehmung der Großsiedlungen nieder, die seit ihrer Erbauung Projektionsfläche sich wandelnder Zukunftserwartungen waren. Der Baustil der Großsiedlungen verkörperte in den 1960er Jahren unzweifelhaft das, was zeitgenössisch als modern und zukunftsweisend galt. Dass dieser Baustil im Laufe der 1970er Jahre in Verruf geriet und stattdessen der in den 1960er Jahren als abrissswürdig angesehene Altbaubestand wieder aufgewertet wurde, lässt sich als Ausdruck einer schwindenden Zukunftsgewissheit deuten, in deren Angesicht sich die Zeitgenossen wieder verstärkt der Vergangenheit zuwandten – oder genauer: einer idealisierten Vergangenheit. Mit der Abkehr vom Fortschrittsdenken ging eine wachsende Skepsis gegenüber dem Planungsdenken einher, das in den 1960er Jahren viele Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens bestimmt hatte.¹³ Dass sich dies auch auf die Wahrnehmung der Großsiedlungen auswirkte, kann kaum überraschen, denn sie waren Produkte staatlicher Großplanung, die in unübersehbarer Weise das Stadtbild und die urbane Lebenswelt veränderten. Es liegt nahe, dass sie auch aus diesem Grund in besonderem Maße die zeitgenössische Aufmerksamkeit auf sich zogen.

Hier zeigt sich der enge Zusammenhang zwischen Zukunftserwartungen und Sicherheit: Das Gefühl einer mangelnden Planbarkeit der Zukunft erweckte Unsicherheitsgefühle. Und wird Sicherheit diskutiert, geht es immer auch um Zukunftsgestaltung.¹⁴ Denn die Bedrohung, die durch Sicherheitsmaßnahmen abgewehrt werden soll, ist ein für die Zukunft prophezeites mögliches Übel. Sicherheitsappelle sind somit Handlungsaufforderungen, die eine hohe Dringlichkeit implizieren. Tatsächlich flossen in die diffuse „neue Ungewissheit“ auch ganz konkrete Ängste mit ein, die politische Interventionsforderungen nach sich zogen.

12 *Staatsarchiv Hamburg (StAH)* 444-5 Ortsamt Bramfeld, Nr. 209 (Planung, Bau und Unterhaltung der Großsiedlung Steilshoop, Erklärung der Mietergemeinschaft Steilshoop, 19.01.1974).

13 Zum Planungsdenken der 1960er Jahre siehe *G. Metzler*, „Geborgenheit im gesicherten Fortschritt“. Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit, in: *M. Frese / J. Paulus / K. Teppe* (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, 2. Aufl., Paderborn 2005.

14 *S. Henne / C. Kampmann / A. Marciniak / W. Meteling*, „Security turns its eye exclusively to the future“. Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte, in: *C. Kampmann / A. Marciniak / W. Meteling* (Hrsg.), „Security turns its eye exclusively to the future“. Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte, Baden-Baden 2018.

Den vielschichtigen Zusammenhang zwischen Sicherheits- und Zukunftsentwürfen mögen auch die großen Sorgen illustrieren, die sie immer wieder auf die in den Siedlungen heranwachsenden Kinder und Jugendlichen richteten, galt doch die Jugend als „Verkörperung der Zukunft“.¹⁵ Diese Sorge potenzierte sich aufgrund der Tatsache, dass es oft junge Familien waren, die in die Großsiedlungen zogen, sodass dort verglichen mit anderen Vierteln überdurchschnittlich viele Kinder lebten.¹⁶ Kritische Stimmen argumentierten wieder und wieder, die Lebensweise in den Siedlungen und insbesondere in den Hochhäusern wirke sich nachteilig auf die kindliche Entwicklung aus. Letztlich seien die Eltern dort vor zwei Alternativen gestellt: Entweder behielten sie ihre Kinder im Haus, sodass ihnen die notwendige Bewegung an der frischen Luft fehle, während sie stattdessen vor dem Fernseher säßen oder vermehrt zu „Schundheften“ griffen.¹⁷ Oder aber die Eltern müssten ihre Kinder den Gefahren der Straße aussetzen, ohne die Möglichkeit, sie vom Fenster aus im Auge zu behalten zu können. Tödliche Autounfälle wurden als Beleg angeführt.¹⁸

Noch gefährdeter als die Kinder erschienen die Jugendlichen. Sie würden, wie z. B. das Mitteilungsblatt der Mietergemeinschaft Steilshoop warnte, „in und vor den Kneipen herumhängen, mit zunehmender Alkoholisierung Lärm erzeugen und als Folge die Anwohner gegen sich aufbringen. Von zunehmender Kriminalisierung ganz zu schweigen.“¹⁹ Es gehört zu den Standardargumenten der Kritik, dass die Großsiedlungen der Bildung von Jugendbanden Vorschub leisteten und Kriminalität unter den Jugendlichen generieren würden, auch wenn empirische Studien in den Siedlungen zwar einen verstärkten jugendlichen Vandalismus, aber keine überdurchschnittliche Gewaltkriminalität nachwiesen.²⁰ Die offensichtliche Dramatisierung zeugt von Zukunftsängsten: Denn was würde aus der in den Großsiedlungen sozialisierten nachwachsenden Generation werden, wenn sie ins Erwachsenenalter übertrete? Die massenhaften Warnrufe implizierten diese Frage.

15 So der Historiker *W. Speitkamp*, *Jugend in der Neuzeit*, Göttingen 1998, S. 130.

16 *S. Necker*, *Hässlich, aber innovativ? Architektur und soziale Wirklichkeit der Großsiedlung Steilshoop*, in: *Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg* (Hrsg.), 19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren, München 2012.

17 „Länge mal Breite mal Geld“, in: *Der Spiegel* 24 (1971), S. 54.

18 *StAH*, 136-3 Landesamt für Verfassungsschutz, Nr. 146 (Bürgerinitiativen, Information der Interessengemeinschaft Wilhelmsburg, S. 21).

19 *StAH* 444-5, Ortsamt Bramfeld, Nr. 209 (Planung, Bau und Unterhaltung der Großsiedlung Steilshoop, Am Wochenende in die Kneipe?, in: *MGS-Information. Zeitung für Steilshoop*, September 1981).

20 *K. Weinbauer*, *Kriminalität in europäischen Hochhaussiedlungen: Vergleichende und transnationale Perspektiven*, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 1 (2013), S. 35 ff., S. 39 f.

Die Sorge um Kinder und Jugendliche richtete sich in den 1970er Jahren auch darauf, dass es den Heranwachsenden in den Großsiedlungen nicht möglich sei, sich zu selbstbestimmten, autonomen Persönlichkeiten zu entwickeln. Dies wurde nicht nur als individuelle, sondern als schwerwiegende gesellschaftliche Gefahr präsentiert. Die Bemühungen um den Bau von Abenteuerspielplätzen²¹ waren ein Versuch, genau dieser erwarteten Entwicklung etwas entgegenzusetzen.²² Auch für die Jugendlichen der Großsiedlungen wurde immer wieder der Ausbau an geeigneten Freizeitangeboten gefordert.

Hier ist bereits die Frage angesprochen, auf welche Weise der Wert der Sicherheit mit anderen Werten in Bezug gesetzt wurde. Denn damals diskutierte man nicht nur, inwiefern sich die Zukunft durch staatliche Planung gestaltbar machen lasse. Mindestens ebenso wichtig war die Frage, inwiefern sich staatliche Planung mit Freiheit und Selbstbestimmung der Einzelnen vertrug.

2. In der Festung der Freiheit beraubt?

Sicherheit steht in einem komplexen Verhältnis zu anderen Werten, vor allem zu Freiheit und Gerechtigkeit. Wenn Sicherheit verhandelt wird, geht das in der Regel mit einer Diskussion dieser Werte einher. Eine in den 1970er Jahren ebenso wie heute gängige Vorstellung fasst Sicherheit als Voraussetzung von Freiheit und Gerechtigkeit auf. Sie räumt dem Wert der Sicherheit eine Vorrangstellung ein und rechtfertigt unter Berufung auf die Sicherheit unter Umständen auch Maßnahmen, durch die Freiheiten eingeschränkt werden.²³ Hier soll indes argumentiert werden, dass die Diskussion um die Großsiedlungen als Sicherheitsproblem zeigt, dass in den 1970er Jahren in Konkurrenz zu dieser Auffassung noch eine andere Vorstellung sehr weit verbreitet war. Wenngleich „Sicherheit“ in diesen Jahren an Gewicht gewann, wurden damals Freiheit und Gerechtigkeit von vielen Zeitgenossen als notwendige Bedingungen für Sicherheit angesehen. Dies soll im Folgenden gezeigt werden.

Wenden wir uns zunächst dem Verhältnis von Sicherheit und Freiheit zu – wobei zu dem großen Feld der Freiheitswerte auch die „Selbstbestimmung“ und das Recht auf „Selbstverwirklichung“ gerechnet werden sollen, die in den 1970er Jahren viel-

21 Vgl. hierzu in diesem Heft den Artikel von S. Hoschek, Wohnfolgeeinrichtungen problematisieren. Spielplätze als Aushandlungsräume in den 1970er Jahren im Osdorfer Born.

22 Vgl. etwa *Autorengruppe Abenteuerspielplatz Märkisches Viertel* (Hrsg.), *Abenteuerspielplatz. Wo verbieten verboten ist. Experiment und Erfahrung*, Reinbek 1973.

23 W. Schirmer, *Bedrohungskommunikation. Eine gesellschaftstheoretische Studie zu Sicherheit und Unsicherheit*, Wiesbaden 2008, S. 146-148.

fach zentrale, aber stets bedrohte Werte darstellten. Wenn die Großsiedlungen zu einem Sicherheitsproblem stilisiert wurden, lag das in nicht unbedeutendem Maße daran, dass die Spielräume für ein selbstbestimmtes Leben in den Siedlungen als stark eingeengt wahrgenommen wurden. Die Bewohnerschaft galt somit als in vielfältiger Weise eines wichtigen Teiles ihrer Freiheiten beraubt. Diese Vorstellung lässt sich unter anderem als Ausdruck eines verbreiteten Misstrauens dem Staat gegenüber deuten, das sich in den späten 1960er Jahren vor allem in der Neuen Linken herausgebildet hatte.²⁴

In den 1970er Jahren wurden immer wieder die fehlenden Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mieterinnen und Mieter in den Großsiedlungen als ein gravierender Mangel beanstandet. Diese Kritik bezog sich gleichermaßen auf die architektonische Gestaltung der Siedlungen als Ganzes, wie auch auf die Möglichkeiten zur Gestaltung der einzelnen Wohnungen und des Zusammenlebens. Zum Teil wurden paternalistische Vorgaben der Hausverwaltungen moniert. Die Hamburger Mieterzeitung *Mensch Mieter* etwa klagte zu Beginn der 1980er Jahre: „Mit dem Einzug in die großmaßstäblichen Neubaugebiete verstärkt sich die Fremdbestimmung bzw. Verregelung des Alltags der Bewohner. Vor allem dann, wenn neben den anonymen Wohnungsverwaltungs bürokratien der Sozial- und Arbeitsämter Sozialarbeiter der Wohnungsunternehmen das Leben der dort lebenden Wohnbevölkerung verwalten. Diese Fremdbestimmung verhindert die Selbstorganisation der Bewohner und fördert stattdessen die Neigung zur Anpassung, Langeweile, Apathie häufig in Zusammenhang mit Alkoholmißbrauch oder psychischen Erkrankungen. Ein Teil der Bewohner reagiert mit Aggressionen und kriminellen Verhalten.“²⁵

Auch Anonymität und die Monotonie, deren Beschwörung fast nie fehlte, wenn die Großsiedlungen als Sicherheitsproblem diskutiert wurden, galten als Elemente, die den Spielraum für Selbstbestimmung einschränkten. In der Anonymität verlor sich Bewohnerinnen und Bewohner als Einzelne, während die Monotonie ihnen die Möglichkeit raube, einen individuellen Lebensstil zu entwickeln. „Man bleibt gefangen in der Wirklichkeit der Mustersiedlung“, schlossen etwa Stefan Aust und Gisela Stelly ihren Artikel in der *Zeit*.²⁶ Depressionen bis hin zu Suizidgedanken seien die Folge, hieß es immer wieder. So las man in einem Informationsblatt der Mietergemeinschaft Mümmelmannsberg, das im Dezember 1973 den

24 J. Hacke, Der Staat in Gefahr, in: D. Geppert/J. Hacke (Hrsg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik, 1960-1980, Göttingen 2008.

25 Sind Neubausiedlungen an allem Schuld?, in: *Mensch Mieter* 6 (Februar/März [o. J.; frühe 1980er Jahre]), S. 3 f.

26 G. Aust/S. Stelly (s. A 1).

Mangel an Arztpraxen in der Siedlung beklagte: „Viele Krankheiten, die seelische Ursachen haben, und solche entstehen sicher nicht selten in unserem Betongebirge, können gar nicht erst erkannt, geschweige denn geheilt werden.“²⁷ In dieser Vorstellung wurden Freiheit und Individualität zur Voraussetzung für psychische Gesundheit und damit auch für die Sicherheit der Großsiedlungsbewohner erklärt.

Die linksalternative Szene ging noch weiter und erklärte den Großsiedlungsbau zur politischen Gefahr. Nicht wenige ihrer Anhängerinnen und Anhänger deuteten die monotone Bauweise und die Anonymität als Teil einer repressiven Strategie des Staates, die das Ziel verfolge, Vereinzelung herbeizuführen, auf diese Weise die gewachsenen politischen und sozialen Netzwerke zu zerstören, die in den alten Arbeitervierteln existiert hätten, und somit die Arbeiterschaft als politische Kraft zu schwächen. Über diese Argumentation wurden etwa auch Hausbesetzungen als Abwehrreaktion gegen die Hamburger Wohnungsbaupolitik gerechtfertigt.²⁸

Hier klingt ein weiterer Aspekt des Sicherheitsdiskurses an, der die Debatte über den Wohnungsbau in den 1970er Jahren prägte. Immer wieder wurde in der öffentlichen Auseinandersetzung über die Großsiedlungen die Sorge geäußert, dass diese den sozialen Zusammenhalt gefährdeten – und zwar nicht allein innerhalb der Siedlungen, sondern auch in der Stadt als Ganzes.

3. Sicherheit und sozialer Ausgleich

Sicherheitsdiskussionen sind immer auch Selbstverständnisdebatten eines Kollektivs.²⁹ Verhandelt werden mit ihnen nicht nur der politische Kurs und das gesellschaftliche Normen- und Wertesystem, sondern auch damit eng verbundene Zugehörigkeits- und Teilhabefragen. Der Zusammenhang zwischen Sicherheit und Gerechtigkeit beispielsweise in Form sozialen Ausgleichs trat in den Sicherheitsdebatten, die mit der Diskussion über die Großsiedlungen einhergingen, klar zutage. Er erscheint hier sogar besonders prominent, was unter anderem daran liegt, dass die Großwohnanlagen in massiver Weise den urbanen Raum veränderten. Und gerade die Raumordnung spielt für das Verhältnis von Sicherheits- und Teilhabefragen gemeinhin eine überaus wichtige Rolle: Viele grundlegende Sicherheitsmaßnahmen zielen darauf, sichere Räume zu schaffen und regeln dadurch gleichzeitig Einlass und Ausschluss bzw. Inklusion und Exklusion. Klassische Bei-

27 *StAH*, 136-3 Landesamt für Verfassungsschutz, Nr. 835 (Bürgerinitiativen, Ärztemangel: Warten, bis die Grippe vorbei ist, in: *Aktiv Wohnen*. Informationsschrift für alle Mieter. Mietergemeinschaft Mümmelmannsberg, Dezember 1973).

28 *Archiv des Hamburger Institut für Sozialforschung (AHIS)*, SBe 600 Hausbesetzungen, Häuserkämpfe, Sanierung, Karolinen-Poker 1934-1984, S. 25.

29 *E. Conze* (s. A 3), S. 150-159.

spiele für solche Sicherheitsmaßnahmen sind ein Mauerbau oder eine Grenzziehung. Es ist daher auch kein Zufall, dass Mauer- und Grenzmetaphern im Diskurs über die Großsiedlungen immer wieder auftauchen.

Auf Sicherheit zielende Zugehörigkeitsbestimmungen haben jedoch oftmals eine ambivalente Wirkung, denn sie führen leicht in ein „Sicherheitsdilemma“.³⁰ Mit diesem Begriff bezeichnet die Sicherheitsforschung Eskalationsmechanismen, die in Gang gesetzt werden, wenn durch Sicherheitsmaßnahmen neue Sicherheitsprobleme generiert bzw. schon bestehende verstärkt werden. Insbesondere kreiern oder verschärfen Sicherheitsmaßnahmen innergesellschaftliche Konflikte, weil sie nicht nur definieren, wer einem schützenswerten Kollektiv angehört, sondern auch, wer als dessen Gefährder betrachtet wird. Bei den Großsiedlungen wirkte dieser Mechanismus seit den 1970er Jahren, indem ihre Bewohnerschaft, von deren Schutzbedürftigkeit der soziale Wohnungsbau seinem Grundgedanken nach ausging und der er eigentlich soziale Sicherheit bieten sollte, von außen mehr und mehr als Sicherheitsgefahr wahrgenommen wurden.

Die Problematik des Sicherheitsdilemmas war freilich – wenngleich nur selten unter diesem Namen – schon den Zeitgenossen bekannt.³¹ Grundsätzlich lassen sich schematisch zwei grundlegende Sicherheitsstrategien unterscheiden: Eine Strategie, die auf die Bekämpfung und Isolation der Gefahren setzt, eine andere, die versucht, das Sicherheitsdilemma aufzulösen und dafür Dialog und Austausch anstrebt. Die 1970er Jahre sind nicht nur als ein Jahrzehnt zu betrachten, in dem in Reaktion auf politische Demonstrationen und Terrorismus Polizeimannschaften aufgestockt wurden, sondern gleichzeitig als eine Phase, in der sich der Konflikt zwischen verschiedenen Sicherheitsstrategien zuspitzte. Gerade auch Ansätze, die sich um Austausch und Dialog bemühten, um einem Sicherheitsdilemma zu entgehen, prägten die Sicherheitskultur der 1970er Jahre in starkem Maße.³² Dies zeigt sich an der Debatte über die für die Großsiedlungen beobachteten Segregationstendenzen.

30 Der Begriff wurde in den 1950er Jahren von dem Politikwissenschaftler John Herz in Bezug auf den Kalten Krieg geprägt, in der deutschen Übersetzung: *J. H. Herz, Idealistischer Internationalismus und das Sicherheitsdilemma*, in: *ders.*, *Staatenwelt und Weltpolitik*, Hamburg 1974, S. 39-56.

31 Folgt man dem Google N-Gram Viewer (<https://books.google.com/ngrams>), verbreitete sich der Begriff in den 1970er Jahren allmählich im deutschen Sprachgebrauch.

32 Michel Foucault beschreibt in seiner in den 1970er Jahren entstandenen Gouvernementalitätstheorie beide Sicherheitsstrategien – Abschottung und Zirkulation – als Charakteristika zweier unterschiedlicher Sicherheitsregime: *M. Foucault, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität*, Bd. 1, Frankfurt am Main 2014, S. 19 ff. Auch wenn seine Analyse hier nicht ausführlich diskutiert werden kann, so sei doch angemerkt, dass sein Werk auch als Quelle gelesen werden kann, die im Kontext der in ihrer Entstehungszeit in vielen politischen und gesellschaftlichen Bereichen besonders heftigen Konfrontation zwischen diesen beiden Sicherheitsstrategien entstanden ist.

Wie sehr die Ambivalenz eines Sicherheitsdilemmas vielen Zeitgenossen in der Wohnungsbaudebatte vor Augen stand, zeigt in gewisser Weise bereits der eingangs zitierte Vergleich der Großsiedlungen mit Festungen, die nicht zu schützen vermögen. Der Architekturhistoriker Jörg Probst legt dar, dass Betonwände in den 1950er und 1960er Jahren noch vielfach als abschirmende, d. h. schützende Mauern interpretiert wurden.³³ Eine solche Deutung steht für eine Sicherheitsstrategie der Isolation von Gefahren. In einem Sicherheitsentwurf hingegen, der Grenzziehungen aufgrund des Sicherheitsparadoxes als problematisch ansieht, verändert sich die Bedeutung von Mauern. Solche Sicherheitsstrategien begannen in den 1970er Jahren auf viele eine hohe Überzeugungskraft auszuüben. So lassen sich auch die immer kritischeren Auseinandersetzungen über die Großsiedlungen verstehen: Hier wurden die Betonmauern der Siedlungen nicht als schützend, sondern als bedrohlich charakterisiert. Viele sahen sie nun als Ausdruck von Segregation und Exklusion, immer wieder war die Rede von „Betonghettos“.³⁴ Ein Problemaufriss des Ortsamts Bramfeld aus den 1980er Jahren urteilte: „Für den Außenstehenden, den Vorbeifahrenden, hat die Skyline Steilshoops etwas von einer mauerbewehrten, mittelalterlichen Stadt an sich. Das, was einerseits als positiv für die Bewohner zu bewerten ist, nämlich die vollständige Dispensierung des Durchgangsverkehrs, ist nach außen zu einer schroffen Abwehr geraten.“³⁵

Tatsächlich stand die Angst davor, dass Segregationstendenzen durch das Sicherheitsdilemma verstärkt werden könnten, im Zentrum der Sicherheitsdebatten, die um die Großwohnanlagen geführt wurden. Viele Großsiedlungspläne waren ihrer erklärten Absicht nach darauf angelegt gewesen, die Voraussetzungen für eine sozial durchmischte Bevölkerungsstruktur zu schaffen, und anfänglich schien dieses Ziel auch erreichbar. Doch dauerte es nicht lange, bis sich deutliche Segregationstendenzen abzeichneten. Auslöser hierfür war zunächst nicht unbedingt eine wahrgenommene Sicherheitsfrage. Vielmehr war hier wohl die städtische Belegungspolitik ausschlaggebend, denn in allen Großsiedlungen war der Anteil an Sozialwohnungen hoch und zum Teil wurden die Wohnungen dort gezielt Familien zugewiesen, die als „Problemgruppen“ galten. Doch sobald der Segregationsprozess begonnen hatte, ließ er sich kaum noch stoppen. Je weiter der durchschnittliche Ausbildungsgrad und das durchschnittliche Einkommen sanken, desto unattraktiver erschien das Viertel Besserverdienenden, und es trat, wie

33 J. Probst, Angst und Architektur, in: S. Martin / T. Linpinsel (Hrsg.), Angst und Regression – gesellschafts- und kulturwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden 2020 (in Vorbereitung).

34 Zum Beispiel AHIS, SBe 600 Hausbesetzungen, Häuserkämpfe, Sanierung, Karolinen-Poker 1934-1984, S. 20.

35 StAH, 444-5 Ortsamt Bramfeld, Nr. 209 (Planung, Bau und Unterhaltung der Großsiedlung Steilshoop, Konzeption Grosswohnanlage Steilshoop, 1986).

es der Architektursoziologe Tilmann Harlander für die Großsiedlungen allgemein beobachtet, eine „soziale Entmischung“ ein. „[W]er es sich leisten kann, zieht doch woanders hin“, resümierte ein Lokalblatt 1982 mit Blick auf Steilshoop.³⁶ Gleichzeitig verschlechterte sich der Ruf der Siedlungen. Sogar die Wohnungsbaugesellschaft SAGA – selbst Eigentümerin zahlreicher Großsiedlungswohnungen in Steilshoop – warnte Anfang der 1980er Jahre, „daß viele Neubauviertel – darunter auch Steilshoop – zu Slums zu verkommen drohen“.³⁷ Nun lag ein Sicherheitsdilemma par excellence vor, denn je mehr die Segregation als Sicherheitsproblem öffentlich thematisiert wurde, desto weiter verschärfte sie sich.

Das Gefahrenpotenzial der Großsiedlungen lag für die Zeitgenossen in der sozialen Ungleichheit begründet. Anders als in den 1950er und 1960er Jahren, als sich viele in dem Glauben wiegten, Wirtschaftswunder und sozialstaatliche Absicherung brächten eine „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ hervor, wuchs in den 1970er Jahren die Angst vor einer „neuen Armut“ oder einer „neuen sozialen Frage“ und dem Auseinanderklaffen der sozialen Schere.³⁸ Die Großsiedlungen verkörperten diese Tendenzen symbolhaft. Die hohe Sensibilität vieler Zeitgenossen gegenüber Segregationserscheinungen zeigt, dass sie nicht nur Freiheit, sondern auch sozialen Ausgleich als zentrale Voraussetzung von Sicherheit sahen. Darin liegt ein zentrales Charakteristikum der 1970er Jahre.

Um die drohenden gesellschaftlichen Auflösungsprozesse aufzuhalten, sahen viele die Lösung der Sicherheitsprobleme von Großsiedlungen daher nicht so sehr in der vermehrten Entsendung von Polizeistreifen, sondern in Integrationsmaßnahmen. Sie verfolgten also nicht die Sicherheitsstrategie der Isolation, sondern diejenige der Kommunikation und des Austauschs. Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker, Wohnungsbaugesellschaften und Mietervereinigungen setzten auf den Bau von Begegnungszentren und Jugendhäusern, hofften, durch Stadtteil- und Kinderfeste auch auswärtige Gäste anzuziehen oder bemühten sich um „ein Paket von Maßnahmen“, das darauf zielte, „Außenstehende nach Steilshoop hineinzuführen“.³⁹ Einige dieser Bemühungen wie etwa die Stadtteilstadt wurden von Mieterinitiativen und Politik als Erfolge wahrgenommen, andere indes scheiterten – nicht zuletzt, weil die Bereitschaft zu finanziellen Investitionen gering war.

36 T. Harlander, BRD 1945 bis heute: Solidarität der Not – Flüchtlingsintegration und Wohnungsbau für „breite Schichten im Wiederaufbau der Bundesrepublik, in: *ders. / G. Kuhn* (Hrsg.), *Soziale Mischung in der Stadt. Case Studies – Wohnungspolitik in Europa – Historische Analyse*, Stuttgart 2012, S. 78 ff; *Alstertal-Nachrichten*, 7. September 1982.

37 *Ebda.*, 9./10. September 1982.

38 Vgl. etwa H. Geißler, *Die neue soziale Frage. Analysen und Dokumente*, Freiburg/Br. 1975.

39 *StAH*, 444-5 Ortsamt Bramfeld, Nr. 209 (Planung, Bau und Unterhaltung der Großsiedlung Steilshoop, Konzeption Grosswohnanlage Steilshoop, 1986).

4. Allermöhe und die neue stadtplanerische Sicherheitsstrategie

Welche Lehren aus den vielen zeitgenössischen Diagnosen des Scheiterns gezogen wurden, zeigen schließlich auch die Planungen der Siedlung, die den Großsiedlungsbau des 20. Jahrhunderts in Hamburg abschließen sollte. Die ersten Planungen für die Großsiedlung Allermöhe aus den frühen 1970er Jahren erfolgten bereits im Schatten der wachsenden Kritik an den Großsiedlungen und sind somit ein Ausdruck der Sicherheitsstrategie, mit der Politik und Stadtplanung auf diese reagierten. Dabei ist zu beachten, dass die Planung Allermöhes zwischen 1976 und 1979 ausgesetzt wurde und dass das schließlich zwischen 1982 und 1994 erbaute Allermöhe-Ost die ursprünglich für 70.000 Einwohner ausgelegten Neubaupläne nur in stark reduzierter Form wiederaufnahm. Bei der Beurteilung dieser Pläne ist außerdem ein demografischer Trend zu berücksichtigen: Als Allermöhe geplant wurde, herrschte keine Wohnungsnot mehr, gerade in den Großsiedlungen standen sogar etliche Wohnungen leer. Stattdessen war die Planung Allermöhes vielmehr durch die Sorge motiviert, dass die Mittelschicht vermehrt aus der Stadt in Vorortgemeinden ziehen werde. Die Bemühungen, diesen Trend zu bremsen, flossen mit dem Wunsch zusammen, die Fehler des frühen Großsiedlungsbau zu vermeiden.

Wie hier deutlich hervortritt wurde wurde das Fehlen von Selbst- und Mitbestimmung in der Kritik der Großwohnanlagen dafür mitverantwortlich gemacht, dass sie sich zu einem Sicherheitsproblem entwickelten. Es war also mit dem hiermit einhergehenden Sicherheitsentwurf konform, wenn bei der Planung Allermöhes besonderer Wert darauf gelegt wurde, diejenigen Merkmale der älteren Großwohnanlagen zu vermeiden, welche die Bewohnerschaft ihrer Individualität und Freiheit zu berauben schienen. Unumstritten war, dass eine Bürgerbeteiligung schon in der Planungsphase notwendig sei. Außerdem setzten die baulichen Vorgaben auf andere Maßstäbe als die Großsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre. Hochhäuser waren ausgeschlossen, und es liegt nahe, dass dem auch die Annahme zugrunde lag, diese seien in besonderer Weise für die immer wieder beklagte Anonymität und Monotonie der Großsiedlungen verantwortlich.⁴⁰ Bezeichnend für die Vorstellungen von dem Verhältnis von Sicherheit und Freiheit mag es überdies sein, dass in der Baubehörde im Rahmen der Planungen für Allermöhe der Einsatz von Überwachungskameras auf öffentlichen Plätzen als Option zwar diskutiert, jedoch schnell ad acta gelegt wurde.⁴¹

40 K.-D. Ebert, Großsiedlungen in der Stadtentwicklung. Ein Hamburger Beitrag, in: *Arbeitsgruppe Fritz-Schumacher-Kolloquium* (Hrsg.), *Großsiedlungen im Umbruch*, Hamburg 1993, S. 151.

41 *StAH*, 321-3 I Baubehörde I (1900-2015), Nr. 1646 (Landesplanungsamt LP2 B, Hamburg, 02.07.1973, Billwerder-Allermöhe: Planung des Projektes, Bd. 2, „Lesehilfe“ zum sog. „Blauen Buch“, S. 6).

Einen weiteren großen Stellenwert nahm in den Diskussionen um die Planung von Allermöhe das Anliegen des sozialen Ausgleichs ein, der durch eine soziale Mischung geschaffen werden sollte. Dies kann, wie wir gesehen haben, ebenfalls als Ausdruck einer spezifischen planerischen Sicherheitsstrategie gelesen werden. Hinzu kam das Ziel, Allermöhe aus den genannten demografischen Gründen für die Mittelschicht attraktiv zu gestalten. Allerdings herrschte während der Planung große Unsicherheit darüber, wie sich die Sozialstruktur steuern lasse. So gingen die Planerinnen und Planer davon aus, dass „abgesicherte Kenntnisse über den Zusammenhang zwischen steuernden Maßnahmen und ihren sozialstrukturellen Auswirkungen nur lückenhaft vorhanden“ seien und gestanden ein, dass die „beabsichtigte Integration soziologischer Gesichtspunkte im Planungs- und Durchführungsprozeß“ auf „planerisches Neuland“ führe und damit ein „Experiment“ darstelle, „dessen Erfolg noch nicht abgeschätzt werden kann“.⁴²

Die Maßnahmen, die sich schließlich für die sozialstrukturelle Steuerung durchsetzen, waren eine relativ hohe Zahl an Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen, die einem höheren Wohnstandard gerecht werden sollten, während „Wohnungsnotfälle“ oder „die unterprivilegiertesten Schichten“ nach Möglichkeit gar nicht oder erst in einer späteren Bauphase in Allermöhe angesiedelt werden sollten.⁴³ Einigen Kritikerinnen oder Kritikern schienen daher die Pläne für Allermöhe darauf hinauszulaufen, ein „Getto für Privilegierte“ zu schaffen.⁴⁴ Tatsächlich kann man in einer solchen Planung auch den allmählichen Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau angelegt sehen, der die folgenden Jahrzehnte prägen sollte.

5. Fazit

Die Debatten über den Großsiedlungsbau lassen sich aus einem allgemeinen Wandel der Sicherheitskultur heraus deuten, der die 1970er Jahre prägte. In ihnen flossen vor allem drei Entwicklungen zusammen, die das zeitgenössische Sicherheitsdenken kennzeichneten: der schwindende Fortschrittsoptimismus, die Sorge um den Verlust der Individualität angesichts einer industrialisierten Massenanfertigung sowie eine wachsende Sensibilität für soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Spannungen – alle drei Aspekte veränderten die stadtplanerischen Leitlinien nach-

42 Ebda., S. 5; *StAH*, 131-21 Senatskanzlei – Planungsstab (1902-2007), Nr. 4072 (Allermöhe Sozialstrukturplanung, Baubehörde, Abteilung für Grundsatzfragen der Planung, September 1972, Hamburg Südost – Sozialstruktur. Konzeption für den Planungsprozeß, S. 5-10).

43 Ebda., S. 11; *StAH* (s. A 41), S. 5.

44 K. Wagner, Hamburgs „großer Sprung ins Ungewisse“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.02.1974, S. 8.

haltig. Die „Ghettobildung“, d. h. die Ausgrenzung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen, war wohl die größte Sicherheitsgefahr, welche den Siedlungen gemeinhin zugeschrieben wurde. Mochte die städtische Wohnungszuweisungspolitik diesen Segregationsprozess angestoßen haben, so schien er durch die architektonisch und stadtplanerisch bedingte, deutlich sichtbare Absonderung vom Rest der Stadt noch befördert zu werden.

Charakteristisch ist damit für die Diskussionen über die Großsiedlungen – wie für die Sicherheitskultur dieser Zeit allgemein – dass viele Zeitgenossen den Wert der Sicherheit nicht gegen die Werte der Freiheit und der Gleichheit ausspielten, sondern Sicherheit in starker Abhängigkeit von Freiheit, Selbstbestimmung und Chancengleichheit dachten. Wenngleich die Dekade von vielen als Krisenzeit empfunden wurde, war sie damit gleichzeitig auch eine Phase der Emanzipation und starker Bemühungen um sozialen Ausgleich. Dies ist ein Charakteristikum der 1970er Jahre, das es zu bedenken gilt, wenn man nach Kontinuitäten und Brüchen der Sicherheitskultur bis in die Gegenwart hinein fragt.

Von Gründerzeitvierteln zu Großsiedlungen und wieder zurück

Hamburg-Altona zwischen 1950 und 2010

Erst im Verhältnis zu anderen städtischen Räumen lassen sich die Großsiedlungen der Nachkriegszeit in ihrer Eigenheit fassen. In besonderem Maße gilt dies für die Gründerzeitviertel. Bereits während des Baus vieler Großsiedlungen in den 1960er Jahren waren die beiden städtischen Räume eng aufeinander bezogen. Für die Architektinnen und Architekten stellten freistehende Hochhäuser und schmucklose Betonplatten einen ausdrücklichen Gegenentwurf zu engen Hinterhöfen und historistischen Ornamenten dar. Für die Facharbeiter und Angestellten, die in die neuen Wohnungen zogen, war die zeitgemäße Ausstattung mit Zentralheizung und eigenem Badezimmer eine erhebliche Verbesserung gegenüber Kohleöfen und Außentoiletten. Und für die Kritiker, die schon bald vor den Folgen der Eintönigkeit warnten, bildeten historische Vorbilder den entscheidenden Maßstab. Auch wenn nicht alle optimistisch in die Zukunft blickten, war es zu diesem Zeitpunkt weitgehend unumstritten, dass diese den neuen Großsiedlungen gehören werde. Demgegenüber standen die verfallenden Gründerzeitviertel für die Stadt des 19. Jahrhunderts. Mit den tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüchen, die in den frühen 1970er Jahren einsetzten, begann sich dieses Verhältnis allmählich umzukehren.¹ Zu einem vorläufigen Abschluss kam diese Entwicklung in den 2000er Jahren. Nun galten die Gründerzeitviertel als Vorgriff auf die Zukunft und die Großsiedlungen als Überbleibsel der Vergangenheit.

Wie sich diese Umkehrung im Einzelnen vollzog, zeichnet der folgende Artikel anhand der Geschichte des Hamburger Bezirks Altona von den 1950er bis in die 2000er Jahre nach.² Schlaglichtartig wendet er sich den vielfältigen Verflechtungen zwischen den Altbaugebieten Altona-Altstadt und Ottensen sowie den Groß-

1 A. Doering-Manteuffel/L. Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2010.

2 Vgl. A. Neumann, Unternehmen Hamburg. Eine Geschichte der neoliberalen Stadt, Göttingen 2018; G. Kähler, Von der Speicherstadt zur Elbphilharmonie. Hundert Jahre Stadtgeschichte Hamburg, München/Hamburg 2017; *Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg* (Hrsg.), 19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren, München 2012.

siedlungen Neu-Altona und Osdorfer Born zu. Gerade auf die sich verändernden Sicht- und Handlungsweisen von Architekten, Bewohnerschaft, Journalisten und Politiker legt er dabei sein Augenmerk.

Hochhäuser statt Slums

Schon in den 1950er Jahren bestimmte die Polarität von Altbauten und Nachkriegsmoderne die politische Debatte im Bezirk Altona. Vor allem die Planungen für das städtebauliche Großprojekt Neu-Altona, das an die Stelle des Viertels Altona-Altstadt treten sollte, erregten großes Aufsehen.³ So schilderte das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* im Jahr 1955 in einer Titelgeschichte, wie der Chefplaner der Neuen Heimat, Ernst May, das für den Abriss vorgesehene Gründerzeitviertel besuchte: „Die Hände in den Taschen seines dunklen Überziehers, durchmaß er die enge Schlucht vom Torweg bis zu der kalkbeworfenen Mauer am anderen Ende des Hofes. Missbilligend wies er auf die tristen Fassaden des Hinterhofs. Aus den düsteren Hausfluren wallte Küchendunst. Nur ein Wort sagte der Hüne zu seinen Begleitern: ‚Slums.‘“⁴ Für den modernen Architekten Ernst May stand Altona-Altstadt für das Elend des 19. Jahrhunderts. Um dieses endgültig zu überwinden, trieb er gemeinsam mit dem gewerkschaftseigenen Wohnungsbauunternehmen Neue Heimat die Planungen für Neu-Altona voran.

Drei Jahre später veröffentlichte die Baubehörde die Dokumentation „Neu-Altona. Planungen zum Aufbau und zur Sanierung eines kriegszerstörten Stadtkerngebietes“.⁵ Darin wandte sie sich zunächst der bestehenden Bebauung zu. Im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert sei Altona-Altstadt rasant gewachsen. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg prägte dies den Stadtteil. Trotz der Zerstörungen würden dort weiterhin 42.000 Menschen leben, ein Großteil davon Arbeiterinnen und Arbeiter.⁶ Zugleich sei Altona-Altstadt von einer Vielzahl kleinerer Werkstätten, Fabriken und Lager durchzogen. Einen Eindruck dieser „Enge und Unordnung der Bebauung“⁷ vermittelte eine Fotografie des Stadtteils (Abb. 1).⁸ Altbauten mit heruntergekommenen Fassaden grenzten unmittelbar an Hin-

3 Vgl. S. Necker, Zwischen Abriss, Neuplanung und Rekonstruktion. Neu-Altona als Teil des Hamburger Wiederaufbaus 1950-1979, in: G. Wagner-Kyora (Hrsg.), Wiederaufbau europäischer Städte. Rekonstruktionen, die Moderne und lokale Identitätspolitik seit 1945, Stuttgart 2014.

4 Der Plan-Athlet, in: Der Spiegel, 19/1955, S. 30-37, hier S. 30.

5 Baubehörde Hamburg, Neu-Altona. Planungen zum Aufbau und zur Sanierung eines kriegszerstörten Stadtkerngebietes in der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1958.

6 Ebda., S. 24.

7 Ebda., S. 31

8 Ebda., S. 10.



Abb. 1: Fotografie des Sanierungsgebietes Altona-Altstadt, 1958.

Quelle: *Baubehörde Hamburg* (s. A 5), S. 10.



Abb. 2: Bucheinband „Neu-Altona“, 1958.

Quelle: *Baubehörde Hamburg* (s. A 5), Bucheinband.

terhoffabriken mit rauchenden Schornsteinen. Bessere Lebensverhältnisse, so die Überzeugung, setzten einen vollständigen Abriss voraus. Bereits der Einband der Dokumentation ließ daran keinen Zweifel. Unter der Überschrift „Neu-Altona“ war ein Luftbild der westlichen inneren Stadt zu sehen (Abb. 2)⁹ Innerhalb des hell gefärbten Planungsgebiets überlagerte der „Programmplan Neu-Altona“¹⁰ vollständig das noch vorhandene Viertel. An die Stelle von Blockrandbebauung und dicht bebauten Hinterhöfen waren Zeilenbauten und Hochhäuser eingezeichnet. Große Parks trugen zu einem „aufgelockerten und durchgrüntem Stadtbild“¹¹ bei. Die Fabriken und Werkstätten hatten die Planer aus den Hinterhöfen herausgelöst und in zwei Gewerbegebieten konzentriert, eines davon direkt am Elbrand. Wohnen und Arbeiten sollten zukünftig klar voneinander getrennt werden. Zugleich sollte Neu-

9 Ebda., Bucheinband.

10 A. Dähn, Neu-Altona, in: *Architekten- und Ingenieur-Verein Hamburg* (Hrsg.), *Hamburg und seine Bauten 1954-1968*, Hamburg 1969, S. 242.

11 *Baubehörde Hamburg* (s. A 7), S. 74 f.

Altona ein „Arbeiter-Wohngebiet“¹² bleiben, allerdings mit deutlich verbesserten Wohnverhältnissen. Alle der der zukünftig 36.000 Bewohnerinnen und Bewohner sollten über eine gut ausgestattete, helle und luftige Wohnung verfügen.¹³

Gerade weil die Planungen für Neu-Altona einen Abriss der bestehenden Bebauung voraussetzten, war der Kontrast zu den Altbaugebieten besonders deutlich ausgeprägt. Aber auch die Großsiedlungen, die im Laufe der 1960er und 1970er Jahre auf der grünen Wiese errichtet wurden, waren ein ausdrücklicher Gegenentwurf zur Stadt des 19. Jahrhunderts. Insgesamt entstanden im Bezirk Altona fünf Großsiedlungen mit zusammen 15.200 Wohnungen.¹⁴ Darunter war die Großwohnanlage Osdorfer Born, die nach einem Grünzug am Rande des Bezirks benannt war.¹⁵ Erneut zählte die gewerkschaftseigene Neue Heimat zu den treibenden Kräften. Im Jahr 1965 veröffentlichte sie ein städtebauliches Gesamtkonzept.¹⁶ Für das Baugebiet des Osdorfer Borns, so argumentierte das Planungsteam, spreche dessen Nähe zu den Arbeitsstätten der City, des Hafens und des Industriegebiets Ottensen. Dieser Lagevorteil ließe sich durch eine neue Schnellbahnlinie und den Ausbau der Stadtautobahnen weiter verbessern. In Zusammenarbeit mit der stadteigenen Siedlungs-Aktiengesellschaft Altona (SAGA) und zwei weiteren gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen könnten hier 4.700 Wohnungen für 16.000 Menschen entstehen, ein Großteil davon Sozialwohnungen.¹⁷ Deren genaue Anordnung legte ein „Lageplan der Großwohnanlage Osdorfer Born“¹⁸ fest. Am östlichen Rand der Großsiedlung waren Reihen- und Atriumhäuser zu sehen. Daran schloss sich ein Bereich mit drei- bis viergeschossigen Wohnungsbauten an. Im Zentrum folgten schließlich zwei Hochhausgruppen.

Auf dieser Grundlage arbeiteten die beteiligten Wohnungsbauunternehmen die Planungen weiter aus. Die Verantwortung für die „Verdichtungszone“¹⁹ übernahm die SAGA. In ihrem Auftrag entwarf der Architekt Fritz Trautwein zwei bis zu 21 Stockwerke hohe „Hochhausbänder“.²⁰ Sein erklärtes Ziel bestand darin, eine abwechslungsreiche Architektur zu schaffen. Zu diesem Zweck setzte er die Hochhaus-

12 Ebda., S. 50.

13 Ebda., S. 49.

14 H. Harms/D. Schubert, Gross-Siedlungen in Hamburg. Übersicht, Bestandsaufnahme, Probleme, Hamburg 1988, S. 59-103.

15 Vgl. D. Schubert, Hamburger Wohnquartiere. Ein Stadtführer durch 65 Siedlungen, Berlin 2005, S. 254-257.

16 D. Haas, Grosswohnanlage Osdorfer Born, in: Neue Heimat. Monatshefte für neuzeitlichen Wohnungsbau 12 (1965) H. 2, S. 1-13.

17 Ebda., S. 4.

18 Ebda., S. 5.

19 Ebda., S. 10.

20 Hamburg: Osdorfer Born, in: Bauwelt 62 (1971) H. 22, S. 934 ff, hier S. 934.



Abb. 3: Hochhäuser der Großsiedlung Osdorfer Born, 1971.

Quelle: *Bauwelt* 62 (1971), H. 22, S. 934.

bänder aus unterschiedlich hohen Einzelhäusern zusammen. Zudem versuchte er, durch abgeknickte Balkone anregende Fassaden zu gestalten. Auf einer Fotografie, welche die Zeitschrift *Bauwelt* im Jahr 1971 veröffentlichte, war eine der aus Betonplatten zusammengesetzten Fassaden zu sehen (Abb. 3). Darunter war zu lesen: „Teilansicht der Südfassade von Wohnblock B mit den versetzten Balkonen, die als Fertigelemente vor die Außenwand gesetzt sind“.²¹

Im gleichen Jahr wandte sich auch die Baubehörde noch einmal der Großsiedlung Osdorfer Born zu. Im

Rahmen der Untersuchungsreihe „Siedlungsform und Verhalten“ ließ sie 800 der zu diesem Zeitpunkt 14.000 Bewohner interviewen.²² Zielpersonen der Befragung waren Hausfrauen, da diese sich am besten in dem Wohngebiet auskennen würden. Die Studie legte offen, dass der Osdorfer Born durch junge Familien von Facharbeitern und einfachen Angestellten geprägt war. Für die meisten der Befragten stellte der Umzug in die modern ausgestatteten Wohnungen einen sozialen Aufstieg dar. Zuvor hatten 56 Prozent in einer vor 1948 errichteten Altbauwohnung und 40 Prozent als Untermieter oder bei den eigenen Eltern gelebt.²³ Angesichts dessen waren die Größe der Wohnung, die gute Ausstattung und die niedrige Miete die meistgenannten Gründe für den Umzug. Doch zugleich gab knapp die Hälfte an, am liebsten in einem freistehenden Einzelhaus wohnen zu wollen.²⁴ Diese ambivalente Haltung fand in der Bewertung der Großsiedlung seinen Ausdruck. Die Mehrzahl der Bewohnerschaft empfand den neuen Stadtteil als „vertraut“, „eintönig“, „langweilig“, „grau“, „sauber“, „übersichtlich“, „lebhaft“, „gepflegt“ und „unpersönlich“.²⁵ Trotz aller materiellen Verbesserung blieb das Verhältnis distanziert. Schon hier öffnete sich eine Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Planer und den Erfahrungen der Bewohner.

²¹ Ebda.

²² *Baubehörde Hamburg*, Untersuchungsreihe Siedlungsform und Verhalten. Untersuchungsgebiet 3. Osdorfer Born, Hamburg 1974.

²³ Ebda., S. 1f.

²⁴ Ebda., S. 30.

²⁵ Ebda., S. 31 f.

Ausländer, Alte, Arbeitslose

Noch einmal deutlich unbeliebter als die Großsiedlungen waren in dieser Zeit die Gründerzeitviertel. Dies galt auch für Ottensen.²⁶ Mitte der 1970er Jahre stammten dort fast 90 Prozent der Wohngebäude aus der Zeit vor 1945.²⁷ Dementsprechend schlecht ausgestattet waren die Wohnungen. Ofenheizung, fehlende Dusche und Toilette im Treppenhaus bestimmten den Alltag. Zudem wuchs die ohnehin schon große Belastung durch Lärm und Abgase weiter an. Immer mehr Autos quälten sich durch die engen Straßen. Um diesen sich verschlechternden Lebensverhältnissen zu entgehen, verließen tausende Bewohner den Stadtteil. Gerade junge Familien zogen in die neuen Einfamilienhausgebiete und Großsiedlungen, in denen Zentralheizung, Elektroherd, Dusche und eigene Toilette längst zum Standard gehörten. Vor diesem Hintergrund sank die Wohnbevölkerung in Ottensen von 57.000 im Jahr 1950 auf 33.000 im Jahr 1975.²⁸ Zurück blieben vor allem Rentnerinnen und Rentner. Mehr als jeder fünfte Einwohner war nun älter als 65 Jahre.²⁹

Gleichzeitig begannen seit Ende der 1960er Jahre „Gastarbeiter“ mit ihren Familien in die innerstädtischen Altbauviertel zu ziehen.³⁰ Schon bald stieß dies in Öffentlichkeit und Politik auf Ablehnung. So titelte das *Hamburger Abendblatt* im Jahr 1973 „Einzelne Stadtteile für Ausländer sperren?“³¹ Zwei Jahre später unterstrich der Erste Bürgermeister von Hamburg, Hans Ulrich Klose, in seiner Regierungserklärung: „Gegenwärtig erleben wir in Hamburg, wie auch in anderen deutschen und europäischen Großstädten, einen Prozess der Konzentration von Ausländern in bestimmten Stadtteilen. Diese Konzentration vollzieht sich ungesteuert und ohne soziale Abstützung und folgt einer, so scheint es, fast zwangsläufigen Eigengesetzlichkeit. Es hilft nicht, diese Entwicklung bedauernd zu beobachten und mit Reizworten – zum Beispiel Gettobildung – zu beschreiben; sie muß unter stadtentwicklungspolitischen Gesichtspunkten gesteuert werden.“³² Um den Zuzug

26 Vgl. E. von Dücker (Hrsg.), Ottensen. Zur Geschichte eines Stadtteils, Hamburg 1983.

27 M. Sack, Ottensen. Stadtteilentwicklung in Hamburg dargestellt am Beispiel Ottensen, Hamburg 1977, o.S.

28 Baubehörde Hamburg, Leitgedanken für Stadtteile der inneren Stadt in Hamburg, Hamburg 1977, S. 34.

29 Ebda.

30 Vgl. L. Nikou, „Mein Name ist Ausländer.“ Alltagserfahrungen und Migrationspolitik in der Stadt, in: *Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg*, 19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren, München/Hamburg 2012.

31 Einzelne Stadtteile für Ausländer sperren?, in: *Hamburger Abendblatt*, 06.12.1973, S. 5.

32 H.-U. Klose, Hamburgs Zukunft sichern. Regierungserklärung von Hans-Ulrich Klose am 29. Januar 1975 vor der Hamburger Bürgerschaft, Hamburg 1975, S. 15 f.

von „Ausländern“ regulieren zu können, sei es notwendig, ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten.

Im Jahr 1976 veröffentlichte der Senat die „Leitlinien für die hamburgische Ausländerpolitik“.³³ Grundlage der detaillierten Empfehlungen waren umfangreiche Statistiken und Karten. Trotz des Anwerbestopps im Jahr 1973 war die Zahl der „Gastarbeiter“ in Hamburg bis zum Jahr 1975 auf 80.000 gestiegen, darunter auch immer mehr Kinder und Jugendliche.³⁴ Mit der zunehmenden Zahl von Familien veränderten sich auch die Wohnverhältnisse. Dies verdeutlicht ein Auszug aus der Karte „Ausländer aus Anwerbeländern in den Konzentrationsgebieten nach Baublöcken“.³⁵ Für das gesamte Stadtgebiet wiesen verschiedene Farben den Anteil von Arbeitsmigranten an der Wohnbevölkerung aus. Gelb stand für fünf bis zehn Prozent, orange für zehn bis 15 Prozent, rot für 15 bis 25 Prozent, grün für 25 bis 35 Prozent und lila für 35 Prozent und mehr. Neben den Unternehmensunterkünften der Hafen- und Industriegebiete hatten die Altbauten der Gründerzeitviertel erheblich an Bedeutung gewonnen. Zu den insgesamt sieben „Konzentrationsgebieten“, in denen im Jahr 1975 etwa 40 Prozent aller Arbeitsmigranten lebten, gehörte auch Ottensen.³⁶ Fast jeder fünfte Einwohner des Stadtteils kam nun aus Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien oder der Türkei.³⁷ Dazu stellte der Senat fest: „Ihre spezifische Nachfrage nach billigen Altbauwohnungen fand ihr Angebot vor allem in den Stadtteilen, in denen Art und Zustand der Wohnungen sowie das Wohnumfeld nur noch ein niedriges Qualitätsniveau erreichen. Insofern können nach hamburgischen Untersuchungen Konzentrationen von Ausländern aus Anwerbeländern vereinfacht als das Spiegelbild der Konzentration minderer Wohnqualitäten angesehen werden.“³⁸ Schon in den 1970er Jahren spielten der Zuzug von Migranten und die damit verknüpfte öffentliche Debatte über „Gettos“ eine wichtige Rolle für den Bezirk Altona, allerdings ausschließlich im Hinblick auf Gründerzeitviertel.

Auch die Folgen der Deindustrialisierung zeigten sich in den Altbaugebieten besonders früh.³⁹ Bereits Mitte der 1970er Jahre war die Krise der Großwerften deutlich zu spüren, vor allem in Ottensen, wo es seit Langem viele Zulieferbetriebe

33 *Mitteilungen des Senats an die Bürgerschaft*, Leitlinien für die hamburgische Ausländerpolitik, Drucksache 8/1990, Hamburg 1976.

34 Ebda., S. 49.

35 Ebda., Anlage.

36 Ebda., S. 13 f.

37 Ebda., S. 38.

38 Ebda., S. 13.

39 Vgl. A. Neumann (s. A 3), S. 198-214.

gab. Dies schlug sich in der Karte „Gebäudebestands-Untersuchung Ottensen“⁴⁰ nieder, die das Landesplanungsamt im Jahr 1975 veröffentlichte. Zum einen verdeutlichte sie, dass Ottensen durch zahlreiche Fabriken geprägt war. Insbesondere im Norden ballten sich die Industriebetriebe. Zum anderen legte sie offen, dass sich weitreichende Veränderungen anbahnten. Grüne Flächen verwiesen auf leerstehende Gebäude und Brachen. Die einst dort ansässigen Fabriken hatten ihre Produktion an den Stadtrand verlagern oder vollständig die Tore schließen müssen. Aber auch die noch vorhandenen Industriebetriebe, die auf der Karte weiterhin in dunkelblau verzeichnet waren, befanden sich im Niedergang. Zusammen mit den Fabriken verschwanden die Arbeiter. Allein von 1970 bis 1987 ging deren Zahl in Ottensen von 7.300 auf 4.900 zurück.⁴¹ Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitslosen deutlich an. Vor allem ungelernete Arbeiterinnen und Arbeiter, darunter viele Arbeitsmigranten, hatten Schwierigkeiten neue Stellen zu finden. Damit veränderte sich auch die öffentliche Wahrnehmung. Nicht mehr Industriearbeiterinnen und -arbeiter, sondern „Ausländer, Alte, Arbeitslose“ bestimmten nun das Bild der Gründerzeitviertel.

Mit der Zeit des Booms fand auch der Großsiedlungsbau sein Ende. Sowohl die Hamburger Baubehörde als auch die gemeinnützigen Wohnungsbaunternehmen Neue Heimat und SAGA waren in ihren Planungen von einem ungebrochenen Wachstum von Wirtschaft und Stadt ausgegangen. Angesichts der niedergehenden Hafenindustrie und der schrumpfenden Bevölkerung war diese Voraussetzung nicht mehr gegeben. Nach 1973 wurde in Hamburg-Altona kein entsprechendes städtebauliches Vorhaben mehr verwirklicht.⁴² Zudem griff die wirtschaftliche Krise auf die bestehenden Großsiedlungen über. Im Laufe der 1980er Jahre hinterließ die Massenarbeitslosigkeit hier deutliche Spuren. Seinen Ausdruck fand dies unter anderem in der Studie „Stadtteilaktivitäten in den Siedlungen Osdorfer Born und Mümmelmannsberg“,⁴³ welche die Baubehörde im Jahr 1986 veröffentlichte. Zwar gingen die Verfasser auch auf städtebauliche Mängel, fehlende soziale Einrichtungen, die sich verzögernde Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und die drohende Baufälligkeit von Gebäuden ein. Doch die eigentliche Ursache für die Misere der beiden Großsiedlungen erkannten sie in gesamtgesellschaftlichen Umbrüchen. Dabei machten sie zwei gegenläufige Entwicklungen aus. Zum einen

40 *Baubehörde Hamburg*, Gebäudebestands-Untersuchung Ottensen. Ortsteile 210-213. Gebäudenutzung, Hamburg 1975.

41 *Statistisches Landesamt Hamburg*, Die Hamburger Stadtteile. Teil 2. Bezirk Altona, Hamburg 1997, S. 20 f.

42 *H. Harms/D. Schubert* (s. A 14), S. 59-103.

43 *Baubehörde Hamburg*, Stadtteilaktivitäten in den Siedlungen Osdorfer Born und Mümmelmannsberg, Hamburg 1986.

verwiesen sie auf die sich ausbreitende „Neue Armut“.⁴⁴ Für „Problemgruppen wie kinderreiche Familien, Sozialhilfeempfänger, Bewohner aus aufgelösten Wohnlagern, Ausländern, Asylanten, Aussiedler, Haftentlassene“⁴⁵ seien die Großsiedlungen immer häufiger der letzte Zufluchtsort. Zum anderen würde die ablehnende Haltung der „neuen gesellschaftlichen Bewegungen“, für welche die Nachkriegsmoderne Sinnbild einer „durchrationalisierten“ Gesellschaft sei, bis weit in die Mittelschicht hinein ausstrahlen.⁴⁶ Nicht zuletzt deswegen wende sich die „Durchschnittsfamilie“⁴⁷ immer häufiger von den Großsiedlungen ab.

„Small Is Beautiful“

Während sich durch die Modernitätskritik der neuen sozialen Bewegungen das negative Image der Großsiedlungen verfestigte, hatte diese auf die Gründerzeitviertel genau die entgegengesetzte Auswirkung. Bereits 1968 hatten linksradikale Studentinnen und Studenten dort die ersten Kommunen gegründet. Ausgehend davon breiteten sich die Wohngemeinschaften aus.⁴⁸ Acht Jahre später lebten 22 Prozent aller Hamburger Studenten auf diese Art zusammen, ein Großteil davon in geräumigen Altbauwohnungen.⁴⁹ Vor diesem Hintergrund entwickelten sich die Gründerzeitviertel zu Hochburgen der neuen sozialen Bewegungen. Darauf verwies der Umschlag des Buches „Dörfer wachsen in der Stadt“ (Abb. 4),⁵⁰ das im Jahr 1980 Selbstdarstellungen von Alternativprojekten versammelte. Auf der Vorderseite war der optimistische Zukunftsentwurf einer grünen Stadt zu sehen. Aus dem Fenster eines Altbaus hing ein Transparent mit dem Slogan „Gemeinsam sind wir unverträglich“, einer der Bewohner hielt ein Fähnchen mit der Sonne der Anti-AKW-Bewegung in die Luft und im Erdgeschoss hatte ein makrobiotisches Lebensmittelgeschäft eröffnet. Auf der Rückseite war die Schreckensvision eines modernisierten Dorfes zu erkennen. Eine Autobahn drängte sich zwischen alte Fachwerkhäuser, mehrere Hochhäuser waren entstanden und im Hintergrund qualmten die Schornsteine der Fabriken. Darunter war in spiegelverkehrter Schrift

44 Ebda., S. 9.

45 Ebda., S. 14 f.

46 Ebda., S. 11 f.

47 Ebda., S. 14 f.

48 Vgl. S. Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin 2014.

49 G. Kath, *Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der 8. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommersemester 1976*, Frankfurt a. M. 1977, S. 175.

50 K. Jarchow (Hrsg.), *Dörfer wachsen in der Stadt. Beiträge zur städtischen Gegenkultur*, Alpen 1980, Bucheinband.



Abb. 4: Bucheinband „Dörfer wachsen in der Stadt“, 1980. Vorderseite (li.), Rückseite (re.); Quelle: K. Jarchow (s. A 50).

„Städte wachsen quer durchs Dorf“ zu lesen. Anfang der 1980er, so legte die Um- schlagsgestaltung nahe, zeichneten sich zwei Alternativen ab, entweder ein Mehr an Industrie, Autobahnen und Hochhäusern oder eine erneute Hinwendung zu Handwerk, Natur und Altbauten.

Ähnliche Umbrüche vollzogen sich seit den frühen 1970er Jahren in Architek- tur und Städtebau. Auch in Ottensen war die geplante Flächensanierung an den komplexen Eigentumsverhältnissen, den hohen Kosten für die öffentliche Hand und den Protesten der Anwohner gescheitert.⁵¹ Zugleich blieb die Überalterung des

51 Vgl. B. Abramowski, „Straßenkampf auf dem Weg zwischen City und Autobahn“. Bürgerproteste gegen Verkehrsplanung, in: Stadtteilarchiv Ottensen (Hrsg.), Unterwegs in Ottensen. Geschichte und Geschichten von Verkehr und Bewegung, Hamburg 2010.

Stadtteils ein drängendes Problem. Angesichts dessen wuchs unter den Entscheidungsträgern die Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Als der Architekturkritiker der *Zeit*, Manfred Sack, im Jahr 1973 vorschlug, in einem Modellprojekt Alternativen zum Abriss verfallender Altbauviertel aufzuzeigen, fand er breite politische Unterstützung.⁵² Gemeinsam entschieden sich das Bundesbauministerium, die Hamburger Baubehörde und die SAGA dafür, das Vorhaben umzusetzen. Als Wohngebiet wählte die Baubehörde die Karl-Theodor-Straße in Ottensen aus.⁵³ Bereits Anfang des nächsten Jahres fand ein erstes Arbeitstreffen von sechs Architekturbüros statt, unter ihnen die Gruppe 3 B Architekten, Kammerer + Beltz und Partner sowie die Planungsgruppe für metadisziplinäre Umweltgestaltung *me di um*. Sie alle gehörten zu einer neuen Generation von Architekten, die von der Kritik am modernen Städtebau und vom gesellschaftlichen Aufbruch nach 1968 geprägt war. Die Flächensanierung im Stadtzentrum lehnten sie ebenso ab wie den Großsiedlungsbau am Stadtrand. Stattdessen traten sie für die Mischung von Wohnen und Arbeiten, Kleinteiligkeit sowie Denkmalschutz ein. Ihre Entwürfe, die sie im Jahr 1975 unter dem Titel „Unternehmen Mottenburg“⁵⁴ im Altonaer Rathaus präsentierten, stießen auf große öffentliche Zustimmung. Immer häufiger war nun von einer „Stadterneuerung in kleinen Schritten“⁵⁵ die Rede.

Die Wiederentdeckung der Gründerzeitviertel durch die neuen Mittelschichten gewann weiter an Schwung, als sich dort seit dem Ende der 1980er Jahre mehr und mehr Medienunternehmen ansiedelten.⁵⁶ Auf die wachsende wirtschaftliche Bedeutung dieser Dienstleistungsbranche wies Wolfgang Hoffmann-Riem in seiner Studie „Medienplatz Hamburg“⁵⁷ hin, die er im Jahr 1987 im Auftrag des Senats veröffentlichte. Insgesamt seien in der Region Hamburg 45.000 Menschen in Zeitschriftenverlagen, Werbeagenturen, Musiklabels und Produktionsfirmen für Film und Fernsehen beschäftigt.⁵⁸ Eine Eigenheit der Branche liege darin, dass viele von ihnen bei kleineren Unternehmen oder als Selbstständige tätig seien. Zunehmend bestimmten diese freien Mitarbeiter die Arbeitswelt der Altbaugebiete. Besonderer Beliebtheit erfreuten sich dabei leerstehende Fabrikgebäude, darunter die ehemalige Schiffsschraubenfabrik Zeise in Ottensen, die im Jahr 1977 Konkurs hatte

52 Vgl. G. Kähler (s. A 3), S. 168-170.

53 Vgl. *Baubehörde Hamburg*, Stadterneuerung in kleinen Schritten. Ottensen, Hamburg 1975.

54 Ebda., S. 23 f.

55 Ebda.

56 Vgl. J. S. Dangschat/J. Friedrichs, *Gentrification in der inneren Stadt von Hamburg. Eine empirische Untersuchung des Wandels von drei Wohnvierteln*, Hamburg 1988.

57 W. Hoffmann Riem, *Medienplatz Hamburg. Zusammenfassender Projektbericht*, Baden-Baden 1987.

58 Ebda., S. 45.

anmelden müssen.⁵⁹ Zehn Jahre später zogen zahlreiche kleine Medienunternehmen in die verlassenen Hallen. Anlässlich der Einweihung schrieb das *Hamburger Abendblatt*: „Das Wahrzeichen des neuen Hamburger Medienhauses ist ein Schornstein. Unsichtbar von der eleganten Vorderfront des Gebäudes, ragt er fast ein wenig verschämt im Hinterhof in den Ottenser Himmel – ein Symbol jener Zeiten, als Hamburg noch wie Hafen buchstabiert wurde und in der Friedensallee 14 bis 16 Schiffsschrauben statt Filme entstanden. Diese Zeiten sind lange vorbei. ‚Mediensoftware‘ heißt das neue Zauberwort, mit dem der lahmenen Wirtschaft der Hansestadt wieder auf die Beine geholfen werden soll.“⁶⁰ Angesichts der zahlreichen Journalisten, Fotografen und Filmemacher, die in dem ehemaligen Fabrikgebäude arbeiteten, könne als Motto „Small is beautiful“⁶¹ über dem Eingang stehen.

Zusammen mit den aufstrebenden Medienunternehmen kamen die hochpreisigen Restaurants.⁶² Als im Jahr 1988 in den Zeise-Hallen das Restaurant Eisenstein eröffnete, entzündete sich daran einer der ersten Proteste gegen Gentrifizierung in Hamburg. Vor den rußgeschwärzten Wänden des Fabrik-schornsteins saßen nun modisch gekleidete Gäste an weiß gedeckten Tischen (Abb. 5)⁶³ In einem Flugblatt, das zur Besetzung des Restaurants aufrief, hieß es dazu: „Eine bestimmte Sorte moderner Unternehmen



Abb. 5: Restaurant Eisenstein in den Zeise-Hallen, 1988.
Quelle: R. Gralla (s. A 63).

soll in unser Viertel gelockt werden, z. B. ‚Neue Medien‘ Betriebe, Mikroelektronik; kurz ‚High-Tech‘-Betriebe, in denen wenige Menschen beschäftigt werden, aber viel Kapital steckt. Es werden dort keine normalen Arbeiter mehr benötigt,

59 Vgl. A. Mahn, Propeller des Fortschritts. Die Zeises in Hamburg-Altona, Hamburg 2008.

60 J. Glüsing, Es fehlen nur noch Parkplätze, in: Hamburger Abendblatt Journal, 06.10.1987, S. 11.

61 Ebd.

62 Vgl. D. Meyhöfer, Eisen und Stein. Medienhaus Altona/Restaurant Eisenstein, in: *Hamburgische Architektenkammer* (Hrsg.), Architektur in Hamburg. Jahrbuch '89, Hamburg 1989.

63 Vgl. R. Gralla, Herr E. und die Paradiesvögel der Postmoderne, in: Hamburger Abendblatt Journal, 23.07.1988, S. 6.

sondern ‚Young Urban Professionals‘ (kurz: Yuppies). Andere, hier alteingesessene Menschen werden vertrieben. Dieser Vorgang nennt sich ‚soziale Entmischung‘, das bedeutet Vertreibung der Ausländer, Alten, Arbeitslosen und all derer, die der Standortpolitik im Wege stehen. Sie werden funktions- und erwerbslos, verarmen und werden in die Sozialbausilos am Stadtrand abgedrängt.“⁶⁴ Nicht mehr nur Arbeitslosigkeit und Verarmung, sondern auch Arbeitsplätze für Hochqualifizierte und steigende Einkommen prägten jetzt den Stadtteil Ottensen. Gerade diese soziale Polarisierung bestimmte den Charakter der Gründerzeitviertel seit den späten 1980ern.

Spaltung der Stadtgesellschaft

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich für die Großsiedlungen nicht ausmachen. Hier blieb allein der wirtschaftliche Niedergang bestimmend. Angesichts dessen verschlechterte sich deren öffentliches Image auch in den 1990er Jahren weiter. Immer häufiger galten sie als abschreckendes Beispiel, unter anderem in der Debatte über den Stadtteil Neuallermöhe-West, der im Hamburger Bezirk Bergedorf seit 1994 errichtet wurde. Im Jahr 1997 kommentierte das *Hamburger Abendblatt*: „Steilshoop, Neuwiedenthal, Osdorfer Born, Mümmelmannsberg – muß diese Liste um den Namen Neuallermöhe-West verlängert werden? Die Namen der vier erst genannten Großsiedlungen markieren eine verfehlte Hamburger Städtebaupolitik vergangener Jahrzehnte, die Gettos geschaffen hat, wo günstiger Wohnraum entstehen sollte.“⁶⁵ Auch vor dem Hintergrund dieser Kontroverse legte der sozialdemokratisch geführte Senat im Jahr 1998 ein „Gesamtprogramm zur sozialen Stadtteilentwicklung“⁶⁶ vor. Im Zentrum dieses Programms stünden, so der Senat, Stadtteile, die durch große wirtschaftliche, soziale und städtebauliche Schwierigkeiten geprägt seien. Dies gelte für die Großsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre ebenso wie für die Altbauviertel der inneren Stadt: „Die Ursachen dieser bedrohlichen ‚Spaltung der Stadtgesellschaft‘ sind bekannt. Wirtschaftliche Strukturveränderungen mit Verlusten insbesondere an gewerblichen Arbeitsplätzen, eine sich fortsetzend öffnende Einkommensschere, wirtschaftliche Unsicherheit bis in die Mittelschichten, Zuwanderungsbewegungen vor allem in die ärmeren Stadtviertel und ein im unteren Preisniveau noch immer angespannter Wohnungsmarkt haben – wie in vielen anderen Großstädten auch – zu einer Konzentration von Armut

64 *Archiv der Sozialen Bewegungen*, Oh Protest jetzt in Ottensen, Hamburg 1988.

65 K. Stemmler, Wachsender Frust, in: *Hamburger Abendblatt*, 15.07.1997, S. 2.

66 *Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft*, Soziale Stadtteilentwicklung, Drucksache 16/1360, Hamburg 1998, S. 1.

in bestimmten Stadtteilen geführt.“⁶⁷ Und weiter: „Die Stadt kann den Strukturwandel, der sich im Zeichen der Globalisierung noch beschleunigt, nur wenig beeinflussen.“⁶⁸ Als entscheidend für die schwierige soziale Lage einzelner Stadtteile erkannte der Senat übergeordnete gesellschaftliche Umbrüche. Besonders die Verlagerung der Industrieproduktion in Niedriglohnländer hatte tiefe Spuren hinterlassen. Trotz aller sonstigen Unterschiede galt dies für Großsiedlungen und Gründerzeitviertel gleichermaßen.

Zwei Jahre später legte die Convent Planung und Beratung GmbH für die Großsiedlung Osdorfer Born eine ausführliche Studie vor. Unter dem Titel „Quartiersentwicklungskonzept Osdorfer Born 2000“⁶⁹ machte sie eine Reihe sich überlagernder Problemlagen aus. Langjährige Arbeitslosigkeit habe zum sozialen Abstieg vieler Bewohner geführt. Verstärkt werde dies dadurch, dass der Zusammenhalt der Familien nachlasse. Mit der Zahl der Alleinerziehenden nehme auch die Armut zu. Im Jahr 1998 seien von 12.800 Bewohnern 20,6 Prozent auf Sozialhilfe angewiesen, mehr als doppelt so viele wie im Hamburger Durchschnitt.⁷⁰ Zu dieser „räumlichen Konzentration von Armut“ trügen auch „selektive Migrationsprozesse“ bei. Während junge deutsche Familien den Stadtteil verließen, zögen Asylbewerber und Aussiedler aus Containersiedlungen und Wohnschiffen in die freigewordenen Wohnungen. Angesichts dessen sei der Ausländeranteil auf 19,6 und jener der Aussiedler auf 15 Prozent gestiegen.⁷¹ Darüber hinaus sei der Alltag in der Großsiedlung durch bauliche Mängel, fehlende soziale Einrichtungen und das „allgemeine Negativ-Image“⁷² geprägt. Reißerische Presseberichte über Kriminalität und Verwahrlosung hätten dazu geführt, dass sich die Situation weiter verschlechtere, insbesondere für Jugendliche, die nach Ausbildungsplätzen suchten.

Auch in den 2000er Jahren blieben Arbeitslosigkeit und Verarmung bestimmend.⁷³ Im Jahr 2007 lag der Anteil der Hartz-IV-Empfänger im Osdorfer Born bei 31 Prozent.⁷⁴ Diese anhaltende Krise der Großsiedlungen bildete den Hintergrund, vor dem der deutschsprachige Gangsta-Rap zu einer der prägenden Subkul-

67 Ebda., S. 2.

68 Ebda., S. 2.

69 *Convent*, Quartiersentwicklungskonzept Osdorfer Born 2000. Vorläufiger Entwurf, Hamburg 2000.

70 Ebda., S. 17.

71 Ebda., S. 17.

72 Ebda., S. 55 f.

73 Vgl. G. Kähler, Multiple soziale Problemlagen. Fünfzig Jahre Osdorfer Born, in: *Hamburgische Architektenkammer* (Hrsg.), Jahrbuch 2017/18, Hamburg 2017.

74 *Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein*, Hamburger Stadtteil-Profile 2007, Hamburg 2007, S. 241.

turen der Gegenwart aufstieg.⁷⁵ In ihm verbanden sich erfahrene Diskriminierung, journalistische Überzeichnung und US-amerikanisches Vorbild. In zahlreichen Musikvideos inszenierten sich Jugendliche als Gangster. Neben teuren Autos, nackten Frauen, Kapuzenpullovern und Goldketten spielten darin Großsiedlungen eine zentrale Rolle, unter anderem in einer *Spiegel-TV-Reportage*, die im Jahr 2008 die Doppel-H-Gang um den Gangsta-Rapper Bacapon portraitierte (Abb. 6)⁷⁶



Abb. 6: Einzelbild aus Spiegel TV-Reportage, 2008.

Quelle: „Doppel H für Hamburg. Eine Gang will nach oben“ (s. A 76).

Vor den Hochhäusern einer Hamburger Großsiedlung stehend machte Bacapon deutlich: „Wir sind die Stimme der Gosse. Wir sind die Stimme der Straßen, der Unterschicht, der Ausländer und auch der Deutschen, die hier in der Umgebung leben. Wir sind das andere Gesicht von dieser wunderschönen Stadt, das über Jahre vergessen wurde.“⁷⁷

Demgegenüber waren die innenstadtnahen Altbauviertel in den 1990er und 2000er Jahren immer weniger durch die sozialen Folgen der Deindustrialisierung geprägt. Stattdessen traten die neuen Dienstleistungsbranchen in den Vordergrund. Zunehmend gewannen die Gründerzeitviertel als Unternehmensstandorte und als Wohnviertel an Attraktivität.⁷⁸ Hier, so die weitverbreitete Vorstellung, zeige sich die Zukunft der Arbeitswelt. Sowohl für den Hype um die New Economy als auch für die Debatte über Richard Floridas Konzept der „Creative Class“⁷⁹ waren die Gründerzeitviertel ein maßgeblicher Bezugspunkt. Seinen Ausdruck fand dies

75 Vgl. M. Seeliger, *Deutscher Gangstarap. Zwischen Affirmation und Empowerment*, Berlin 2013.

76 „Doppel H für Hamburg. Eine Gang will nach oben“ (Regie: A. Ringling) in: *Spiegel-TV-Reportage*, 18.02.2008, TC 1:57.

77 Ebda., TC 1:50-2:10.

78 Vgl. I. Breckner, *Urban Poverty and Gentrification. Am Comparative View on Different Areas in Hamburg*, in: H.-C. Petersen (Hrsg.), *Spaces of the Poor. Perspectives of Cultural Sciences on Urban Slum Areas and Their Inhabitants*, Bielefeld 2013; D. Meyhöfer, *Werkstatt oder Verlagsmaschine? Medienbauten*, in: *Architekten- und Ingenieur-Verein Hamburg* (Hrsg.), *Hamburg und seine Bauten. 1985-2000*, Hamburg 1999.

79 R. L. Florida, *The Rise of the Creative Class and How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life*, New York 2004.

nicht zuletzt in der Studie „Kreative Milieus und offene Räume“⁸⁰ die das Architekturbüro Studio UC / Klaus Overmeyer im Jahr 2010 im Auftrag der Baubehörde veröffentlichte. Auf einer Karte waren die verschiedenen Stadtteile verzeichnet, die für die „Kultur- und Kreativwirtschaft“⁸¹ von Bedeutung waren.⁸² Ausgehend von den großen Medienkonzernen der City erstreckten sich die „Wertschöpfungsketten“⁸³ bis in die innenstadtnahen Altbauviertel hinein. Mehrfarbige konzentrische Kreise hoben die verschiedenen „kreativen Milieus“ hervor, in denen Künstler, Wissenschaftler und Medienschaffende an neuen Ideen arbeiteten. Eines dieser „kreativen Milieus“ befand sich in dem einstigen Arbeiterviertel Ottensen.

Fazit

Von den 1950er bis in die 2000er Jahre waren Gründerzeitviertel und Großsiedlungen auf vielfältige Weise miteinander verflochten, durch Entwürfe von Architekten, durch freiwillige und erzwungene Umzüge von Bewohnern sowie durch öffentliche Debattenbeiträge von Journalisten und Politikern. Gleichzeitig lässt sich bei den Sicht- und Handlungsweisen dieser Akteure ein grundlegender Umbruch ausmachen. Rückblickend erweisen sich die 1970er und 1980er Jahre als entscheidend. Während sich die innerstädtischen Altbaugebiete von Überbleibseln der Vergangenheit in Vorgriffe auf die Zukunft verwandelten, vollzog sich bei den Großsiedlungen die genau entgegengesetzte Veränderung. Vier Entwicklungsstränge waren dabei besonders bedeutsam:

- ▷ Erstens die Folgen der Deindustrialisierung: Sowohl in den Gründerzeitvierteln als auch in den Großsiedlungen bestimmten nach dem Ende des Booms Arbeitslosigkeit und Verarmung den Alltag vieler Bewohner. Aber in der Folge profitierten allein die Altbaugebiete von dem Aufstieg neuer Dienstleistungsbranchen. Nur diese waren für Medienschaffende und Kreative als Wohn- und Arbeitsorte attraktiv. Maßgeblich war, dass die erneute Entgrenzung von Arbeit und Leben in dem althergebrachten Nebeneinander von Wohngebäuden und Hinterhoffabriken ihre räumliche Entsprechung fand. Für die auf die Funktion des Wohnens beschränkten Großsiedlungen galt dies gerade nicht.

80 *Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg*, Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg, Hamburg 2010.

81 *Ebda.*, S. 24.

82 *Ebda.*, S. 38-41.

83 *Ebda.*, S. 70.

- ▷ Zweitens die von der Mehrheitsgesellschaft geführte Debatte über „Gettos“: Die abwertenden Zuschreibungen von Journalisten und Politikern zielten auf Wohngebiete, die durch einen hohen Anteil von Arbeitsmigranten geprägt waren. Da diese in starkem Maße von den Entlassungswellen der Industrie betroffen waren, spielten auch hier die sozialen Folgen der Deindustrialisierung eine wichtige Rolle. Zunächst richtete sich die Diskussion allein auf die innerstädtischen Altbaugebiete. Doch allmählich rückten die Großsiedlungen in den Vordergrund. Diese Verschiebung weist darauf hin, dass für die öffentliche Wahrnehmung als „Getto“ die gesellschaftliche Stellung der Bewohner und nicht die architektonische Gestaltung des jeweiligen Stadtteils entscheidend war.
- ▷ Drittens der Einfluss der neuen sozialen Bewegungen: Weil sich deren Kritik an der Industriegesellschaft mit der Ablehnung der Nachkriegsmoderne verband, wirkte sie sich auf die beiden städtischen Räume in entgegengesetzter Weise aus. Bei den Großsiedlungen trug dies zur Abwanderung der Mittelschichten bei, indem sie den schlechten Ruf verfestigten. Bei den Gründerzeitvierteln bereiteten die neuen sozialen Bewegungen der späteren wirtschaftlichen Aufwertung den Boden, indem sie andere Gebäudenutzungen vorwegnahmen und die Viertel mit einem neuen Image aufluden. Deswegen folgten auf Alternative und Hausbesetzer vielfach Medienschaffende und Kreative.
- ▷ Viertens die Abkehr vom modernen Städtebau: Bis in die frühen 1970er hinein hielt die Mehrheit der Architekten Funktionstrennung, Hochhausbauten und Betonplatten für zeitgemäß. Doch die nachfolgende Generation lehnte diese Prinzipien ausdrücklich ab. Stattdessen trat sie für die Mischung von Arbeit und Leben, Kleinteiligkeit sowie Denkmalschutz ein. Der optimistische Fortschrittsglaube der Nachkriegsmoderne galt ihr nun als Inbegriff einer grauen und eintönigen Vergangenheit. Bis heute wirkt diese Einschätzung fort, trotz der vorsichtigen Neubewertung der Großsiedlungen, die in den letzten Jahren unter dem Eindruck der wachsenden Wohnungsnot eingesetzt hat.

Von vertanen Chancen (nicht nur) in Steilshoop

Leitbilder, Rahmenbedingungen und Wandlungsprozesse von Großwohnsiedlungen in Hamburg

Die lange Zeit von den Medien diskreditierten Großwohnsiedlungen stehen wieder im Mittelpunkt einer wohnungsbaupolitischen Diskussion. Vor dem Hintergrund der „Neuen Wohnungsnot“ in prosperierenden Städten bieten Großwohnsiedlungen Optionen, in größerem Umfang Wohnungsneubau zu realisieren und Nachbesserungen an bestehenden Großwohnsiedlungen werden breit diskutiert. In der neueren Planungs- und Wohnungsbauforschung werden „Große Siedlungen in kleinen Städten“ mit ihren Problemen und Perspektiven sowie Großsiedlungen als Beispiele spätmodernen Städtebaus untersucht.¹ In Berlin wurde ein Kompetenzzentrum Großwohnsiedlungen e. V. eingerichtet, das anhand von Studien zur Geschichte sowie aktueller Beispiele Prinzipien für den Bau neuer Siedlungen eruiert.² Es werden in vielen Großwohnsiedlungen 50-jährige oder 60-jährige Jubiläen gefeiert, und Bewohnerinnen und Bewohner berichten von planerischer Fremdbestimmung und von Versuchen der Aneignung ihrer Wohnquartiere.³ Die inzwischen „klassischen“ Studien⁴ des letzten Jahrhunderts zu Großwohnsiedlungen werden in neueren Arbeiten vernetzt mit Partizipationsoptionen für Bewohner,⁵ und auch Stadtsoziologie

- 1 *Wüstenrot Stiftung* (Hrsg.)/ *C. Baumgärtner/ J. Jessen/ I. Willnauer*, Große Siedlungen in kleinen Städten. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven. Ludwigsburg 2018; *J. Jessen/ I. Willnauer*, Kleine Städte mit großen Siedlungen. Probleme und Herausforderung, in: *Forum Stadt* 46, S. 229-248; *J. P. Braun*, Großsiedlungsbau im geteilten Berlin. Das Märkische Viertel und Marzahn als Beispiele des spätmodernen Städtebaus, Berlin 2019.
- 2 *Kompetenzzentrum Großsiedlungen e. V.*, Prinzipien für den Bau neuer Wohnsiedlungen, Berlin 1917; *B. Hunger*, Weiterentwicklung großer Wohnsiedlungen. Großes Zukunftspotential, trotz erheblicher Investitionsbedarfe, in: *Die Wohnungswirtschaft* 8 (2015), S. 8-11.
- 3 Vgl. das Heft 203/2011 der Zeitschrift *ARCH+* mit dem Schwerpunkt Umgang mit Großwohnsiedlungen, S. *Kraft*, Die Großsiedlungen – ein gescheitertes Erbe der Moderne?, S. 48-53.
- 4 Als Beispiele: *K. Zapf/ K. Heil/ J. Rudolph*, Stadt am Stadtrand. Eine vergleichende Untersuchung in vier Münchner Neubausiedlungen, Frankfurt a. M. 1969; *H. Becker/ K. D. Keim* (Hrsg.), Gropiusstadt: Soziale Verhältnisse am Stadtrand, Stuttgart 1977.
- 5 Vgl. z. B. *K. A. Pahl/ I. Reuther/ J. Tietz* (Hrsg.), Potenzial Großsiedlung: Zukunftsbilder für die Neue Vahr, Berlin 2019; *C. Kaufmann/ M. Peterek* (Hrsg.), Der Frankfurter Riedberg. Stadtentwicklung für das 21. Jahrhundert, Berlin 2018.

und moderne Stadtgeschichtsforschung nutzen sie für Forschungen zum sozialen Wandel mit transnationalen Perspektiven.⁶ Größere Wohnungsbauvorhaben bieten sich für derartige Untersuchungen an, da sich Aufmerksamkeitszyklen und der Wandel der zeitgebundenen städtebaulichen Leitbilder und wohnungspolitischen Rahmenbedingungen exemplarisch dokumentieren lassen.

In der einschlägigen Literatur werden Großwohnsiedlungen zunächst über die Anzahl der Wohneinheiten, in der Regel mindestens 1.000, oft auch 2.000 Wohneinheiten definiert.⁷ Dabei handelt es sich um räumlich abgegrenzte, nach einem einheitlichen Konzept geplante Siedlungen („aus einem Guss“), vielfach von wenigen Bauträgern errichtet, mit dominanter Wohnnutzung, hohen Anteilen von sozialem Wohnungsbau, meist peripherer Belegenheit und mit baulich-städtebaulich charakteristischer Prägung („Stempel“), die sie von ihrer Umgebung abheben und unterscheidbar machen.⁸ Vorwiegend wurden die Siedlungen von kommunalen, staatlichen, genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbauträgern errichtet. Planer suchten jeweils positiv konnotierte Begrifflichkeiten für ihre Vorhaben zu finden, die Distinktionsmerkmale begründen sollten. Bei der baulichen Umsetzung wurden für städtebaulich unterschiedliche Konzepte gleiche Begrifflichkeiten verwandt, wie vice versa für ähnliche oder gleiche Konzepte verschiedene Termini benutzt wurden. So war von Trabantenstadt bzw. -siedlung, Entlastungsstadt, Satellitenstadt, Groß(wohn)siedlung, Großwohnanlage, Neubausiedlung, großem Neubaugebiet, Neuer Stadt und Garten(vor)-stadt oder bereits negativ konnotiert von Schlafstadt und Retortenstadt die Rede.

Rahmenbedingungen und Akteure

Am Bau von Großwohnsiedlungen war und ist ein breites, arbeitsteiliges Spektrum von Akteuren beteiligt. Innerhalb dieser Akteurskonstellation (Kommunalpolitik, Planungsämter, Bauherren, Bauträger, Bauunternehmer, Kreditinstitute, Architekten etc.) verschoben sich sowohl der Einfluss der diversen Beteiligten wie

6 Vgl. S. Haumann / G. Wagner-Kyra (Hrsg.), Themenschwerpunkt Westeuropäische Großsiedlungen, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 1 (2013).

7 So gab es in Hamburg 1997 über 110 Großwohnsiedlungen mit mehr als 500 WE und einem Gesamtbestand von ca. 200.000 Wohneinheiten. Vgl. D. Schubert, Leitbilder oder Leidbilder? Sozialer Wohnungsbau und Großwohnsiedlungen in Hamburg, in: V. Roscher / V. Stamm, Wohnen in der Stadt – Wohnen in Hamburg, Leitbild-Stand-Tendenzen, Hamburg 1997, S. 30-44, hier S. 31; B. Breuer, Großwohnsiedlungen: Interventionsfeld staatlicher Städtebaupolitik – Innovationsfeld räumlicher Planung?, in: Informationen zur Raumentwicklung 3 (2015), S. 201-217, hier S. 201.

8 Derartige Wohnsiedlungen gab es auch bereits in den 1920er Jahren, allerdings mit jeweils weniger Wohneinheiten. Vgl. U. Herlyn / A. von Saldern / Wulf Tessin (Hrsg.), Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre, Ein historisch-soziologischer Vergleich, Frankfurt / New York 1987.

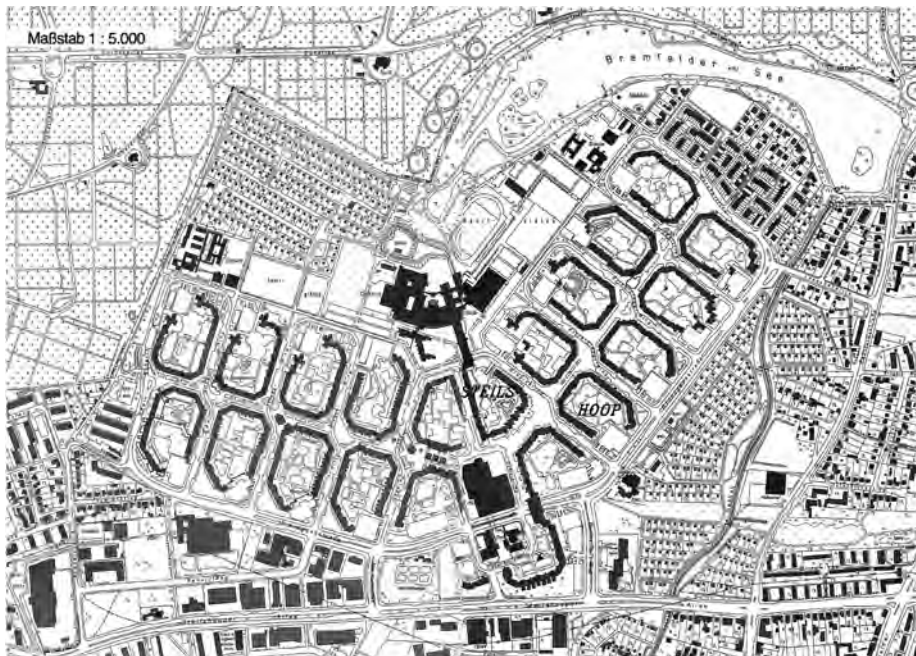


Abb. 1: Lageplan Steilshoop, 1985.

Quelle: Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 01.074.

auch die Leitbilder und Vorstellungen von den neu zu gestaltenden Quartieren. Vorwiegend wurden in den meisten Großwohnsiedlungen Sozialwohnungen von Trägern errichtet, die der Wohnungsgemeinnützigkeit verpflichtet waren. „Ohne die ‚Gemeinnützigen‘ geht es nicht“, wurde von der Stadt Hamburg noch 1981, wenige Jahre vor Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit unterstrichen.⁹ Damit waren Bindungen und Beschränkungen der Geschäftstätigkeit verbunden.¹⁰ Bauträger durften für ihre wohnungswirtschaftlichen Leistungen keinen höheren Preis beanspruchen als den, der zur Deckung der Kosten bzw. laufenden Aufwendungen notwendig war (Kostenmietenprinzip). Die Mitglieder einer gemeinnützigen Genossenschaft oder die Eigentümer bzw. Gesellschafter eines gemeinnützigen

⁹ Baubehörde Hamburg, *Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen*, Die Wohnung in der Stadt im Wandel der Zeit. Ratgeber für Mieter, Hamburg 1981, S. 64. Vgl. auch D. Schubert, Wohnungen, Wohnungen und nochmals Wohnungen... Die Neue Heimat – ein Wohnungsbaukonzern zwischen Reformambitionen und wohnungswirtschaftlichen Zwängen, in: U. Schwarz (Hrsg.), Die Neue Heimat. Das Gesicht der Bundesrepublik. Bauten und Projekte 1947-1985, Hamburg 2019, S. 54-437.

¹⁰ W. Nowak, Das „Gemeinnützige Unternehmen“ als Instrument der Wohnungspolitik, Berlin 1973, S. 26.

Wohnungsunternehmens konnten jährlich eine Gewinnbeteiligung von höchstens 4 % auf ihre eingezahlten Kapitaleinlagen erhalten. Überschüsse, die nicht ausbezahlt wurden, mussten wieder zur Erfüllung der gesetzlichen Unternehmensaufgaben reinvestiert werden. Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen unterlagen damit bestimmten Verhaltens-, Vermögens- und Zweckbindungen: Beschränkung bei der Auszahlung von Gewinnen, Abstellung auf Bedürftige, Bauverpflichtung und Zweckbindung der Mittel.¹¹ Als Ausgleich für diese Verpflichtungen der sozialorientierten Wohnungsversorgung wurden die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen von der Körperschafts-, Gewerbe- und Vermögensteuer befreit. Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen unterlagen im Hinblick auf die Einhaltung der gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorschriften einer Prüfungspflicht.¹² Diese Regelungen wurden durch weitere Bestimmungen zum sozialen Wohnungsbau „ergänzt“. Hier waren mit dem 1. und 2. Wohnungsbaugesetz sowie der II. Berechnungsverordnung Regelungen wie Mietpreisbindung an das Kostenmietprinzip und Belegungsbindung mittels Einkommensüberprüfung festgeschrieben worden. Mit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit 1990¹³ ergaben sich – bis heute nachwirkende – Verwerfungen im sozialen Wohnungsbau, beispielsweise durch Verkäufe an private Investoren, die sich vor allem in Großsiedlungen manifestierten.

Planung Steilshoop – „Die Großtat fällt aus“¹⁴

Die Hamburger Neubausiedlung Steilshoop gehört zu den am meisten untersuchten Großwohnsiedlungen in der Bundesrepublik¹⁵ und kann der 3. Generation derartiger Quartiere zugerechnet werden, die nach dem Zweiten Weltkrieg etwa im

- 11 H. W. Jenkis, Ursprung und Entwicklung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft. Eine wirtschaftliche und sozialgeschichtliche Darstellung, Bonn 1973, S. 13.
- 12 Vgl. H. W. Jenkis, Größe und Größenstruktur gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, Bonn 1970, S. 169.
- 13 Letztlich sollte trug auch der Skandal um das größte Gemeinnützige Wohnungsunternehmen – die Neue Heimat – zur Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit 1990 beitragen. Vgl. P. Kramper, Neue Heimat. Unternehmenspolitik und Unternehmensentwicklung im gewerkschaftlichen Wohnungs- und Städtebau 1950-1982, Stuttgart 2008; P. Kramper, Das Ende der Gemeinwirtschaft. Krisen und Skandale gewerkschaftseigener Unternehmen in den 1980er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 111-138.
- 14 So titelte G. Schiefeler, Die Großtat fällt aus. Wie Hamburg in Steilshoop eine Chance vertut, in: Die Zeit 51 (1968).
- 15 Steilshoop war bereits in der ersten Studie des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Bonn 1982) zu sozialen Problemen in ausgewählten Neubaugebieten verschiedener Städte der Bundesrepublik Deutschland vertreten. Der Bericht stützte sich unterkomplex nur auf Fotomaterial und Beobachtungen ohne jegliche statistische Auswertung und Analyse.

Jahrzehnt zwischen 1966 und 1977 in Hamburg gebaut wurden. Waren zwischen 1956 und 1966 in Hamburg 20 Großwohnsiedlungen mit fast 50.000 Wohnungen gebaut worden, waren es zwischen 1966 und 1977 „nur“ zehn mit ca. 30.000 Wohneinheiten, aber die Größe der Wohnsiedlungen wuchs. So sollten in Mümmelelmannsberg 7.243, am Osdorfer Born 4.600, in Bergedorf-West 2.614, in Kirchdorf-Süd 2.268 und in Steilshoop 6.361 Wohnungen entstehen.¹⁶ An deren Planung wurden renommierte internationale Architekten und Planer beteiligt, um das welt-offene Flair Hamburgs zu dokumentieren. Hamburg hatte – als 1969 die Grundsteinlegung in Steilshoop erfolgte – 1,82 Mio. Einwohner, verlor aber im folgenden Jahrzehnt über 100.000. Zwar gab es noch viele Bewohner in Behelfsquartieren und die Flutkatastrophe von 1962 hatte zu Engpässen bei der Wohnraumversorgung geführt, aber die verstärkte Abwanderung in den „Speckgürtel“ war nicht zu übersehen. Vor diesem Hintergrund ging die Planung von falschen Wachstumsvo-raussetzungen aus.

Mit der Regierungsübernahme von Willy Brandt 1969 und dem Slogan „Mehr Demokratie wagen“ war eine Reihe von Reformen eingeleitet worden. Im Bereich des Städtebaus bedeutete dies eine Abkehr von den Leitbildern der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ und der „organischen Stadtplanung“ mit relativ niedrigen Dichten hin zu der Zunahme von Wohneinheiten pro Siedlung und dem Anstieg der Fertigteilebauweise.¹⁷ Eingebettet waren diese Konzepte in Wachstum-sorientierung, Vorstellungen von Rationalität und Effektivität, Planbarkeit und Planungseuphorie.¹⁸ Der Auszug aus einer Altbauwohnung ohne Zentralheizung und Warmwasser in eine Neubauwohnung in einer modernen Großwohnsiedlung wurde im Rahmen der „Wohnkarriere“ als sozialer Aufstieg gewertet.

Steilshoop liegt am nördlichen Rand der inneren Stadt in einer Entfernung von ca. 8 km Luftlinie zum Rathausmarkt. Die ersten Planungen zur Bebauung des Ge-ländes wurden schon Ende der 1950er Jahre angestellt. Das Eigentum an Grund und Boden in Steilshoop war damals etwa zur Hälfte in Händen eines privaten Eigen-tümers und je zu einem Viertel in Händen einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft und der Stadt. In einem Bodenordnungsverfahren waren in den Jahren 1959-1961 Vereinbarungen getroffen worden, die eine einheitliche Gesamtbebauung

16 D. Schubert (s. A. 7), S. 34.

17 D. Schubert, Hamburger Wohnquartiere. Ein Stadtführer durch 65 Siedlungen, Berlin 2005, S. 254; Zur Einbettung in die Hamburger Nachkriegsgeschichte vgl. S. Necker, Hässlich aber innovativ? Architektur und soziale Wirklichkeit der Großsiedlung Steilshoop, in: *Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)* (Hrsg.), 19 Tage in Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen der Stadt-geschichte seit den fünfziger Jahren, Hamburg 2012, S. 161-173.

18 T. Harlander, Die „Modernität“ der Boomjahre. Flächensanierung und Großsiedlungsbau, in: ARCH+ 203 (2011), S. 14-24.

ermöglichten. Die Stadt konnte damit über die Flächen verfügen und das Bauland an die Träger des Wohnungsbaus vergeben. Es lagen etwa 100 Bewerbungen von Bau-trägern vor, jeweils zwischen 100-500 Wohnungen bauen zu wollen.¹⁹ Die Grundstücke wurden nach Grundstückskostenrichtsatz mit 24,35 DM/qm bewertet und veräußert. 1961 fand ein städtebaulicher Wettbewerb statt, den die Hamburger Architekten Hans-Peter Burmester und Gerhard Ostermann gewannen. Ein Kritiker unterschied bei den Entwürfen drei „Formal-Spielarten: die systematische Unordnung, das Zeilenbau-Exerzierreglement und die ‚neckischen‘ Spiele mit der ‚freien‘ oder auch ‚organischen Ordnung.“²⁰ Der Siegerentwurf sah noch das Übliche vor: Brav und bieder, eine Bebauung in Zeilen und einzelne Hochhäuser in aufgelockelter Bauweise. Als mit Erfahrungswerten „abgesichert“ galt das Ordnungsprinzip der Planung, für ca. 6.000 Einwohner jeweils eine Volksschule vorzusehen.²¹

Schon Anfang der 1960er Jahre wurde jedoch Kritik an diesem Konzept laut. Die Diskussion um „Urbanität durch Dichte“ sollte nachfolgend die weitere Planung Steilshoops maßgeblich beeinflussen. Eine Arbeitsgemeinschaft aus Preisträgern und Teilnehmern des Wettbewerbes (federführend das Büro Georges Candilis, Alexis Josic, Shadradi Woods) legte 1965 einen Entwurf vor, bei dem die Raumbildung durch die Gebäude im Vordergrund stand sowie eine Rückbesinnung auf eine Planung mit Höfen wie in der Fritz-Schumacher-Ära der 1920er Jahre.²² Obwohl der Entwurf von Candilis, Josic und Woods nicht den Wettbewerbsbedingungen entsprach, wurde er wegen seiner ausgefallenen Qualitäten angekauft. Zweimal acht gleiche und vier variierte Wohnblöcke sollten östlich und westlich des Zentrums in Form eines abgeflachten Vs als einprägsame Großform angeordnet werden.²³ Analogien zum Plan von Lucio Costa für die Hauptstadt Brasilia wurden herangezogen. Der daraus entwickelte Bebauungsplan „Steilshoop 5“ bildete die Grundlage für die weitere Detailplanung.

19 *Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau*, Gesamtdokumentation Hamburg Steilshoop, Bd. 2, Städtebauliche Planung, Druckschrift des Ministeriums 01.069, Bearbeitung Arthur Dähn, Bonn 1976, S. 51. Nur drei gemeinnützige Wohnungsunternehmen sollten höhere Anteile erhalten, dagegen verteilten sich z. B. ca. 1.900 Wohnungen auf fast 50 verschiedene Eigentümer.

20 So der Architekturkritiker *P. Peters*, Wettbewerb Hamburg-Steilshoop, in: *Der Baumeister* 9 (1961), S. 877.

21 Zur Nachbarschaftseinheit und Siedlungszelle als Planungskonzept vgl. *D. Schubert*, Transatlantic Crossing of Planning Ideas: the Neighborhood Unit in the USA, UK and Germany, in: *Jeffry M. Dieffendorf/ Janet Ward* (Eds.), *Transnationalism and the German City*, New York 2014, S. 142-158.

22 George Candilis hatte u. a. mit Le Corbusier zusammengearbeitet und in Frankreich Trabantenstädte wie Toulouse le Mirail geplant. Im Urteil des Preisgerichts hieß es zu dem Entwurf: „[...] das Projekt ergibt durch seine Eigenwilligkeit einen geistvollen Beitrag für die Bewältigung ähnlicher Aufgaben einer Weltstadt“. Zit. nach *P. Peters* (s. A 20), S. 888.

23 *G. Kähler*, Starke Figur. Steilshoop wird fünfzig Jahre alt, in: *Architektur in Hamburg*, in: *Hamburgische Architektenkammer, Jahrbuch 2019/20*, Hamburg 2019, S. 182-193.

Bereits 1968 wurde der Bebauungsentwurf von der Baubehörde erneut überarbeitet, da das parallel entworfene „Entwicklungsmodell für Hamburg und sein Umland“ (1969) hohe Einwohnerdichten im Bereich von U- und Schnellbahnstationen vorsah – und eine solche Anbindung war für Steilshoop geplant gewesen.²⁴ Das ambitionierte schnellbahnbezogene Konzept sah gezielt den Bau von kompakten Großwohnsiedlungen um Haltestellen entlang der Achsen vor. Aber nicht planerische Konzepte, sondern Bodenvorratspolitik, Grundbesitz und Interessen der kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sollten zu „Sachzwängen“ – und letztlich nicht plankonformen – Ausweisungen führen.²⁵ Sowohl die geforderte höhere Dichte in der Urbanitätsdebatte, als auch die Forderung nach größerer Wirtschaftlichkeit, insbesondere bei den Infrastrukturkosten pro Wohnung, erforderte eine erhebliche Verdichtung. Statt ursprünglich 18.000 sollten nun 24.000 Menschen untergebracht werden. Dieser Zuwachs entsprach der angenommenen Bevölkerung für eine weitere Grundschuleinheit. Vor allem der Zugangsbereich um die geplante U-Bahnstation – dem intendierten Zentrum Steilshoops – wurde kompakter und höher gestaltet (von 6 auf 8-10 Geschosse), zwei zusätzliche Wohnblöcke mit 10-13 Geschossen kamen hinzu. Vor allem die höheren Gebäude an der Hauptzufahrt von der Steilshooper Allee, der sogenannte „Beton-Lindwurm“ entlang der Gründgensstraße, verstärkten den festungsartigen und abweisenden Eindruck. Anstelle von niedrigen Ladenpavillons sollte nun ein großes Geschäftszentrum mit Tiefgarage entstehen. 1969 wurde der Bebauungsplan festgestellt und unmittelbar darauf erfolgte die Grundsteinlegung für den Wohnungsbau. Neun Monate später, bereits im Jahr 1970, zogen die ersten Haushalte ein.

„Stadt der Zukunft“ – Bau und Realisierung

In der Zeit von 1969 bis 1975 wurde die Siedlung auf einem Gelände errichtet, das zuvor durch Kleingärten und Behelfsheime mit ca. 8.000 Bewohner genutzt worden war. Den Behelfsheimbewohnern sollten Neubauwohnungen in der Siedlung zur Verfügung gestellt werden, die betroffenen Kleingärtner erhielten teilweise

24 Das „Entwicklungsmodell“ lag wiederum dem Flächennutzungsplan 1973 zugrunde: Achsenkonzeption, System zentraler Orte, Verkehrsnetz und Wohndichtevertelung. Vgl. *M. Bose*, Wirkungsanalyse eines stadregionalen Siedlungsstrukturkonzeptes und Ansätze für eine Neuorientierung. Das Entwicklungsmodell für Hamburg und sein Umland, Hamburg 1994 (Diss. TU Hamburg-Hamburg), S. 180 ff.

25 „Ein großes gemeinnütziges Wohnungsunternehmen hatte eine Reihe von Flächen erworben, die nach dem Aufbauplan 1960 – dem damals geltenden Flächennutzungsplan – als Wohnbauflächen ausgewiesen waren, ohne daß qualifizierte Bebauungspläne bestanden hätten“; *Bundesminister*, Hamburg-Steilshoop, Bd. 2, (wie A 19), S. 20.

Ersatz.²⁶ Die Erschließungsarbeiten begannen bereits vor Verabschiedung des Bebauungsplans.

Das für Steilshoop maßgebende städtebauliche Leitbild „Urbanität durch Dichte“ in Form einer Block- und Hofbebauung lässt sich in der Bebauungsstruktur gut ablesen.²⁷ An der zentralen Fußgängerachse (ca. 1,5 km lang), die vom Zentrum aus mittig durch die Bebauung von Osten und Westen verläuft, sind 20 weitgehend gleichgeformte Ringe aufgereiht.²⁸ Verkehrsmäßig wird die Siedlung durch sechs Ringstraßen – die nur im Schrittempo befahrbar sind – erschlossen, die in eine am südlichen Rand der Siedlung gelegene Wohnsammelstraße münden. Parallel zur Fußgängermitellachse verlaufen durch Torwege und die Blockinnenhöfe zwei Fußwegeverbindungen. An den offenen Blockseiten liegen Parkpaletten.²⁹ Während 5.500 PKW-Stellplätze zur Verfügung stehen, ist die dem gesamten städtebaulichen Konzept Steilshoop zugrunde liegende U-Bahnlinie bis heute nicht gebaut worden.³⁰

Die Freiflächenplanung im Blockinneren hatte gemeinsam von den Bauträgern zu erfolgen. Die begrünten Innenhöfe wurden für unterschiedliche Zielgruppen zoniert und boten Spielgelegenheiten für Kinder sowie Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche und ältere Menschen. Im Bereich der Erdgeschosswohnungen gibt es in vielen Blöcken Mietergärten. Am nördlichen Rand der Siedlung liegen Sportanlagen, zwei Grundschulen und die als Bildungszentrum ausgelegte Gesamtschule. Das Gebiet um den nördlich angrenzenden Bramfelder See eröffnet weitere Spazier- und Wanderwege. Zudem wurden zahlreiche soziale Einrichtungen wie Kindertagesstätten, die sozialen Dienste und Alteneinrichtungen vorgesehen. Eine Besonderheit waren die Spielwohnungen, die in Erdgeschosswohnungen zur Betreuung von Kindern durch ihre Mütter bzw. als Elterntreffpunkte zur Verfügung gestellt werden sollten. Zusätzlich wurden in zahlreichen Blöcken Gemeinschaftsräume für die Mieter mit Saunen, Party- und Tischtennisräumen eingerichtet.

Der Wohnungsschlüssel weist 40 % 1- bis 2-Zimmer-, 32 % 3-Zimmer- und 26 % 3½- und mehr Zimmerwohnungen auf. Der Zuschnitt der Wohnungen ist großzü-

26 A. Dähn, Steilshoop, in: *Architekten- und Ingenieurverein Hamburg e. V.* (Hrsg.), Hamburg und seine Bauten, Hamburg 1984, S. 110.

27 Vgl. U. Flecken, Zur Genese der Nachmoderne im Städtebau. Entwürfe 1960-1975 in Westdeutschland, Berlin 1999, S. 151-160.

28 T. Hafner/B. Wohn/K. Rebolz-Chaves, Steilshoop, Hamburg, BRD, in: Wohn-Siedlungen, Berlin 1998, S. 64-71.

29 Da für die Nutzung der Parkpaletten Gebühre entrichtet werden mussten, wurde Parkraum entlang der Straßen bevorzugt und „zugeparkt“.

30 Dieter Frick, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Steilshoop, dazu 1971: „Die Bahn, selbst ist planerische *conditio sine qua non* für ein großstädtisches Wohngebiet dieser Größenordnung“. D. Frick, Das Wohnquartier Hamburg/Steilshoop, in: *Stadtbauwelt* 51/62 (1967), S. 1220. Auch die Siedlung Osdorfer Born verfügt bis heute über keinen Bahnanschluss.

gig. Eine 3-Zimmerwohnung hat in Steilshoop im Durchschnitt 80 qm Wohnfläche. Als Besonderheit sind 60 Split-Level-Wohnungen und 89 Maisonette-Wohnungen zu erwähnen. Die Kinderzimmer, in der Regel kleiner als 10 qm, wurden allerdings als halbe Zimmer diskreditiert. Die Mieten lagen an der oberen Grenze im sozialen Wohnungsbau. Durch den großzügigen Zuschnitt mussten für eine 3- bis 4-Zimmerwohnung Anfang der 1970er Jahre ca. 980 bis 1.060 DM inkl. Heizung und sonstiger Betriebskosten aufgewendet werden.

Die Eigentümerschaft in Steilshoop setzt sich aus über 50 Anbietern des gesamten Vermieterspektrums zusammen. Fast die Hälfte der Wohnungen entfallen auf die kommunale und zwei weitere (damals gemeinnützige) Wohnungsbaugesellschaften, 22 % auf vier private Gesellschaften und Wohnungsunternehmen, die restlichen 30 % auf 47 Genossenschaften, ehemals gemeinnützige und freie Wohnungsunternehmen und Privatpersonen mit jeweils kleinen Anteilen von 8 bis 150 Wohnungen.

Das Ladenzentrum sollte mit der U-Bahnstation eine integrierte Einheit bilden und eine optimale Versorgung der neuen Wohnsiedlung mit Gütern des täglichen und wöchentlichen Bedarfs gewährleisten. Die Arbeitsgemeinschaft aus der Wohnungsbaugesellschaft Neues Hamburg und einem offenen Immobilienfonds der COOP-Gruppe lieferte 1971 das attraktivste Angebot. Die Wohnungsbaugesellschaft Neues Hamburg unterlag allerdings dem Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht und kam als Betreiber nicht infrage.³¹ Die COOP-Gruppe – Eigentümerin war eine Holding verschiedener Gewerkschaften – erhielt 1972, es wohnten bereits ca. 10.000 Menschen in Steilshoop, eine erste Teilgenehmigung. Als die COOP Ende der 1980er Jahre nach einem der größten Wirtschaftsskandale in der BRD zerschlagen wurde, folgten im Zentrum in Steilshoop Leerstand und Eigentümerwechsel, die nachfolgend das Image von der „Geister-Meile“ und der „Shopping-Schande von Steilshoop“ unterfütterten.

(Noch) Keine Experimente: Wohnmodell Steilshoop

1971 wurde im Bundestag bei der Lesung zum Städtebauförderungsgesetz von Minister Lauritz Lauritzen in Bonn erklärt, dass Städtebaupolitik „als wesentlicher Teil der inneren Reformen“³² gelte. Im gleichen Jahr begannen in Hamburg Bemühungen, „bottom up“ ein Wohnmodell-Projekt des Architekten Rolf Spille und des Vereins „Urbanes Wohnen“ zu realisieren. Spille wollte mit dem „abenteuerli-

31 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (s. A 19), S. 277.

32 Städtebaubericht 1970 der Bundesregierung, Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, Drucksache VI/1497, S. 6.

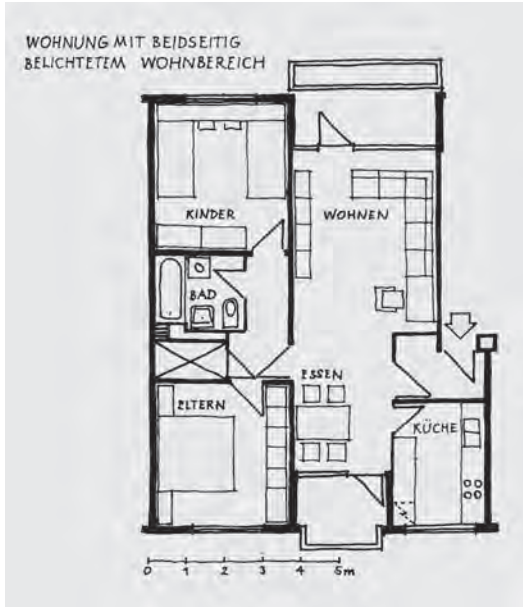


Abb. 2: „Durchwohngrundriss“, 1970.

Quelle: Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 01.069.



Abb. 3: Grundsteinlegung 1972, Block 6;

mit Bundesminister Lauritz Lauritzen, Erstem Bürgermeister Peter Schulz und Architekt Rolf Spille; Quelle: Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 01.072.

chen Modell“ die „Verkrustung des Wohnstumpfsinns“ aufbrechen.³³ Die Initiative wurde vom SPD-Bausenator Cäsar Meister begrüßt, die Reaktion der Wohnungswirtschaft reichte von konsequenter Ablehnung bis zu vorsichtigem Ja. Explizit wurde das Modell als Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft und zur Verwirklichung der Reformen im Rahmen der Städtebau- und Wohnungspolitik gewertet. Da eine zeitnahe Realisierung gewünscht war, wurde der Baublock 6 in Steilshoop gegenüber anderen, erst in der Planung befindlichen Standorten, ausgewählt. Der Verein „Urbanes Wohnen“ strebte eine selbstständige Planung der Wohnungsgrundrisse im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus an, um damit auch den Austausch der zukünftigen Bewohner bereits vor ihrem Einzug anzuregen. Zudem sollten sich dadurch Wohnungsgemeinschaften bilden, eine soziale Durchmischung der Hausbewohner erreicht, Gemeinschaftseinrichtungen über das übliche Maß hinaus realisiert sowie Selbstverwaltung und interfamiliäre Kooperation

³³ U. Schmidt, Auf der Suche nach einem neuen Lebensgefühl, in: Die Zeit, 08.11.1974.

gefördert werden.³⁴ Die überschwängliche Berichterstattung über die Einmaligkeit des Projekts steigerte die hohen Erwartungen.

Zur Realisierung dieser Ideen bildete sich der Verein „Wohnmodell Steilshoop e. V.“, der sich ausschließlich aus den späteren Mietern rekrutierte. Im Block 6 wurde schließlich von 1972-1982 das *Wohnmodell Steilshoop* realisiert und ein partizipatorischer Planungsprozess in Hamburg erstmals initiiert. Zur Grundsteinlegung von Block 6 war im August 1972 Bundeswohnungsbauminister Lauritz Lauritzen angereist und der Erste Bürgermeister Peter Schulz, Bausenator Cäsar Meister und der Architekt Rolf Spille waren anwesend. Die Bewohnerliste wies 200 Personen aus, Menschen aus unterschiedlichen Milieus, davon 70 Heranwachsende und Kinder, 14 Jugendliche unter 21 Jahren sowie 72 familienungebundene Personen unter 30 Jahren. Nach langen Diskussionen verständigten sich der Verein „Wohnmodell Steilshoop e. V.“, die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt und die Großbau-firma Hochtief AG auf eine Planung, die konstruktiv in einem Plattenbau machbar und finanziell tragbar war und der Mitbestimmung der potentiellen Nutzer hinreichend Gestaltungsraum ließ.

Vier nebeneinanderliegende Häuser mit 37 völlig unterschiedlichen Wohnungen (von 36 bis 437 qm Fläche für einen bis 19 Bewohnern) wurden durch den Verein geplant und selbst verwaltet. Die Quadratmeterobergrenzen des sozialen Wohnungsbaus limitierten allerdings die Gestaltungsspielräume und die Wohnungsgrundrisse mussten rückbaubar zu Standardwohnungen des sozialen Wohnungsbaus geplant werden. Das soziale Experiment bestand im Zusammenleben von Einzelpersonen, Familien und Wohngemeinschaften sehr unterschiedlicher sozialer Herkunft und aus verschiedenen Herkunftsländern.³⁵ Im Volksmund „Kommunehaus“ genannt, waren damit vielfältige Konnotationen der Andersartigkeit verbunden. Im Sockelgeschoss konnten Gemeinschaftseinrichtungen wie Hobby- und Bastelräume, Wäscherei, Sauna und Trimm-Dich-Räumlichkeiten eingerichtet werden. Auf ein Schwimmbad musste aus Kostengründen verzichtet werden. Auf dem Dach konnte dagegen ein 120 qm großes Gemeinschaftshaus und eine Dachterrasse realisiert werden, da auf private Loggien und Balkone verzichtet wurde. Die Organisation im Verein und zahlreiche Gemeinschaftseinrichtungen im Haus sollten ein intensives nachbarschaftliches Zusammenleben ermöglichen. Die Kinder wurden gemeinsam

34 Zit. nach R. Spille, Mieter planen mit. Solidarisches Wohnen statt genormter Isolation, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 38. Spille sei damals „der bekannteste Architekt in Europa“ gewesen, erklärte er selbst. O. Diedrich, „Assis“ und Akademiker: Konnte das gut gehen?, <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Hamburg-Steilshoop-Ein-gewagtes-Experiment,steilshoop107.html> [18.06.2020].

35 M. Buttler, Diskussionen um das Projekt „Urbanes Wohnen“ in Steilshoop, in: *Bauwelt* 42 (1971), S. 1678-79; R. Spille, Projekt „Urbanes Wohnen“, Hamburg Steilshoop Emanzipation der Planung, in: *Bauwelt* 42 (1971), S. 1680-81.

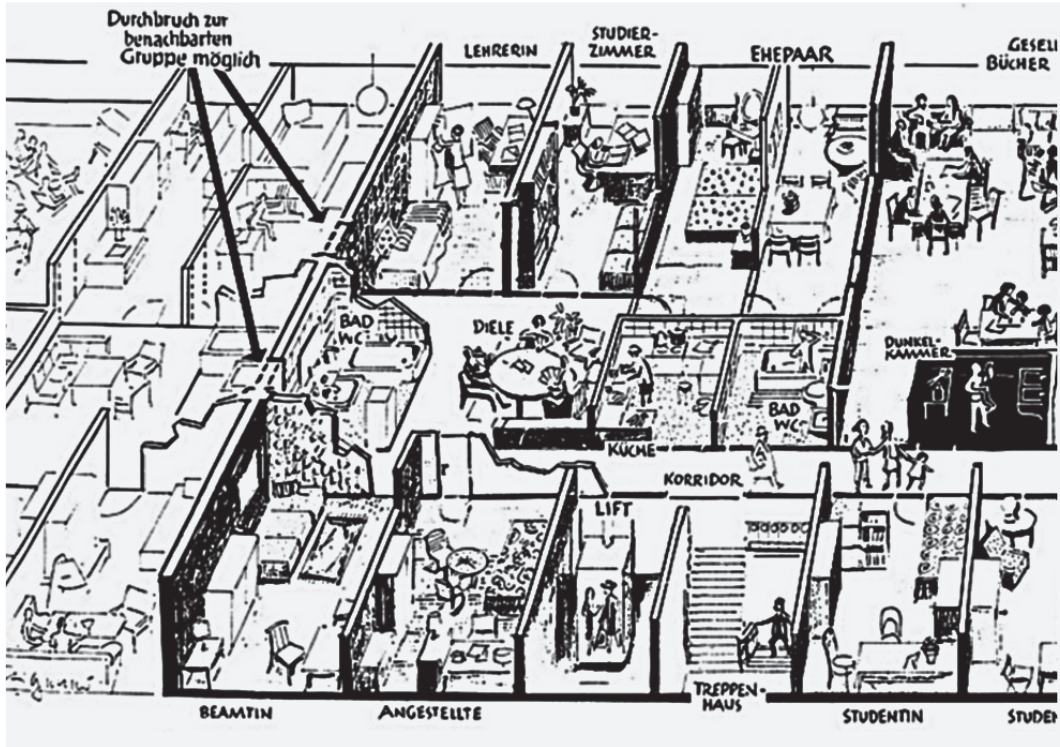


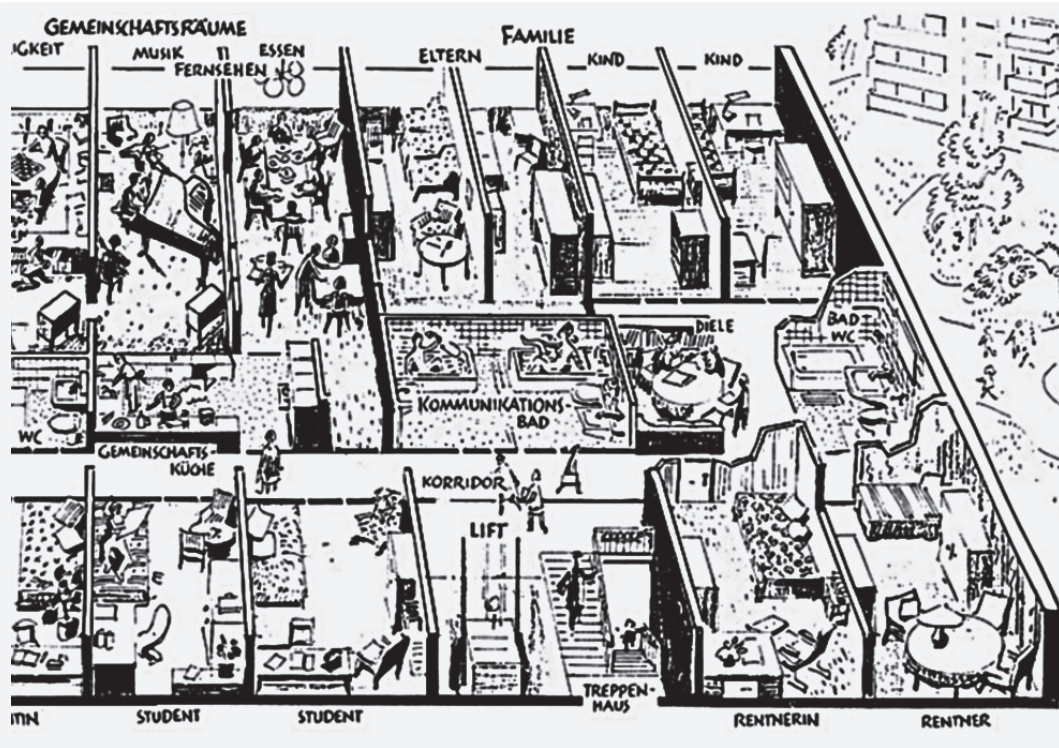
Abb. 4: „Gemeinschaftsleben im zukünftigen Wohmodell Steilshop“.

Ideenskizze von August Eichner; Quelle: Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 01.072.

im hauseigenen Kindergarten erzogen. Das Konzept wurde von Architekturkritikern als „Wohnhaus der Zukunft“ gelobt. Optimistisch wurde prognostiziert: „Zukunftsträchtig erscheint auch die ‚synthetische Dorfgemeinschaft‘, die sich hier in sieben Etagen Betonbau entwickelt hat. Die Solidarität wächst auf zweierlei Weise: in der Wohngruppe, dem Miteinander der Individuen, und in der Hausgemeinschaft, dem Miteinander der Wohngruppen, wo die Erfahrung, die jedermann in der kleineren Gemeinschaft gemacht hat, für die größere genutzt wird.“³⁶ Allerdings führten die hohe Fluktuation und der Versuch der Integration von Haftentlassenen und drogengefährdeten Jugendlichen bald zur Überforderung des Projekts.

Das Modell war zu groß geplant und mit zu vielen sozialen Ansprüchen überfrachtet worden. Diskussionsgewohnte Akademiker waren nicht gleichermaßen

³⁶ U. Schmidt (s. A 33).



handwerklich befähigt und interessiert.³⁷ Es hätte sich – so die Begleitforschung – nicht um ein echtes „Bottom-up-Projekt“ gehandelt. Die hohe Fluktuation hätte die partizipatorische Planung ineffektiv gemacht.³⁸ Es handelte sich um eine „Super-Wohngruppe, genauer eine Gemeinschaft von Wohngemeinschaften, wie sie bisher in Europa einzigartig ist“ war noch 1974 in der *ZEIT* zu lesen, während sich bereits die Selbstorganisation als problematisch gestaltete.³⁹ Zudem entsprach der Standort Steilshoop nicht den Wohnumfeldanforderungen der tragenden Gruppe experimentierfreudiger, junger Akademikerinnen und Akademikern, die sich zunehmend für das Leben in Altbauquartieren entschieden.⁴⁰ Mangelnde Kontinui-

37 G. Anderson, Alternative in Steilshoop: Rückblick auf ein Wohnmodell, in: *ARCH+* 40/41 (1978), S. 30.

38 So das Resümee der Begleitforschung: C. Heim / T. Ortlauf, (Leitung J. Weber), Selbstbestimmtes und gemeinschaftsorientiertes Wohnen am Beispiel Wohnmodell Steilshoop in Hamburg, Bonn 1984, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Heft. Nr. 01.072, S. 15.

39 U. Schmidt (s. A 33).

40 O. Diedrich (s. A 34).

tät durch hohe Bewohnerfluktuation, Mietrückstände und Leerstand führten dann letztlich zur Auflösung des Modells.⁴¹ Das gescheiterte Experiment sollte in Hamburg kein Lernmodell werden, sondern noch jahrzehntelang als Argument für die Unmöglichkeit gemeinschaftlicher Wohnformen genutzt werden.⁴² Das zunehmend schlechtere Image des einstigen Renommiergebiets Steilshoop färbte auch auf das Wohnmodell und die Neubewohner ab, die sich, erschrocken durch den baulichen und sozialen Zustand, anderweitig nach Wohnungen umsahen.

Großwohnsiedlungen als „Brutstätten von Kriminalität“ und „Soziale Brennpunkte“

Im Jahr 1972, als das Experiment Wohnmodell Steilshoop gestartet wurde, kam es zur ersten Sprengung einer Großwohnsiedlung, Pruitt-Igoe, in St. Louis in den USA. Die Narrative der Gleichsetzung von sozialem Wohnungsbau, von Großsiedlungen und Kriminalität in den USA sollten umgehend global die Runde machen.

Es handelte sich bei dem Projekt um eine Großwohnsiedlung, ein Wohnungsbauprojekt des bundesstaatlichen *public housing* in St. Louis, Missouri. Zwischen Abscheu und Mitleid schwankend, wurde Pruitt-Igoe von konservativen Kritikern als Menetekel für das globale Scheitern des sozialen Wohnungsbaus – konnotiert mit Armut und Kriminalität – benutzt. Pruitt-Igoe gilt bis heute als Negativbeispiel für den inhumanen, seelenlosen Massenwohnungsbau, ein Desaster in sozialer, architektonischer und wohnungswirtschaftlicher Hinsicht. Charles Jencks datierte gar das Ende der modernen Architektur auf den Tag und die Stunde der Sprengung von Pruitt-Igoe.⁴³ Das Scheitern des Projektes lieferte Gegnern des *public housing* hinreichend Argumente, den öffentlich geförderten Wohnungsbau insgesamt zu diskreditieren. Der Mythos Pruitt-Igoe befeuerte Vorurteile gegen den sozialen Wohnungsbau und der Fall von Pruitt-Igoe schien zu bestätigen, dass der soziale Wohnungsbau und Großsiedlungen „Brutstätten“ von Devianz und Kriminalität waren.

Mit der wirkungsmächtigen kriminologischen *Broken Windows Theory* von James Q. Wilson und George L. Kelling wurde 1982 die Perspektive entwickelt, jeg-

41 U. Schmidt, Wohnmodell Steilshoop. Ein Versuch neuer Wohnformern in Hamburg, in: Neue Heimat Monatshefte II (1978), S. 10-13.

42 Als neuere Literatur zum Thema vgl. S. Krämer / G. Kuhn / Wüstenrot Stiftung (Hrsg.), Städte und Baugemeinschaften, Stuttgart/Zürich 2009; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (Hrsg.), IBA Berlin 2020. Kurzüberblick/Projektrecherche „Besondere Wohnformen“, K. Selle, G. Schmidt, G., Aachen; mit Bezug auf Hamburg: D. Schubert, Baugemeinschaften, Wohnprojekte und neue Gruppenbaukulturen in Hamburg, in: D. Meyhöfer / U. Schwarz (Hrsg.), Architektur in Hamburg Jahrbuch 2004, S. 174-179.

43 C. Jencks, Spätmoderne Architektur. Beiträge über die Transformation des Internationalen Stils, Stuttgart 1981, S. 6, 9.

liche Form von Kriminalität in den Anfängen zu bekämpfen, um Wiederholungen und gewalttätige Delikte später möglichst auszuschließen.⁴⁴ Durch eine niedrige Schwelle des Einschreitens gegen Lärmbelästigungen, Kleinkriminalität und Vandalismus nach dem Prinzip der *zero tolerance* könne das Sicherheitsgefühl der Bürger gestärkt werden, so die Annahme. Die Verräumlichung der Delinquenz im Quartier zielte dabei allerdings nicht auf die Ursache der Kriminalität, sondern auf ihren Schauplatz.⁴⁵

Ähnlich hatte der Deutsche Städtetag bereits 1979 einen neuen Typus des „sozialen Brennpunkts“ identifiziert: Große Neubaugebiete. Anders als in Obdachlosenquartieren oder in Altbauquartieren hätten sich in großen Neubaugebieten soziale Benachteiligungen ergeben, die eine Abwärtsspirale ganzer Stadtteile befördern könnten, so die Expertinnen und Experten des Deutschen Städtetags.⁴⁶ Diese Begrifflichkeit legte nahe, mit einer Art von Feuerwehreinsatz könnten Probleme der Großwohnsiedlungen rasch „gelöscht“ werden.

Die Medien reproduzierten das Image von Siedlungen wie Steilshoop als „Brennpunkte“ sozialer und psychologischer Probleme, mitunter auf äußerst dünner Informationsgrundlage.⁴⁷ Kaum zeichneten sich „die Umrisse der Rohbauten ab, werden manchmal schon Urteile gefällt. [...]“ Manche Kritiker hätten die Siedlung gar nicht gesehen oder seien „nur schnell mit dem Auto durch die Anlage gefahren.“⁴⁸ Auch das „Versuchslabor“ für den sozialen Wohnungsbau, Steilshoop, hatte mit einem hartnäckig-negativem Image zu kämpfen. Medien berichteten von „grauen Wohnblöcken“, „verwahrlosten Spielplätzen“ und „leerstehenden Geschäften“. 1994 waren kleinere Bomben und Brandsätze von Jugendlichen gezündet worden. „Steilo“ – wie die Jugendlichen den Stadtteil nannten – werde von Banden wie den „Ghettokings“ unsicher gemacht.⁴⁹ Von der Vorzeigesiedlung zum Slum bis zur Normalität wandelte sich das mediale Image fortlaufend.

44 J. Q. Wilson / G. L. Kelling, Broken Windows. The Police and Neighborhood Safety, in: The Atlantic Nummer? (März 1982), S. 29-38.

45 Vgl. J. Häfele / F. Sack / V. Eick / H. Hillen (Hrsg.), Sicherheit und Kriminalprävention in urbanen Räumen. Aktuelle Tendenzen und Entwicklungen, Wiesbaden 2017.

46 „Der Begriff ‚sozialer Brennpunkt‘ ist jedoch vor allem aus psychologischen Gründen in der öffentlichen Diskussion mit Vorsicht zu benutzen. Er darf insbesondere nicht als offizielle Bezeichnung ganzen Stadtvierteln übergestülpt werden; das würde zu einer Stigmatisierung dieser Wohngebiete führen.“ *Deutscher Städtetag* (Hrsg.), Hinweise zur Arbeit in sozialen Brennpunkten, Köln 1979, S. 12.

47 Vgl. C. Reinecke, Laboratorien des Abstiegs? Eigendynamiken der Kritik und der schlechte Ruf zweier Großwohnsiedlungen in Westdeutschland und Frankreich, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 1 (2013), S. 25 ff.

48 J. Lapp, Von der neuen Großwohnanlage zum neuen Stadtteil, in: Neue Heimat Monatshefte 89 (1972), S. 17-25.

49 DER SPIEGEL TV Magazin 25.05.2014: Vor 20 Jahren: Die „Ghettokings“ aus Steilshoop: <https://www.youtube.com/watch?v=3XAwRekhiVc> [18.06.2020].

Frauenerwerbsarbeit und „Grüne Witwen“

Bei der Planung von Steilshoop stand die Schaffung von Wohnraum im Zentrum, neue Arbeitsplätze bildeten ein Nebenprodukt, zumal Arbeitsplätze und Wohnungen beieinander zwar angeboten werden konnten, Zuordnung von Wohnort und Arbeitsplatz aber nicht zwingend „verordnet“ werden konnten. Die blockbezogenen Gemeinschaftseinrichtungen in Steilshoop waren umfangreich, aber wohnungsnahe Arbeitsplätze für Frauen waren Mangelware. In der etwa vier Kilometer entfernten City-Nord waren Büroarbeitsplätze entstanden und in einem Gewerbegebiet, angrenzend an das Wohngebiet an der Steilshooper Allee, wurde ein 16 ha großes Gewerbegebiet ausgewiesen. Ohne schienengebundenen ÖPNV waren allerdings Arbeitsplätze im Hamburger Zentrum nur zeitaufwendig erreichbar. Vor allem alleinerziehende Frauen erfuhren Benachteiligungen im Lebensalltag. Es entfaltete sich aber auch Kritik an der Einengung von Lebensmöglichkeiten und Mehrfachbelastungen für Frauen, die durch städtebauliche angelegte bauliche Monostrukturen befördert wurde.⁵⁰

1971 sahen sich Politiker in Hamburg genötigt, das vieldiskutierte Thema, dass „es viele leidgeprüfte grüne Witwen“ gebe, in einer öffentlichen Veranstaltung in einer Großwohnsiedlung zu erörtern. Abgesehen von der – aus heutiger Sicht – problematischen Gender-Perspektive handelte es sich um ein hilfloses Bemühen, mittels der Fokussierung auf nur eine Zielgruppe die sozialen Probleme in Neubausiedlungen mit männlicher Erwerbsarbeit und weiblicher Häuslichkeit anzugehen. Bezeichnenderweise sind auf Fotos von Großwohnsiedlungen, die in der Regel am Tage aufgenommen wurden, fast ausschließlich Frauen und Kinder zu sehen. Der Vertreter der Baugesellschaft Neue Heimat, Adalbert Höhne, bezeichnete die „Grüne-Witwen-Misere“ gar als einen Bazillus, den es als „seelische Erkrankung wirksam und dauerhaft zu bekämpfen“ gelte. Er schlug konkret vor, die betroffenen Frauen als „Parktanten“ einzusetzen.⁵¹ Von einer Journalistin wurde ausgeführt, „Grüne Witwen sind weder geistig noch körperlich voll ausgelastet.“⁵² Die Debatte setzte an einem relevanten Symptom städtebaulicher und wohnungspolitischer Fehlentwicklungen an, ohne die Komplexität der Thematik hinreichend zu reflektieren. Das Familienbild der weiblichen Normalbiographie sah für die Frau die Rolle als Gattin, Hausfrau und Mutter vor. Aus der Sicht der männlichen Lebenswelt war Wohnen

50 Vgl. H. Häußermann / W. Siebel, *Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*, Weinheim 1996, S. 312 ff.

51 Damit war die Beaufsichtigung von Spielplätzen gemeint.

52 „Grüne Witwen“ in Hamburg-Lohbrügge, in: *Neue Heimat Monatshefte* 6 (1971), S. 47-48. Die Terminologie ist an „Neubau auf der grünen Wiese“ angelehnt.



Abb. 5: Tagesbevölkerung in Steilshoop: „Grüne Witwen“ und Kinder, 1973.

Quelle: *Hamburgisches Architekturarchiv.*



Abb. 6: Durchgang von der Straße zum Innenhof, 1973.

Quelle: *Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 01.069.*

Freizeit und Erholung, was sich im Begriff der „Schlafstadt“ widerspiegelte.⁵³ Die Schlafstadt war nie nur Schlafstadt, sondern immer auch Arbeitsplatz für Frauen. In dieser Hinsicht blieb auch die Kritik der Presse an den Großwohnsiedlungen meistens an der Oberfläche.⁵⁴

Die Forderungen von Frauen zielten auf mehr und bessere Infrastruktureinrichtungen ab, um sie von der „Reproduktionsarbeit“ zu entlasten. Tagesabläufe von Frauen waren zerstückelt, bedingt durch die Arbeitszeiten der erwerbstätigen Männer sowie Kindergarten- und Schulzeiten der Kinder. Die Beaufsichtigung der Kinder aus Wohnungen in höheren Geschossen gestaltete sich schwierig. Dominierende passiv-konsumierende Tätigkeiten wie Fernsehen schienen psychosomatische Erkrankungen zu befördern.⁵⁵

Wandlungsprozesse und Nachbesserungen

Der soziale Wohnungsbau und vor allem die Großwohnsiedlungen waren seit Anfang der 1980er Jahre pauschal in die Kritik geraten. Weltweit waren Bestände abgerissen worden.⁵⁶ Mit zeitlicher Verzögerung erreichte diese Debatte nun auch die

53 Vgl. *K. Dörhöfer*, Feministischer Aufbruch in Architektur und Städtebau, in: *Forum Stadt* 45 (1/2018), S. 25-32.

54 So der Vorstand des Wohnungsunternehmens Neue Heimat: *W. Vormbrock*, *Wohnen im Quartier*, Hamburg 1988, S. 7: „Man urteilte oft, nachdem man sozusagen unter Nichteinhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung am Objekt der Kritik vorbeigefahren war“.

55 *A. von Saldern*, *Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute*, Bonn 1995, S. 383.

56 „We do not know what to do. Vacancy and vandalism. Financial losses. Dissatisfied tenants.“ So

BRD. Nicht nur die Planungs- und Bauphase von Steilshoop ist detailliert untersucht worden, sondern es liegt auch eine Studie vor, die 15 Jahre nach Fertigstellung durchgeführt wurde, um Probleme und Handlungsbedarfe zu eruieren.⁵⁷ Nach Fertigstellung ging die Bewohnerzahl Steilshoops teils durch Leerstände, teils durch Rückgang der Kinderzahl von 18.505 (1981) auf 16.446 (1985) zurück. Die Altersstruktur war für Großsiedlungen nicht untypisch: ein mit 31,5 % (1982) vergleichsweise hoher Anteil von Kindern und Jugendlichen und mit 7,9 % (1982) ein geringer Teil älterer Leute über 60 Jahre. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen war dann rückläufig, die Zahl der Älteren nahm zu, was dem natürlichen Alterungsprozessen einer „jungen“ Siedlung entspricht. Die Unterschiedlichkeit der Blöcke ließ sich an dem Anteil von Haushalten mit Migrationshintergrund, der 1983 zwischen 2,4 % und 29,2 % pro Block schwankte, belegen.

Der Ausländeranteil der Siedlung insgesamt überstieg erst 1981 den Hamburger Durchschnitt und betrug 1985 15,2 %. Der Anteil der Haushalte, die regelmäßig Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) bezogen, stieg von 10 % im Jahre 1980 auf 15 % im Jahre 1984 und machte in einzelnen Blockteilen 30 %, in einzelnen Häusern bis zu 100 % aus. Im Ostteil der Siedlung wohnten eher besserverdienende Parteien bei geringerer Haushaltsgröße und mit weniger Kindern. Die Fluktuation in Steilshoop war relativ stark, aber nach Blöcken und sogar Häusern sehr unterschiedlich. 1983 wohnten zwischen 16 % und 60 % Erstmieter noch in ihren Wohnungen.

Abrisse und Rückbau wurden erörtert. Die Medien überschlugen sich mit negativer Berichterstattung, pauschalisierten Bewertungen und Stigmatisierung der „sozialen Brennpunkte“.⁵⁸ Die Hilfslosigkeit im Umgang mit den Problemen in den Neubausiedlungen sollte auch die Forschung auf den Plan rufen. Im Vergleich der Bundesländer nahm Hamburg mit der Durchschnittsgröße der Siedlungen mit Abstand den ersten Rang ein. Was zunächst als wohnungspolitische Leistung gewertet

die Eröffnung von H. Primus zu einer der ersten internationalen Tagungen zu dem Thema. *N. L. Prak / H. Priemus* (Eds.), *Post-War Public Housing in Trouble*, Delft 1985, S. 8.

57 *Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau*, Hamburg-Steilshoop, 15 Jahre Erfahrung mit einer Großsiedlung, Druckschrift in der Schriftenreihe 01.074 des Ministeriums, Bonn 1985. Vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau war eine umfangreiche Bestandsaufnahme initiiert worden; vgl. *Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau*, Städtebauliche Lösungen für die Nachbesserung von Großsiedlungen der 50er bis 70er Jahre, Teil A und B, Bonn 1990.

58 So wurde auf einer Tagung zur Nachbesserung der Hamburger Großwohnsiedlung Kirchdorf-Süd resümiert: „daß die Presse mit ihrer negativen Berichterstattung die Großsiedlungen systematisch schlechtmake und daher der eigentliche Schuldige an dem schlechten Ansehen dieser Siedlungen sei“. *H. Funke*, Das Modell Kirchdorf-Süd. Eine Trabantenstadt wird saniert – doch die Probleme bleiben, in *Die Zeit*, 23 (Mai 1986).

worden war, entpuppte sich als Problem. Vor allem in großen Großwohnsiedlungen mit mehr als 5.000 Wohneinheiten kumulierten die Probleme wie häufiger Leerstand,⁵⁹ Mietausfälle, vermehrter Mieterwechsel, Fehler der Belegungspolitik, Baumängel, fehlende Infrastruktur und fehlende wohnungsnahen Arbeitsplätze (vor allem für Frauen), unzureichende Verkehrsanbindung und Umzüge nach außerhalb.

Das Bild Steilshoops in der Öffentlichkeit wurde stark von einer Kumulation von Einzelproblemen in der Siedlung geprägt. In den Blöcken im nördlichen Zentrumsbereich gab es teilweise Vandalismus sowie Verschmutzung und Verwahrlosung von Wohnungen und Treppenhäusern und eine steigende Kinder- und Jugendkriminalität, die dann zum Auszug vieler Mieter führte. Wenig widerstandsfähige Materialien für Klingelschilder, Briefkästen, Treppengeländer, Haustüren, Beleuchtung und Fahrstuhl Ausstattung waren dem intensiven „Gebrauch“ nicht gewachsen und mussten vielfach repariert oder ersetzt werden.

Nach der Festlegung als Sanierungsgebiet 1991 (gem. BauGB § 142) wurden fast alle Bundesprogramme und Landesprogramme der Stadterneuerung in Steilshoop mit erheblichem Mitteleinsatz durchgeführt.⁶⁰ Zeitweise standen sehr viele Wohnungen leer, Anfang 1985 waren es 350 Wohnungen (= 5,5 % des Bestandes). Da vorwiegend nur über das Wohnungsamt neue Bewohner in leerstehende Wohnungen eingewiesen wurden, erhöhte sich die soziale Labilität. Ein Vermieter setzte z. B. im großen Ausmaß Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zur Mieterbetreuung ein. „Passende“ neue Mieter für die „Problemböcke“ wurden gezielt ausgesucht, wobei man zeitweise auch Leerstände in Kauf nahm. Erst durch groß angelegte Werbekampagnen konnten die gewünschten Mieter gefunden werden. Gleichzeitig wurde mit baulichen Verbesserungen begonnen. Sichtbetonfassaden wurden angestrichen, Hauseingänge freundlicher gestaltet und versiegelte Straßenflächen begrünt. Konsolidierungsprozesse wurden wiederum durch die Einführung einer Fehlbelegungsabgabe 1991 konterkariert, die den Wegzug Besserverdienender beförderte.⁶¹ Nun – so die Wohnungsunternehmen – gelte es mit staatlichen Mitteln die Großwohnsiedlungen mit „städtebaulichem Zubehör“ zu ergänzen und so zu selbstständigen Stadtvierteln mit „unverwechselbarer Individualität“ weiterzuentwickeln.

59 In Steilshoop war der Leerstand von 1983 = 5 Wohnungen bis auf 177 leerstehende Wohnungen im folgenden Jahr angestiegen. O. Gibbins, Großsiedlungen. Bestandspflege und Weiterentwicklung, München 1988, S. 117.

60 Die Vielzahl der geplanten und (un-)realisierten Maßnahmen kann hier nicht bewertet werden. Vgl. Zwischenbilanzierung und Fortschreibung des Integrierten Entwicklungskonzeptes für das Fördergebiet Steilshoop: dokumentation-abschlussbericht-rahmenplanung-steilshoop.pdf.

61 Haushalte, die über den Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus lagen, mussten eine nach Einkommen gestaffelte Abgabe zahlen. Die Abgabe wurde 2002 wieder abgeschafft.

Zukünfte für 22309 Steilshoop

Die Postleitzahl von Steilshoop, 22309, wurde zu einem nachhaltigen Stigma, dessen Wirkung – trotz vieler Bemühungen – kaum unterschätzt werden kann.⁶² Den Netzwerken und Akteurskonstellationen, die in den 1960er und frühen 1970er Jahren an der Planung und dem Bau der Großwohnsiedlungen beteiligt waren, kann nicht nur Naivität unterstellt werden. Sie orientierten sich am wissenschaftlichen und technischen Zeitgeist, der auf fortwährendes Wachstum fokussiert war und bessere Wohnverhältnisse sowie städtebauliche Moderne zu implementieren suchte. Wohnungswirtschaft, Architekten, Bauwirtschaft, Stadtplaner, Bund, Länder und Gemeinden sahen in den Großwohnsiedlungen einen fortschrittlichen Beitrag zur Entwicklung der Städte und zur Verbesserung der Wohnversorgung – eine Erwartung, die in der öffentlichen Meinung allgemein geteilt wurde.⁶³

Je größer und je homogener und damit monotoner die Siedlungen in baulicher und sozialer Hinsicht geplant und gebaut wurden, umso einfacher wurde eine pauschale Negativbewertung. Aber es wurden auch „Betonsiedlungen“ kritisiert, die vorwiegend aus Backstein gebaut waren, und Bilder von „Hochhaussiedlungen“, die baurechtlich keine Hochhäuser darstellten, in der Presse genutzt, die ein negatives Image beförderten und Siedlungen und ihre Bewohner stigmatisierten.⁶⁴ Planung, Bau und Wandel Steilshoops spiegeln Sozial-, Städtebau- und Wohnungsbaugeschichte der BRD wie kaum ein anderes Beispiel wider.⁶⁵

Inzwischen gibt es eine differenziertere Berichterstattung zu Steilshoop. „Rau – hart – herzlich“ war in einer überregionalen Zeitung über den Stadtteil zu lesen,⁶⁶ oder von „einem Ghetto mit Herz“ ist die Rede.⁶⁷ Mit dem Schul-Campus Steilshoop ist ein neues architektonisch ambitioniertes Quartierszentrum entstanden. Eine Norderweiterung der Siedlung mit 500 preisgünstigen Wohnungen wird von

62 O.V., dreiteiliger Text im Forum Steilshoop, <https://www.forum-steilshoop.de/steilshooper-mythen-oder-wie-funktioniert-ein-stereotyp-teil-3/> [24.06.2020].

63 Das weibliche Geschlecht war selten bei der Planung beteiligt, sollte allerdings bei Themen der Einrichtung von Wohnungen „gefragt“ sein.

64 Die Kriminalitätsraten für Steilshoop lagen 2011 im durchschnittlichen Bereich in Hamburg. Diebstahldelikte je 1.000 E 44 (Hamburg 61) und Gewaltdelikte 6 (Hamburg 5). *Bezirk Wandsbek, Fachamt Sozialraummanagement*, Hamburg 2014, S. 91.

65 Vgl. *Kompetenzzentrum Großsiedlungen e. V.*, Prinzipien für den Bau neuer Wohnsiedlungen, Lernen von Beispielen für den aktuellen Siedlungsbau im Rückblick 1920–2016, Berlin 2017.

66 T. Hahn, Hamburg-Steilshoop: Rau, hart, herzlich in: *Süddeutsche Zeitung*, 07.01.2017 (<https://www.sueddeutsche.de/leben/stadtenwicklung-hamburg-steilshoop-rau-hart-herzlich-1.3318142>) [18.06.2020].

67 Vgl. *Th. Krüger / M. Wickel / S. Kreutz*, Begleitforschung für das Teilprojekt HID Steilshoop (http://www.urban-improvement-districts.de/files/File/HCU-Gutachten_Begleitforschung-Steilshoop_04-09-2007.pdf) [24.06.2020].



Abb. 2: Parkpalette, Zustand 2020.

Foto: Dirk Schubert.

Steilshoops Bewohnerschaft kritisch gesehen. „Nicht noch mehr vom Gleichen“ ist auf einem Plakat 2020 zu lesen. Aber: Über 50 Jahre nach Fertigstellung der Siedlung wird als eine Art Entschädigung die U5 vom Osdorfer Born über den Hauptbahnhof nach Steilshoop geplant. Die Eröffnung ist Ende der 2020er Jahre geplant – ein Fragezeichen erscheint angebracht.

AUTORINNEN / AUTOREN

PD Dr. Sebastian Haumann

ist Privatdozent am Institut für Geschichte der TU Darmstadt. 2010 wurde er an der TU Darmstadt mit einer Dissertation zu Stadtplanung, Partizipation und Protestbewegungen in den 1960er und 1970er Jahren promoviert. Er war Fellow an der University of Pennsylvania und der University of Leicester. 2017 erfolgte die Habilitation im Bereich der Umwelt- und Technikgeschichte. Seit 2018 leitet er das DFG-Projekt „Großsiedlungen in der Krise? Modernekritik und Vergemeinschaftung in den 1970er Jahren“.

Swenja Hoschek M.A.

Studium der Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Göttingen und Marburg; seit 2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Darmstadt im DFG-Projekt „Großsiedlungen in der Krise? Modernekritik und Vergemeinschaftung in den 1970er Jahren“; promoviert zum Alltag in und der Stigmatisierung von Großsiedlungen in den 1970er Jahren.

Prof. Dr. Christine G. Krüger

Professorin für die Allgemeine Geschichte der Neuesten Zeit an der Universität Greifswald. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der jüdischen Geschichte, der Geschichte der Kriegserfahrungen, der Geschichte der Jugend und der Geschichte der Zivilgesellschaft. Der hier publizierte Aufsatz ist aus einem von der DFG geförderten Projekt zu urbanen Sicherheitskonstruktionen hervorgegangen, das am SFB/TRR „Dynamiken der Sicherheit“ (Gießen/Marburg) durchgeführt wird.

PD Dr. Christiane Reinecke

Historikerin mit einem Schwerpunkt in der europäischen Stadt-, Migrations- und Wissenschaftsgeschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts. Aktuell Leiterin einer wissenschaftlichen Nachwuchsgruppe am IMIS in Osnabrück. In ihrem aktuellen Buchprojekt setzt sie sich mit urbanen Problemzonen als Räume der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung und Neujustierung auseinander.

Prof. Dr. rer. Pol. Dirk Schubert

Emeritierter Professor der HafenCity Universität Hamburg, Arbeitsschwerpunkte vergleichende Stadt(planungs)geschichte, Wohnen und Wohnungsbau, Transformationsprozesse an Hafen- und Uferzonen, Buch- und Zeitschriftenpublikationen, Vorsitzender der Fritz Schumacher Gesellschaft e. V. (FSG) und Präsident der International Planning History Society (IPHS).

Dr. Arndt Neumann

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der FernUniversität in Hagen. Zuletzt erschien von ihm das Buch „Unternehmen Hamburg. Eine Geschichte der neoliberalen Stadt“, das sich den Umbrüchen seit den 1970ern zuwendet. Mit dieser Schrift promovierte er im Jahr 2017 an der Universität Trier. Neben der Stadtgeschichte gehört die Geschichte der Arbeit zu seinen Forschungsschwerpunkten.

In Memoriam

Dr.-Ing. Heidede Becker * 07.07.1943 † 04.06.2020

Am 4. Juni 2020 starb Dr. Heidede Becker wenige Wochen vor Vollendung ihres 77. Lebensjahres. Die überzeugte Berlinerin war eine der profiliertesten Stadt- und Planungsforscherinnen in Deutschland. Ihren hervorragenden Ruf als Wissenschaftlerin hatte sie sich vor allem durch zahlreiche Bücher und Fachartikel erworben, die sie als Mitarbeiterin im Deutschen Institut für Urbanistik und später als freie Fachbuchautorin veröffentlichte.

Heidede Becker wurde in Berlin geboren, wuchs dort auf und hat die Stadt nur für Urlaubs- und Dienstreisen für längere Zeit verlassen. Sie studierte von 1963 bis 1969 Architektur an der TU Berlin. Schon der „freche“ Titel ihrer Diplomarbeit, die sie mit anderen Kommilitoninnen verfasste, ließ aufhorchen und verwies früh auf ihren kritischen Blick auf Stadt und Planung: „Sanierung des Märkischen Viertels“, das damals noch in Bau war. Erste Berufserfahrungen als Stadtplanerin sammelte sie nach dem Diplom beim Büro Regioplan. Von September 1970 bis zum Eintritt in den Ruhestand im Jahre 2006 war Heidede Becker wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Urbanistik (bis 1973 Kommunalwissenschaftliches Forschungszentrum). In diesen dreieinhalb Jahrzehnten hat sie durch Publikationen, die sie allein oder gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen des DIFU verantwortet hat, den sehr guten Ruf des Instituts als ein wichtiges Zentrum der anwendungsorientierten Stadtforschung in der Bundesrepublik entscheidend mitbegründet, gerade auch weil die meisten Ihrer

Publikationen über den fachpolitischen Anlass hinauswiesen. Neben ihrer Forschungstätigkeit nahm sie verschiedene Lehraufträge an der Freien Universität, der Hochschule der Künste und der Humboldt-Universität wahr. Von 1986 bis 1990 gehörte sie zum Herausgeberkreis der *Stadtbauwelt*, was die besondere Wertschätzung ihrer Expertise und ihrer Persönlichkeit in der Fachwelt bundesweit unterstreicht.

Wer sich in dieser Zeit mit Stadterneuerung, Wohnbaupolitik und Quartiersplanung oder mit Fragen zur Bau- und Planungskultur befasste, kam an ihren Publikationen nicht vorbei. Das Thema Großsiedlungen hat sie über die Jahre nicht verlassen. Gemeinsam mit Karl D. Keim legte sie eine der ersten empirischen Analysen zu den von Beginn an umstrittenen Stadterweiterungen der Moderne vor: „Gropiusstadt – soziale Verhältnisse am Stadtrand: stadtsoziologische Untersuchung einer Berliner Großsiedlung.“ (1977). Später fasste sie die Ergebnisse einer vergleichenden DIFU-Studie zu den Nachbesserungsstrategien in den Großsiedlungen in einer eigenen Veröffentlichung mit dem sprechenden Titel „Neubauerneuerung – vom Rückbau zur Nachverdichtung“ (1990) zusammen. Ein weiteres Buch, das sie gemeinsam mit Karl D. Keim verfasste, „Wahrnehmung in der städtischen Umwelt, möglicher Impuls für kollektives Handeln“ wurde mehrfach aufgelegt, zuletzt 1978. Ebenfalls Pionierarbeit leistete sie mit der Studie zu den beabsichtigten und unbeabsichtigten Wirkungen von städte-

baulicher Erneuerung: „Sanierungsfolgen: eine Wirkungsanalyse von Sanierungsmaßnahmen in Berlin“ (1982), die sie gemeinsam mit Jochen Schulz zur Wiesch vorlegte. Als ihr opus magnum mit weit über 800 Seiten, an dem sie über Jahre mit nicht nachlassender Gründlichkeit und Ausdauer gearbeitet hat, darf man die zweibändige Geschichte zum städtebaulichen Wettbewerbswesen in Deutschland ansehen: „Stadtbaukultur – Modelle, Workshops, Wettbewerbe. Verständigung über die Gestaltung der Stadt“ (2002) – ein fulminanter Beitrag der Grundlagenforschung zur Geschichte der Planungskultur in Deutschland und ein Buch, das bleiben wird. In den letzten Jahren ihrer wissenschaftlichen Arbeit am Institut war sie als Projektleiterin mit der Begleitforschung zum Programm „Soziale Stadt“ befasst und trug mit ihrem Engagement mit zum Erfolg des Programms als Instrument einer sozialorientierten Quartiersentwicklung bei. Bemerkenswert ist schließlich auch das sehr konkrete Engagement Heidede Beckers in der Politikberatung: In den späten 1990er Jahren wirkte sie als Vorsitzende einer hochrangig besetzten Entwicklungskommission für den Berliner Nordosten, einen schwierigen Stadtraum mit großen Entwicklungspotentialen.

Heidede Becker war Forscherin aus Leidenschaft. Nachdem sie das DIFU verlassen hatte, verfasste sie in Eigenregie noch drei weitere Bücher, so eines zur Geschichte des Hauses, in dem sie in den letzten 15 Jahren gelebt hatte – weit mehr als eine Hausgeschichte, sondern eine spannend zu lesende Fallstudie zum Alltag des Berliner Bürgertums im letzten Jahrhundert: „Ein Stück Stadt ergründen. Eine Haus- und Quartiersgeschichte in Berlin-Charlottenburg“ (2012; vgl. auch Rezension in *Forum Stadt*, Heft 2/2012). Eine besondere Herzenssache war ihr die Edition der von ihr sehr geschätzten Strichzeichnungen

des Lyrikers und Georg-Büchner-Preisträgers Oskar Pastior, mit dem sie in den 1970er Jahren mehrere Jahre in einer Wohngemeinschaft zusammengelebt hatte. Sie hat nicht nur ein kommentiertes Werkverzeichnis erstellt „Aubergine mit Scheibenwischer – die Zeichnungen von Oskar Pastior“ (2018), sondern auch eine vielbeachtete Ausstellung der Zeichnungen konzipiert und kuratiert, die im Sommer 2019 in der Akademie der Künste im Berliner Hansa-Viertel gezeigt wurde.

Vor über fünfundzwanzig Jahren hatte ich das Glück, gemeinsam mit Heidede Becker und Robert Sander für die Wüstenrot Stiftung eine große Tagung zu städtebaulichen Leitbildern vorzubereiten und die Tagungsergebnisse zu dokumentieren. Dabei habe ich Heidede Becker auch als eine wunderbare Arbeitskollegin kennengelernt, mit der zusammenzuarbeiten Vergnügen und Gewinn zugleich war. Die Klarheit ihrer Gedanken, ihre Fähigkeit deutlich und zugleich differenziert zu formulieren, ihr umfassendes Wissen zu Stadt und Planung, ihre Gründlichkeit und Umsicht im Umgang mit eigenen und fremden Texten und ihr hoher Anspruch an die Gestaltung der Bücher habe ich bewundert, und ich habe davon gezeitert – bis zum Schluss.

Heidede Becker war einigen Mitgliedern der Herausgeberschaft unserer Zeitschrift über viele Jahre freundschaftlich und in wechselseitiger Wertschätzung eng verbunden. Immer wieder hat sie in *Forum Stadt* publiziert, zuletzt im Heft 1/2018 zu „1968. Stadt – Wohnen – Politik“ mit dem Beitrag „Unbedingt modern – Glücksversprechen Großsiedlungsbau.“ Wir werden ihre wissenschaftliche Expertise, ihren Rat und ihren feinsinnigen Humor sehr vermissen.

Johann Jessen, Stuttgart